

Klink dich ein – Mein Hannover 2030

Empfehlungen zu familienpolitischen Handlungsleitlinien und -maßnahmen **2016 – 2021**

Stand April 2016

Ergebnisse der Familiendialoge
2012 – 2015

Text:

Saskia Brandl Fachbereich Jugend und Familie Familienmanagement 51F

Bärbel Kuhlmei Fachbereich Jugend und Familie Familienmanagement 51F

Dr. Silke Mardorf Dezernat III Sozialplanung

Elke Sauermann Dezernat III Sozialplanung

Text und Redaktion:

Kerstin Hergt

Grafik:

fuchsunthase (Titelseite)

Elisabeth Müller Grafik Design (Prozessverlauf, S. 92-93)

Textgrundlagen:

- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung Auswertung der *Familienkonferenzen Hannover 2012 -2014*
- Schriften zur Stadtentwicklung Nr. 21 *Repräsentativbefragung Familie 2013*
- Demos GmbH Hamburg Auswertung des *Online-Familiendialoges 2013*
- Dokumentationen aus den *Foren für Familie 2012 – 2015* verschiedener ReferentInnen
- Carolin Ehlke Auswertung der Elternkonferenz „*Anschwung für frühe Chancen*“ 2012

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
<i>I. Ergebnisse der Familienbeteiligung 2012 – 2015</i>	<i>6</i>
Familien in Hannover - Zusammenfassung	6
1.1 Wohnen und Wohnumfeld	9
1.2 Mobilität und Straßenverkehr	14
1.3 Zusammenleben und Zusammenhalt	17
1.4 Bildung und Betreuung	20
1.5 Gesundheit und Bewegung	28
1.6 Vereinbarkeit von Familie und Beruf	32
1.7 Teilhabe und Zugang	38
1.8 Information und Kommunikation	41
1.9 Nachtrag: Familien unter Fluchtbedingungen/ Senior-Innen/ Alleinerziehende	46
<i>II. Eine kinder- und familienfreundliche Stadt Hannover</i>	<i>51</i>
Familienpolitische Handlungsleitlinien und -maßnahmen 2016 – 2021	51
2.1 Wohnraum und Wohnumgebung gestalten	53
2.2 Öffentlichen Raum nutzen	56
2.3 Mobilität familiengerecht voranbringen	59
2.4 Zusammenleben im Stadtteil gestalten	61
2.5 Bildung, Betreuung und Kultur an der Lebensbiographie orientieren	64
2.6 Gesundheit und Bewegung fördern	71
2.7 Vereinbarkeit Beruf und Familie unterstützen	73
2.8 Teilhabe trotz Armut ermöglichen	77
2.9 Information und Beteiligung am Puls der Zeit entwickeln	78
2.10 Engagement stärken	82
2.11 Hannover – Internationalität leben	83
<i>III. Methoden und Prozessverlauf</i>	<i>87</i>

Einleitung

Hannover – eine Stadt für Familien!

Wie familienfreundlich ist die Landeshauptstadt? Bietet sie ein gutes Lebensumfeld für Eltern mit Kindern? Wo sind die Stärken, wo die Schwächen und was kann und sollte noch verbessert werden oder neu hinzukommen? Um im Sinne einer **dialogorientierten kommunalen Familienpolitik** diese Fragen möglichst zuverlässig beantworten zu können, haben Familien und ExpertInnen im Zeitraum 2012 – 2015 einen intensiven Austausch zu den Bedarfslagen und Wünschen von Familien geführt. Die fachbereichsübergreifende Steuerungsgruppe Familienpolitik der Stadtverwaltung hat hierzu ein Konzept entwickelt, dass mit dem Beteiligungsprozess „Klink dich ein – Familien leben in Hannover“ startete und im Rahmen des Stadtdialogs „Mein Hannover 2030“ als strategisches Handlungsfeld gefestigt wurde. Die gesamte Dialogphase von 2012 – 2015 umfasste fünf Dialogbausteine: **Repräsentativerhebung¹, Familienkonferenzen, Online- Familienkonferenz mit Familien und den vier Fachforen Familie für ExpertInnen sowie Familienmonitoring 2011/ 2014.**

Die vorliegenden Leitlinien für Familienpolitik stellen ein Gesamtfazit aus diesem dreijährigen Dialogprozess dar. Unter breiter Beteiligung von Familien und ExpertInnen wurde das Ziel verfolgt, ein neues gesamtstädtisches familienpolitisches Handlungsprogramm zu entwickeln. Damit wurde der mit dem Familiengutachten der Prognos AG Basel 2008, begonnenen Weg zu einer familienfreundlichen Stadt fortgesetzt.²

Der erste Teil dokumentiert die familienpolitisch relevanten Ergebnisse. Sie sind nach Handlungsfeldern und Themen aufbereitet, die die Familien selbst gesetzt haben. Themen, wie Inklusion, Familien mit behinderten Kindern oder Zuwanderung sind, außer im Bildungskontext, kaum angeklungen.

Er enthält weiter einen kurzen Nachtrag für drei Zielgruppen, deren Bedarfe die Landeshauptstadt in den kommenden Jahren eine verstärkte Aufmerksamkeit im Kontext der Familienpolitik widmen möchte, - den Alleinerziehenden, Familien mit Fluchterfahrungen und den Älteren in ihren Familienbezügen. Hierzu ist zu einem späteren Zeitpunkt eine intensivere Auseinandersetzung erforderlich, ebenso wie zu Handlungsansätzen in den Stadtteilen³.

Der zweite Teil enthält die Empfehlungen der Steuerungsgruppe Familienpolitik zu Handlungsleitlinien und –maßnahmen im Rahmen der Strategie zur „Weiterentwicklung der Familienpolitik“.⁴ Ihr sind Ergebnispräsentationen der Familienkonferenzen⁵, Lösungsprozesse in den beteiligten Stadtteilen und in der gesamten Stadtöffentlichkeit im Kontext von „Mein Hannover 2030“ vorausgegangen, ebenso die Präsentation der Ergebnisse aller Beteili-

¹ Die im Bericht verwendeten Daten basieren auf der Repräsentativerhebung für Familien 2013. Hierzu wurden per Stichprobe 20.000 Haushalte ohne Migrationshintergrund und 3000 Haushalte mit Migrationshintergrund mit Kindern unter 18 Jahren angeschrieben. Der Rücklauf für Haushalte mit Migrationshintergrund betrug 43 % und ohne Migrationshintergrund 23 %. Damit ist die Repräsentativität der Erhebung gewährleistet.

² Vgl. Drucksache 0526/2010 Familiengutachten Prognos AG

³ Vgl. Schriften zur Stadtentwicklung 122 Sonderauswertung – Ergebnisse in Differenzierung nach Stadtteilen.

⁴ Vgl. Drucksache 2616/2012 Strategie zur Weiterentwicklung der hannoverschen Familienpolitik 2011 – 2015

⁵ Vgl. Drucksache 0125/2012 Familienkonferenzen

EINLEITUNG

gungsverfahren in 14 (Fach-)Bereichen. Einige der Lösungsvorschläge von Familien fanden bereits Eingang in laufende Programme der Stadtverwaltung, zum Beispiel in das Wohnkonzept 2025, den Ausbau Kindertageseinrichtungen oder den Sportentwicklungsplan. Andere wurden initiativ von der Politik aufgegriffen und zu einem Beschluss geführt, unter anderem die Ferienbörse, das Kommunikationskonzept Familie.

Der dritte Teil dokumentiert die Projektarchitektur und den Prozess. Der Zeitraum für die Befragungen und Diskussionen sowie die Auswertung der Ergebnisse erstreckte sich von **2013 bis 2015**. Beteiligt haben sich insgesamt rund 13.000 **Mütter, Väter, SeniorInnen, Kinder und Jugendliche** zwischen 4 und 88 Jahren. Die Basis für die Wahl der Projektarchitektur bildete das Familienmonitoring 2011/ 2014⁶.

Die Steuerungsgruppe Familienpolitik bittet um Zustimmung zu den vorliegenden Handlungsempfehlungen als familienpolitische Leitlinie für die Landeshauptstadt Hannover für den Zeitraum 2016 – 2021.

⁶ 2011 und 2014 wurde je ein Familienmonitoring durchgeführt. Es wird dreijährig fortgeschrieben.

I. Ergebnisse der Familienbeteiligung 2012 – 2015

Familien in Hannover - Zusammenfassung

Die Erhebung der Bedarfe von Familien hat dazu beigetragen, bei ihnen ein noch stärkeres Interesse an gesellschaftlichem Engagement und Mitgestaltung zu wecken. Sie hat wertvolle Erkenntnisse zu folgenden Bereichen erbracht, die im zweiten Kapitel mit Handlungsempfehlungen hinterlegt werden: **Wohnen, Zusammenleben, Mobilität und Straßenverkehr, Bildung und Betreuung, Sport und Gesundheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Einkommen und Teilhabe, Information und Kommunikation.**

Die Auswertung sämtlicher Daten und Fakten ergeben folgende Ergebnisse und Erkenntnisse:

Eine kinder- und familienfreundliche Landeshauptstadt Hannover

Hannover bedeutet Vielfalt, dies gilt auch und insbesondere für Familien und ihre Lebensformen, -lagen und -situationen. Das erklärte Ziel der Stadtstrategie „Mein Hannover 2030“ lautet, ihnen ein weitest gehendes selbstständiges und eigenständiges Leben zu ermöglichen. „Niemand soll aufgrund seines Alters, Geschlechts, Einkommens, seiner Lebensform, Religionszugehörigkeit oder einer Behinderung Nachteile oder Barrieren erfahren, sei es zu Bildung, Betreuung, Freizeit, Kultur oder Wohnen oder bei der Chance auf Mitwirkung im Stadtdialog.“⁷

Kommunale Familienpolitik, im Sinne von Inklusion, Integration und Teilhabe muss weiterhin als Querschnittsfunktion agieren. Sie muss in und mit familienrelevanten Handlungsfeldern der Stadtpolitik agieren können, um der Komplexität der Bedarfslagen von Familien Rechnung zu tragen. Der Diskurs zur Familienpolitik im Kontext des Stadtdialogs „Mein Hannover 2030“ unterstrich eindrücklich diese angelegte Grundhaltung von Politik und Verwaltung. Mit Blick auf das Wachstum und die demographische Entwicklung der Landeshauptstadt Hannover wird die kommunale Familienpolitik als strategisches Handlungsfeld im Stadtentwicklungsprogramms „Mein Hannover 2030“ verankert.

Hannover ist eine **begehrte (Miet)Wohnungsstadt**. Doch ist es in den vergangenen Jahren aufgrund der Preisentwicklung in der Immobilienbranche zunehmend schwierig geworden, ideal gelegenen, bezahlbaren und familienfreundlich geschnittenen Wohnraum zu bekommen. Vor allem für einkommensschwächere Familien fehlt es sowohl an erschwinglichen als auch an attraktiven Wohnungen. Auch Besserverdienenden steht keine deutlich größere Auswahl zur Verfügung. Sie suchen oft mehr als zwei Jahre nach einer geeigneten Wohnung oder Immobilie. Obwohl viele das Urbane aufgrund der dichten Infrastruktur schätzen und insbesondere dem **Zusammenleben und dem Zusammenhalt** in den einzelnen Stadtteilen beziehungsweise Quartieren **gute Noten** erteilen, wandern nach wie vor insbesondere Fami-

⁷ Vgl. Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf-, Kapitel 4 Seite 38

lien mit kleinen Kindern wegen der **unbefriedigenden Wohnsituation** in den umliegenden, ländlichen Raum ab.⁸

Verbesserungsbedarf gibt es aus Sicht der Familien nicht nur beim Wohnraumangebot, sondern auch bei der **Verkehrssicherheit**, - vor allem bei **Schulwegen** und dem Ausbau von **Fahrradwegen**. Auch mehr **Barrierefreiheit** im öffentlichen Raum sowie der flächendeckende Einsatz der **neuen Stadtbahnen** beziehungsweise der Ausbau von **Hochbahnsteigen** rangieren ganz oben auf der Liste der Kriterien für noch mehr Familienfreundlichkeit.

In Sachen Betreuung wünscht sich die Mehrheit der Eltern einen **Krippenplatz**. Doch für Kinder unter einem Jahr besteht kein Rechtsanspruch und die wohnortnahe Platzvergabe zum gewünschten Betreuungsbeginn ist nicht immer gesichert. Ganztagsangebote an Schulen sind beliebt, bemängelt wird jedoch, dass es **zu wenige Hortplätze** gibt. Grundsätzlich besteht der Wunsch nach **mehr Ganztagsbetreuung im Grundschulalter und überhaupt mehr Verlässlichkeit beim Übergang zwischen den Betreuungsangeboten und -phasen**, um **mehr Planungssicherheit** in beruflichen Dingen zu haben. Die Ferienbetreuung ist insbesondere für berufstätige Eltern und Familien mit geringem Einkommen eine zentrale Frage. Auch die **Nachfrage nach außerschulischen, wohnortnahen und kostengünstigen Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ist groß**.

Es besteht hoher **Bedarf an Raum für Bewegung**, aber auch für Entspannung in der Natur und im Freien. Das gilt vor allem für Kinder und Jugendliche. Sportvereine sind zwar beliebt, doch bei manchen Sparten ist die **Nachfrage größer als das Angebot**. Das gilt auch fürs **Schwimmen**, das sich vor allem in punkto Indooraktivitäten großer Beliebtheit erfreut. In manchen Stadtteilen fehlt es jedoch an einem Schwimmbad in der Nähe oder die Wegezeiten sind sehr lang. Insgesamt besteht hohes Interesse an einer **Ausweitung von Spiel- und Sportstätten** sowie Möglichkeiten für selbstorganisierten Sport, die **kostenfreie Freizeitaktivitäten** in vielfacher Hinsicht und generationsübergreifend möglich machen – auch bei schlechtem Wetter.

Was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht, bildet Hannover im bundesweiten Vergleich keine Ausnahme: 73% der Mütter ohne Migrationshintergrund und 48 % der Mütter mit Migrationshintergrund sind erwerbstätig. Von den Vätern ohne Migrationshintergrund sind 92 % erwerbstätig von den Vätern mit Migrationshintergrund gehen 74 % einer Erwerbstätigkeit nach. Müttern und Vätern werden hohe Koordinierungsleistungen abverlangt, die oftmals mit einem temporären Rückzug der Frauen aus dem Berufsleben verbunden sind. Besonders **bei Frauen sind Teilzeitarbeitsmodelle die Regel**. Vollzeit arbeiten 19 % der erwerbstätigen hannoverschen Mütter ohne und 20 % der erwerbstätigen Mütter mit Migrationshintergrund. Egalitäre Erwerbsarrangements, in der beide Elternteile vollzeit- oder teilzeitbeschäftigt sind, bilden in Hannover die Ausnahme – 18%(ohne Mig) und 13% (mit Mig) wählen dieses Arbeits- und Familienmodell⁹.

Die meisten Familien in Hannover kommen finanziell gut, einige sehr gut, über die Runden. **Ein Viertel ist jedoch von Armut betroffen**. Wie gerade in diesen Familien **Teilhabe und**

⁸ Vgl. Statistikstelle der Landeshauptstadt Hannover Am 1.1.2016 leben In Hannover mit Hauptwohnsitz am 537.738 EinwohnerInnen.

⁹ Vgl. Repräsentativerhebung Familie in Hannover 2013 Bd. 121 Seite 62

Zugang gewährleistet werden kann, bleibt auch künftig eine **zentrale Frage** hannoverscher Familienpolitik. Einkommensschwache Familien haben offenbar häufiger ein **Informationsdefizit**, was familiäre Freizeit-, Bildungs- und Unterstützungsangebote angeht. Entsprechend seltener werden sie von ihnen genutzt. Hier bedarf es der Nachbesserung. Gewünscht wird auch eine **Ausweitung des Hannover-Aktiv-Passes** auf einkommensschwächere Familien, die nicht im Transferleistungsbezug sind.

Die zunehmende Internationalisierung der hannoverschen Bevölkerung wird auch bei Familien deutlich. In fast 22.000 Familienhaushalten (45%) mit Minderjährigen hat mindestens ein Haushaltsmitglied einen Migrationshintergrund¹⁰. Für etliche Familien aus diesem Personenkreis wird ein Unterstützungsbedarf gesehen. Gleiches gilt nach Einschätzung von ExpertInnen auch für Flüchtlingsfamilien.

Eine offensive Familienpolitik braucht Informationsangebote und –kanäle, die ihre AdressatInnen auch sicher erreichen. Dies ist bislang nicht ausreichend der Fall. Die Stadt muss ihre **Kommunikationsstrategie und -technologie stetig weiterentwickeln**. Elektronische Informationswege sind dabei ebenso gefragt, wie Informationen in gedruckter Form oder auch der direkte **Dialog mit Familien**. Grundsätzlich sind Familien auf **gut, schnell und einfach erschließbare, stadtteilspezifische Informationen angewiesen, die möglichst lebenslagen- und zielgruppengerecht** in der Ansprache und über einen jeweils passgenauen Zugangskanal gewährt wird. So zum Beispiel zu Angeboten von Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Nahversorgung, wohnortnahe Arbeitsplätze und auf kurze (Informations-) Wege, ob zum Einkauf, Facharzt, zur Arbeit oder zum Handwerker um die Ecke.

¹⁰ Vgl. Familienmonitoring 2014 S. 11

1.1 Wohnen und Wohnumfeld

Die Repräsentativerhebung Familie 2013 hat, ebenso wie die Familienkonferenzen und –foren im Kontext von „Mein Hannover 2030“, umfassende Erkenntnisse zum Thema Wohnen geliefert. Neben der Beantwortung von konkreten Fragen zur aktuellen Wohnsituation, haben Familien die offenen Diskursräume genutzt, sich zu diesem Feld zu äußern.¹¹

Mit dem Wohnkonzept 2025¹² hat die Stadt bereits auf das Bevölkerungswachstum sowie den demografischen Wandel und der damit verbundenen Verknappung von Wohnraum reagiert; im Rahmen der Wohnbauflächeninitiative ist die Baurechtschaffung verstärkt worden, zahlreiche Wohnungsbauprojekte wurden bereits realisiert oder befinden sich in der Planung beziehungsweise Umsetzungsphase. Mit dem kommunalen Wohnraumförderprogramm wird seit 2013 die Schaffung von preisgünstigen Wohnungen umgesetzt. Mit der Wohnbauoffensive soll der Wohnungsneubau insgesamt forciert werden. Auch Programme wie „Mein Quartier“ oder „Mein Hannover 2030“ nehmen sich in positiver Weise des Themas Wohnen an. Dennoch besteht weiterer Handlungsbedarf.

Die Erkenntnisse aller Befragungsformate verdeutlichen, dass der Wohnungsmarkt für Familien in den vergangenen acht Jahren immer angespannter geworden ist. Grund hierfür ist vor allem das Bevölkerungswachstum infolge Zuwanderung, Geburten und verminderter Abwanderung von Familien mit der Konsequenz **stetig steigender Miet- und Immobilienpreise und unzureichendem Angebot an Familienwohnraum**.

In jüngster Zeit realisierte Neubauvorhaben bewegen sich eher im hochpreisigen Segment und sprechen Besserverdienende mit dem Wunsch nach einer eigenen Immobilie an. Auf der Strecke bleiben Familien mit geringeren ökonomischen Ressourcen, insbesondere Familien mit mehr als zwei Kindern. Obwohl beim Gros der Befragten der Wunsch besteht, in der Stadt wohnen zu bleiben, ist ein Umzug innerhalb Hannovers zumindest zeitnah in der Regel kaum möglich. Viele beklagen eine **sehr lange Suche nach geeignetem Wohnraum**. Die Folge: Hannover wächst zwar¹³, verliert aber nach wie vor junge Familien ans Umland, die dort ihren individuellen Wohnbedürfnissen besser gerecht werden können.

Bezüglich des Wohnumfelds haben die am Dialogprozess Beteiligten vor allem **mangelnde Sauberkeit** auf Bürgersteigen, Grünflächen und Spielplätzen kritisiert sowie das Bedürfnis nach **mehr nachbarschaftlichen Treffpunkten oder auch Gemeinschaftsaktionen** wie „Urban Gardening“ formuliert.

¹¹ Die Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ wurde im Sommer 2013 durchgeführt; die Angebotssituation auf dem hannoverschen Immobilienmarkt entsprach nicht exakt der Gleichen wie heute.

¹² Vgl. Drucksache 0840/2013 Wohnkonzept 2025

¹³ Ende des zweiten Quartals des Jahres 2015 lebten 531.992 BürgerInnen mit Erstwohnsitz in der Stadt, 14.087 mit Zweitwohnsitz. Ein Ende des Wachstumstrends ist derzeit nicht abzusehen.

Hannover ist eine (Miet)Wohnungsstadt

Der Großteil hannoverscher Familien lebt zur Miete in einem Mehrfamilienhaus¹⁴. Es handelt sich dabei besonders häufig um Alleinerziehende (81% ohne und 92 % mit Migrationshintergrund) und Familien mit einem Einkommen von weniger als 1.000,- € (91%) die in einem Mehrfamilienhaus leben. In dieser Einkommensklasse und Wohnform sind Familien mit Migrationshintergrund am stärksten vertreten (84%): 70% aller Familien mit Migrationshintergrund leben in einem Mehrfamilienhaus. Bei den deutschen Familien sind es 61 %. In einem Einfamilienhaus leben nur 19 % der Familien mit Migrationshintergrund, während es bei den deutschen rund ein Drittel ist.

Fakt ist, dass bei Familien ohne Migrationshintergrund mit steigendem Einkommen der Anteil der in einem Einfamilienhaus Lebenden sukzessive steigt: In der höchsten Einkommensklasse (6.000,- € und mehr) leben rund zwei Drittel der Familien in einem Einfamilienhaus. Je höher das Einkommen ist, desto größer ist außerdem der Anteil jener Familien, die nicht zur Miete wohnen, sondern über Eigentum verfügen.¹⁵

Nachfrage nach Einfamilienhäusern ist groß

Auf die Frage, wie sie sich ihre zukünftige Wohnsituation vorstellen, haben sich 40% der Familien ohne Migrationshintergrund, die umziehen wollen, für ein Einfamilienhaus ausgesprochen. Nur 15% Familien ohne Migrationshintergrund und 19% der Familien mit Migrationshintergrund gaben an, dass sie in einem Mehrfamilienhaus leben möchten. Weitere jeweils ca. 40% könnten sich vorstellen, in einem Ein- oder Mehrfamilienhaus zu wohnen, sind also nicht festgelegt.¹⁶

Bei Paarfamilien ohne Migrationshintergrund (48%) ist der Traum vom Einfamilienhaus deutlich ausgeprägter als bei Alleinerziehenden ohne Migrationshintergrund (17%)¹⁷. Hier spielen offenbar auch die finanziellen Spielräume eine wesentliche Rolle, da sich das Haushaltseinkommen von Paarfamilien in Hannover oftmals aus 1,5 Gehältern¹⁸ zusammensetzt. Überhaupt wird bei einer genaueren Betrachtung der Haushaltseinkommen deutlich, dass die Wohnwünsche der Familien mit ihren finanziellen Möglichkeiten korrespondieren. So steigt mit einem hohen Einkommen der Familien ohne Migrationshintergrund der Wunsch, künftig in einem Ein- beziehungsweise Zweifamilienhaus zu leben (65% bei einem Einkommen von mindestens 6.000,- €)¹⁹.

Die Angaben rund um das Thema Wohnen zeigen, dass sich hannoversche Familien einen auf ihre Bedürfnisse abgestimmten Wohnraum wünschen. Dabei ist die Nachfrage nach potentiell Familienwohnraum größer als das Angebot. Deutlich wird hier das Dilemma in dem sich die Familien (und auch die Stadt) befinden: Der überwiegende Teil des hannoverschen Wohnraumes (84%) sind Wohnungen in Mehrfamilienhäusern²⁰. Daher werden die Wohnwünsche vieler Familien bei einer gleichbleibenden Situation auf dem Immobilienmarkt

¹⁴ Vgl. Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S. 95.

¹⁵ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S. 95f.

¹⁶ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S. 111 f.

¹⁷ ebenda

¹⁸ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S. 62ff.

¹⁹ Bei den Familien mit Migrationshintergrund sind aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht alle Einkommensklassen besetzt, daher wird an dieser Stelle auf einen Vergleich verzichtet.

²⁰ Vgl. Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ – Ausgangslage, Handlungsfelder, Dialog; Status Quo Bericht Sommer 2014 S. 31.

schwerlich zu erfüllen sein - insbesondere wenn es sich dabei um ein Einfamilienhaus im Stadtgebiet handelt.

Immobilienmarkt wird für Familien immer enger

Hannovers Wohnsituation hat sich in den vergangenen acht Jahren deutlich verschlechtert: 2007 betrug die Leerstandsquote noch 3%²¹, 2013 lag sie bei 2%. Hinzu kommen gestiegene Miet- und Quadratmeterpreise²². Unter dieser Entwicklung leiden vor allem die ökonomisch schwächeren Familien. Doch selbst finanziell Bessergestellte können ihre Wohnwünsche inzwischen kaum oder nur mit langer Wartezeit verwirklichen²³. Hintergrund ist ein zu geringes Angebot an freien Wohnimmobilien. Auch die zahlreichen Neubauvorhaben²⁴ können den gestiegenen Wohnbedarf bisher noch nicht decken.

Im Status-Quo-Bericht „Mein Hannover 2030“ der Landeshauptstadt wird die verknappte Wohnraumversorgung ebenfalls thematisiert und auf den notwendigen Handlungsbedarf verwiesen²⁵. Hauptgrund für die derzeitige Situation ist dem Bericht zufolge die positive Bevölkerungsentwicklung. Dementsprechend „[schlägt sich] die anwachsende Zahl der Haushalte auf dem Wohnungsmarkt (...) mittlerweile auch auf das Investitionsverhalten nieder: Wachsende Nachfrage und damit verbundene Renditeerwartungen führen zu einer gesteigerten Neubautätigkeit in Hannover. Diese kann allerdings den Haushaltezuwachs noch nicht kompensieren, was zu einer Verschlechterung der Wohnungsversorgungsquote führt²⁶. Erschwerend kommt hinzu, dass Hannover zwar viele Geschosswohnbauten zu bieten hat, Vier- und Mehrzimmerwohnungen jedoch nur einen Anteil von rund 11% ausmachen²⁷. Angesichts der aufgezeigten Entwicklung wird deutlich, dass der hannoversche Wohnungsmarkt kaum noch über die notwendige Fluktuationsreserve verfügt.

Wohnungssuche dauert oft Jahre

Rund 37% der Familien ohne Migrationshintergrund und 40% der Familien mit Migrationshintergrund möchten kurz- bis längerfristig umziehen, und mehr als die Hälfte dieser Familien formuliert bereits konkrete Umzugsabsichten (52% der Familien ohne Migrationshintergrund und 56% der Familien mit Migrationshintergrund). Allerdings währt die Suche nach Angaben der Befragten oftmals Jahre. Dabei spielen weniger hohe Ansprüche eine Rolle als vielmehr das Fehlen geeigneten Wohnraums. So beklagten Familien in der Repräsentativbefragung und auch in den Familienkonferenzen, dass sie zum Teil zwei bis drei Jahre suchen mussten, bevor sie eine Bleibe gefunden hatten, die ihren persönlichen Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten entsprach. Erschwert hat die Wohnungssuche oftmals, dass viele bezahlbare Wohnungen in einem „erschreckenden Zustand“ sind und dass Vermieter zum Teil ablehnend reagiert haben, wenn Familien mit Kindern Interesse für ein Objekt zeigten. Die lange Suche nach geeignetem Wohnraum ist offenbar auf die angespannte Immobilienmarktsituation, der wachsenden Bevölkerungszahl und einem leicht zu verzeichnenden Trend von der Einkind- zur Zweikindfamilie²⁸ zurückzuführen.

²¹ Vgl. Drucksache Nr. 0840/2013 „Wohnkonzept 2025“, Anlage 1, S. 5.

²² Vgl. HAZ vom 13.02.2015, S. 18

²³ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“, S. 107

²⁴ Zu den Neubauvorhaben siehe u. a. LHH (2013): Wohnbauinitiative 2013, neuer Wohnbau für die Stadt

²⁵ Vgl. Stadtentwicklungskonzept 2030 Ausgangslage, Handlungsfelder, Dialog. Status Quo Bericht 2014, S. 31

²⁶ ebenda

²⁷ Vgl. Schriften zur Stadtentwicklung 117, S. 13

Familien bevorzugen die Stadt

Familien, die umziehen möchten, wollen mehrheitlich in der Stadt Hannover bleiben. Das haben 74% der Familien ohne Migrationshintergrund und 77% der Familien mit Migrationshintergrund angegeben²⁹. Die Entscheidung für die Stadt hängt mit dem sozialen Beziehungsgeflecht zusammen, der Zufriedenheit mit der Infrastruktur in Punkto Kinderbetreuung, dem Vorhandensein von Grünflächen und Naherholungsgebieten, dem gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr sowie dem Radwegenetz. In den Familienkonferenzen und auch in den zusätzlichen Anmerkungen der Repräsentativerhebung wurden diese Bereiche als Vorzüge thematisiert.

Ein möglicher Grund für die ausgesprochen hohe „Stadtteiltreue“ könnte darin liegen, dass die Eltern in der Regel einen Schulwechsel ihrer Kinder, insbesondere während der Grundschulzeit, verhindern möchten. Auch bei den Familienkonferenzen in ausgewählten Stadtteilen wurde die Verbundenheit der Familien zu „ihrem“ Stadtteil deutlich. Neben dem Wohlfühlaspekt wurden auch gute Einkaufsmöglichkeiten, Lokalitäten und die medizinische Versorgung hervorgehoben sowie die Nähe zu Kitas und Schulen.³⁰

Ältere möchten citynah wohnen

Mit zunehmendem Alter gewinnt die Qualität der städtischen Infrastruktur an Bedeutung: 19% der deutschen Eltern, die 50 Jahre und älter sind oder deren jüngstes Kind zwischen 16 und 17 Jahre alt ist (14%) oder Eltern, die über ein Haushaltseinkommen von 6.000 € und mehr verfügen (15%), möchten künftig citynah oder gar direkt in der Innenstadt wohnen. Zudem stellte sich bei den Familienkonferenzen heraus, dass der Bedarf an barrierefreiem Wohnraum und -umfeld tendenziell steigt.

Familien schätzen kurze Wege

Um ihren Alltag effizient zu organisieren, sind Familien auf eine gute Infrastruktur angewiesen, die ihnen kurze Wege zur Arbeit, zu Einkaufsmöglichkeiten, Schulen, Kindergärten, Ärzten, Sportvereinen, Freizeitstätten, aber auch zu Naherholungsgebieten gewährleistet. Hannover erfüllt dieses Kriterium mit dem Konzept seiner Quartiersentwicklung und dem gut ausgebauten Verkehrsnetz. Für beides gab es bei der Erhebung gute Noten von den Befragten. Für die Planung von Neubauten, vor allem in Stadtrandlagen, fordern Familien ebenfalls die Berücksichtigung eines möglichst geringen Wegeaufwands.

Familien in prekären Lebenslagen wohnen schlechter

Insbesondere in den Stadtteilen mit einem höheren Anteil an Familien in prekären Lebenslagen, haben die befragten Kinder deutlich gemacht, dass aus ihrer Sicht teilweise Grundbedürfnisse, wie beispielsweise ein eigenes Zimmer, nicht erfüllt werden können. Hinzu kommt, dass die Mietwohnungsinteressenten aus dem Niedriglohnbereich und im Transferleistungsbezug um das knapp bemessene preisgünstige Wohnraumsegment „konkurrieren“ müssen.

Da jüngst neu geschaffener Familienwohnraum eher für die Zielgruppe der Käufer und nicht der Mieter errichtet wurde und Objekte im hochpreisigen Segment umfasst, wird zeitnah

²⁸ Vgl. Familienmonitoring 2014, S. 9 u. S. 14

²⁹ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S. 115 und S. 116.

³⁰ Eine Wanderungsprognose liegt nicht vor. Hier beziehen sich die Annahmen auf die Anzahl von Familien mit Kindern unter sechs Jahren die zu einem bestimmten Stichtag in der Stadt wohnen.

kaum eine Verbesserung der Wohnsituation von Familien in prekären Lebenslagen zu erwarten sein. Die angespannte Immobilienmarktsituation könnte für diese Familien sogar eine verstärkte Abwärtsspirale in Gang setzen. Daher wurde hier im Wohnkonzept 2025 ein besonderer Akzent für die Wohnraumentwicklung gesetzt. Folgende Aussage aus der Repräsentativbefragung steht für ähnliche Schicksale: „Es gibt kaum Möglichkeiten, mit Bestimmungen vom Jobcenter eine schöne 3-Zimmer-Wohnung in Hannover zu finden. Wir haben Schimmel in der Wohnung und sind gezwungen 2 Jahre noch dort wohnen zu bleiben. Die Vermieter werden keine neue Hausfassade anbringen, da die Menschen, die in meinem Haus wohnen alle vom Jobcenter abhängig sind und darauf angewiesen sind! Das ist nicht familienfreundlich.“ Die aktuellen Zuzüge dürften die beschriebene Situation weiter verschärfen.

Kritik an mangelnder Sauberkeit im öffentlichen Raum

Insbesondere auf den Familienkonferenzen wurde die mangelnde Sauberkeit im öffentlichen Raum kritisiert. Vor allem die Verschmutzung der Bürgersteige mit Müll und Glasscherben sowie Hundekot³¹ auch auf öffentlichen Grünflächen kam zur Sprache. Angeregt wurden mehr Hundekottütenspenden und auch eine direktere Ansprache von Hundebesitzern.

Auch auf Spielplätzen herrscht nach Aussagen der Beteiligten häufig ein hoher Verschmutzungsgrad durch Zigarettenkippen oder Flaschen. Bei Verstößen gegen die Spielplatzsatzung³², wonach das Abladen von Müll, Rauchen und der Konsum von Alkohol untersagt ist, wünschen sich die Eltern bessere Kontrollen, mehr Säuberungsaktionen und durchgreifende Sanktionsmaßnahmen. Ein weiterer Kritikpunkt war, dass defekte Geräte nicht zeitnah genug repariert bzw. ersetzt werden und dass die aufgestellten Geräte nicht für alle Altersgruppen benutzbar sind.

Lebensraum als Bewegungsraum

Die Kinder wünschen sich vor allem ausreichend Bewegungsraum - zu Hause und draußen vor der Tür. Doch nicht nur der Wunsch nach attraktiven Spielplätzen ist groß, sondern auch nach Treffpunkten mit Freizeitangeboten im Stadtteil. Hier reichen schon häufig eine Bank aus oder auch nutzbare Freiflächen oder Spielstraßen (temporär)³³. Dies deckt sich mit den Aussagen von Eltern oder SeniorInnen, die mangelnde Treffpunktmöglichkeiten von Jugendlichen außerhalb der Jugendzentren moniert haben. Ergänzend dazu werden von Eltern und Kindern offene Begegnungsorte zum Austausch mit Nachbarn und Freunden positiv hervorgehoben. Dazu zählen beispielsweise das Freizeit- und Kulturangebot insgesamt sowie Stadtteilzentren, Kinder- und Jugendtreffpunkte, Bibliotheken, Gastronomie und Cafés sowie Spielplätze. Auf der Familienkonferenz in der Südstadt wurde besonders der Wunsch nach „Urban Gardening“ laut.³⁴ In allen Stadtteilen wünschen insbesondere Familien mit Kinderwagen und SeniorInnen mehr Barrierefreiheit auch im öffentlichen Raum.

³¹ Im Zuge der Nachbearbeitung der Familienkonferenz Bemerode und Vahrenwald engagierten sich BürgerInnen für eine Aktion gegen Hundedreck und Parkverschmutzung.

³² Vgl. Spielplatzsatzung der Landeshauptstadt Hannover vom 17.04.2008.

³³ Im Zuge der Nachbearbeitung der Familienkonferenz Bemerode realisierten Kinder ein Schmetterlingswiese, als „Zoersatz“.

³⁴ Im Zuge der Nachbearbeitung der Familienkonferenz Südstadt bzw. der Realisierung dort angebrachter Themen, wurde dieses Thema von einer Gruppe von Südstädtern aktiv weiterverfolgt und in Zusammenarbeit mit dem Stadtbezirksmanagement, unter dem Titel „essbare Südstadt“ umgesetzt.

1.2 Mobilität und Straßenverkehr

Zwar wurden die Aspekte Mobilität und Straßenverkehr nicht explizit erfragt, doch haben vor allem die Familienkonferenzen und die beiden Veranstaltungen „Blickpunkt Familie“ und Städte brauchen Familien – Kommunale Familienzeitpolitik“ im Kontext von „Mein Hannover 2030“ deutlich gemacht, wie stark das Thema Mobilität und **Verkehrssicherheit** Familien, aber auch SeniorInnen beschäftigt. Darüber hinaus haben sich in der schriftlichen Erhebung 19% der Familien ohne Migrationshintergrund und 9% der Familien mit Migrationshintergrund für die Verbesserung der Verkehrssicherheit als eine Maßnahme für mehr Familienfreundlichkeit ausgesprochen³⁵.

Da nicht zuletzt der Anteil des Fahrradverkehrs am so genannten „Modal Split“ (die Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel) seit einigen Jahren kontinuierlich steigt³⁶, stand bei den Anmerkungen und Diskussionen vor allem die **Fahrradfreundlichkeit** auf Straßen und Wegen im Vordergrund. Aber auch das Thema **Barrierefreiheit** kam häufig zur Sprache.

Insgesamt wurde mehr **Rücksicht** von VerkehrsteilnehmerInnen untereinander gefordert, um noch mehr Sicherheit im Straßenverkehr, insbesondere für Kinder und SeniorInnen, zu gewährleisten. Diesbezüglich gab es die Anregung, seitens der Stadt eine entsprechende Kampagne zu starten.

Gute Noten bescheinigten die Befragten dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), obwohl viele den flächendeckenden **Ausbau von Hochbahnsteigen** vermissen sowie den **Einsatz der neuen Stadtbahnen** auf allen Strecken.

Mit dem Masterplan Mobilität 2015, dem Leitbild Radverkehr, der Verkehrssicherheitskampagne für Kinder „Gib mir Acht“ sowie dem Nahverkehrsplan 2015 der Region Hannover liegen die Konzepte zur Verbesserung der Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen vor. Diese Konzepte werden in den kommenden Jahren weiter umgesetzt, und damit auch den Bedürfnissen und der Anregungen von Familien Rechnung getragen.

Ausbau der Barrierefreiheit ist gewünscht

Familien und SeniorInnen wünschen sich einen weiteren Ausbau der Barrierefreiheit und inklusive Gestaltung sowohl im Straßen- als auch beim öffentlichen Nahverkehr.

So ist es für ältere mobilitätseingeschränkte BürgerInnen wichtig, dass die Zugänge zu Parks und Grünanlagen altersgerecht sind: Der Schotter auf Spazierwegen sollte nicht zu grobkör-

³⁵ Alleinerziehende haben auf die Frage wie Hannover familienfreundlicher werden könne, deutlich seltener eine Verbesserung der Verkehrssicherheit gefordert, nur 11% haben im Gegensatz zu 21% der Paarfamilien diesen Aspekt angegeben. Bei Betrachtung dieses Themas nach dem Haushaltseinkommen, steigt der Wunsch nach einer Verbesserung der Verkehrssicherheit mit der Höhe des Einkommens.

³⁶ Im Vergleich zu 2002 haben sich jeweils die Anteile am Modal Split an Fußgängern um 3% auf 25% sowie der Anteil der MIV-Fahrer und MIV-Mitfahrer um 6% auf 38% insgesamt reduziert. Der Anteil der öffentlichen Verkehrsmittel ist um 3% auf 19% gestiegen und der Fahrradanteil ist um 7% auf 19% in 2011 angewachsen. (Ergebnisse der Verkehrserhebung „Mobilität in der Region Hannover“ 2011; Veröffentlichung auf www.hannover.de, abgerufen am 25.02.2015)

nig sein, damit man auch mit Rollatoren leicht vorankommt. Außerdem haben die SeniorInnen noch mehr abgesenkte Bürgersteige, Bänke zum Ausruhen und Zebrastreifen-Übergänge sowie längere Grünphasen an Ampelkreuzungen angeregt. All das käme auch Eltern mit Kinderwagen und Kleinkindern zugute.

Was die Barrierefreiheit im ÖPNV angeht, standen die „grünen Stadtbahnen“ (TW 6000) sowie fehlende Hochbahnsteige³⁷ in der Kritik.

Familien fordern mehr Rücksicht unter Verkehrsteilnehmern

Nach dem subjektiven Sicherheitsempfinden vieler Befragter, birgt der Verkehr vor allem für Kinder und SeniorInnen Gefahren³⁸. In der Tat verunglücken immer noch viele Kinder im hannoverschen Straßenverkehr³⁹. Unfälle passieren zwar auch in der Freizeit⁴⁰, doch vor allem die Sicherheit des Schulwegs soll nach dem Willen der Eltern gewährleistet sein. Um das zu realisieren, wurde in erster Linie ein rücksichtsvollerer Umgang unter VerkehrsteilnehmerInnen gefordert⁴¹ und angeregt, dass die Stadt hierzu eine entsprechende Kampagne startet, die beispielsweise auch im Fahrgastfernsehen ausgestrahlt werden könne.

Auch der Ausbau der Radwege nach Kopenhagener oder Amsterdamer Vorbild zählt zu den konkreten Forderungen⁴².

Familien schätzen öffentlichen Nahverkehr

Insgesamt bekommt der hannoversche ÖPNV von den Familien gute Noten. Vereinzelt gibt es Kritik an den Ticketpreisen, insbesondere daran, dass es keine kostenlose Fahrkarte für alle SchülerInnen gibt - auch jene, die weniger als zwei Kilometer weit von ihrer Schule entfernt wohnen.

Außerdem wurde angemerkt, dass teilweise Querverbindungen wie beispielsweise von Linden-Nord nach Linden Süd, von der Hildesheimer Straße zum Maschsee oder von Bemero-de/Kronsberg nach Laatzen Linie 340/341⁴³ fehlen würden.

Bei der Ausweisung neuer Baugebiete im Stadtgebiet soll außerdem auf Wunsch der Befragten von Beginn an die Anbindung an den ÖPNV mit bedacht werden.

Exkurs Livediskussion Verkehr

Am vorletzten Tag der Online-Familienkonferenz gab es eine Livediskussion mit dem Verkehrssicherheitsberater der hannoverschen Polizei zum Thema Verkehr.⁴⁴ Dabei stellte sich heraus, dass es den TeilnehmerInnen weniger um hannoverspezifische als vielmehr um ge-

³⁷ Bis zum Jahr 2020 wäre eine Quote von 86 Prozent der überirdischen Stadtbahnhaltestellen mit Hochbahnsteigen ausgerüstet.

³⁸ Im Zuge der Nachbearbeitung der Familienkonferenz engagierten sich in Linden-Süd die BewohnerInnen für gesicherte Übergangssituationen um den Hannomagkreisel.

³⁹ 2013 sind 229 Kinder in Hannover verunglückt. Davon waren 71 zu Fuß und 88 mit dem Fahrrad unterwegs und 70 Mitfahrer in einem Fahrzeug (Quelle: Landeshauptstadt Hannover (2014): Gib mir acht!, S. 7.

⁴⁰ Vgl. Landeshauptstadt Hannover Gib mir acht! S. 8.

⁴¹ Vgl. auch:

http://www.familienlebenhannover.de/discoursemachine.php?id_viewback=102&menucontext=2&page=detail_infothek&id_item=1865&submenucontext=393 (abgerufen am 26.02.2015)

⁴² Für eine dezidierte Darstellung des Kopenhagener Modells siehe <http://www.visitcopenhagen.de/de/kopenhagen/wir-lieben-fahrrader-0> und http://de.wikipedia.org/wiki/Radfahren_in_Kopenhagen (jeweils abgerufen am 27.02.2015).

⁴³ siehe Kapitel 1.5; Gesundheit und Bewegung. Das Motiv der Verlängerung liegt in der Erreichbarkeit des Schwimmbades als Alternative zum Neubau eines Schwimmbades DS Nr. 15 – 2619/2012 (Nachbearbeitungsphase Bemero-de)

⁴⁴ Die Livediskussion ist weiterhin nachzulesen unter:

http://www.familienlebenhannover.de/demos.php?page=viewcompiler_forum&id_authorview=6&id_view=111&menucontext=403&submenucontext=397 (abgerufen am 27.02.2015)

1.2 MOBILITÄT UND STRAßENVERKEHR

nerelle Belange ging. Primär wurden allgemeinere Themen, die hauptsächlich die Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr betreffen, diskutiert.

1.3 Zusammenleben und Zusammenhalt

Das Zusammenleben und der Zusammenhalt in den Stadtteilen beziehungsweise den Quartieren ist für die BewohnerInnen ungeachtet ihres Alters und kulturellen Zugehörigkeit von zentraler Bedeutung. Sowohl Kinder⁴⁵ als auch Eltern, aber auch SeniorInnen haben sich im Rahmen der Familienkonferenzen in ausgewählten Stadtteilen und im Internet in den Beteiligungsprozess „Wie will ich leben in ...“ zur Weiterentwicklung eines familienfreundlichen Hannovers eingebracht. Im Zusammenhang mit der Repräsentativbefragung, die das Thema Zusammenleben nicht beinhaltete, haben Familien diesen Aspekt dennoch auf der Seite für zusätzliche Anmerkungen aufgegriffen.

Insgesamt wurde mehr generationen- und kulturübergreifende **Rücksichtnahme und Toleranz** gefordert. Dieser Aspekt resultiert nicht zuletzt aus einem offenbar **starken Gemeinsinn** für ein Zusammenleben der unterschiedlichen Generationen. Hannover verfügt damit über ein **hohes Potential**. Viele BewohnerInnen engagieren sich für ihren Stadtteil und möchten an der Weiterentwicklung aktiv mitwirken.

Die Stadt kann mit Unterstützung der GemeinwesenarbeiterInnen und der QuartiersmanagerInnen oder auch durch die Arbeit in Stadtteilzentren und Freizeitheimen gute **Rahmenbedingungen zur Förderung der Solidargemeinschaft** schaffen. Etwa, indem sie durch Bereitstellung von Räumlichkeiten Möglichkeiten der Begegnung von BewohnerInnen eines Stadtteils oder Quartiers anbietet, SeniorInnen eine größere Teilhabe durch noch mehr Barrierefreiheit eröffnet und BürgerInnenengagement unterstützt und fördert. Aber der Umgang untereinander und die Nutzung von öffentlichen Räumen oder Plätzen obliegen dem Einzelnen.

Mehr Toleranz und Rücksichtnahme

Während der so genannten World Cafés wurde von den TeilnehmerInnen einerseits guter Zusammenhalt im Quartier und eine Art „dörflicher Charakter“ hervorgehoben, andererseits rauer Umgang und respektloses Verhalten untereinander angesprochen. In den anderen Beteiligungsformaten haben die TeilnehmerInnen ebenfalls mehr Rücksichtnahme und Toleranz gefordert, insbesondere auch im Straßenverkehr⁴⁶.

Zu den Vorschlägen für ein besseres Miteinander zählten unter anderem der Ausbau von Mehrgenerationenhäusern aus bestehenden Einrichtungen wie etwa SeniorInnentreffs⁴⁷ heraus und noch mehr nachbarschaftliches Engagement für Kinder, SeniorInnen und Kranke. Auch für manche Familien mit Migrationshintergrund wird Unterstützungsbedarf formuliert. Angeregt wurden auch mehr Stadtteil-, Straßen- oder Hausfeste, um der viel zitierten Anonymität der Großstadt ein stärkeres Wir-Gefühl entgegenzuhalten und damit auch gleichzeitig für mehr Verständnis und Toleranz untereinander zu sorgen.

⁴⁵ Vgl. Kapitel III Methoden und Prozessverlauf.

⁴⁶ Vgl. Kapitel 1.2 Mobilität.

⁴⁷ Im Zuge der Nachbereitung der Familienkonferenz Wettbergen entstand der Kulturring Wettbergen in Kooperation von Schulen, Freizeitheim Weiße Rose und dem Karl-Flor Seniorenhaus.

Das Gesamtwohl zählt

Die Familienkonferenzen haben in ihrer Gesamtheit nicht einen Querschnitt der hannoverschen Bevölkerung oder der jeweiligen Einwohnerschaft des entsprechenden Stadtteils darstellen können. „Das bedeutet allerdings keineswegs, dass die Teilnehmenden [der World Cafés] nicht auch andere Familien und Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel Jugendliche oder Familien mit kleinen Kindern, im Blick hatten. Dies zeigen die Ergebnisse der Diskussionen (...)“⁴⁸. Für die Befragten stehen nicht ausschließlich die eigenen Interessen im Vordergrund, sondern ihnen liegt ganz klar auch das Gesamtwohl der BewohnerInnen ihres Stadtteils am Herzen.

Hannover hat damit ein hohes Potential an Sozialkapital. Sozialkapital speist sich, nach dem nordamerikanischen Theoretiker Robert D. Putnam⁴⁹, aus Vertrauen und Engagement⁵⁰, welches letztlich wesentliche Elemente sind, die Zusammenhalt (be)fördern. Darüber hinaus führt Sozialkapital dazu, dass sich Beziehungen starker und schwacher Ausprägung, der BürgerInnen untereinander entwickeln können. Hier seien beispielsweise Grußbekanntschafte im Quartier genannt, die zu den schwachen Bindungen zählen⁵¹.

Auf der Suche nach einer neuen Wohnung oder einer Anstellung sind lockere Beziehungen von Vorteil, da sie Zugang zu einem breit gefächerten Beziehungsnetzwerk bieten, die komplett neue oder andere Informationskanäle beinhalten können⁵². Darüber hinaus bieten tolerante und vertrauensvolle Beziehungen – egal welcher Bindungsstärke – Verbundenheit zum Quartier. Denn „in guter Nachbarschaft wohnen Kontakte, [und] gegenseitige Unterstützung (...)“⁵³. Dies verdeutlicht, dass „Stadtquartiere (...) der Alltagsort und Lebensmittelpunkt für viele ihrer BewohnerInnen [bleiben]. Vor allem Familien und ältere Menschen nutzen in ihrer alltäglichen Lebensorganisation die kurzen Wege und vielfältigen Verflechtungen in gemischten Stadtquartieren“.⁵⁴

Wunsch nach mehr (Bewegungs-)Raum

Speziell für Jugendliche, aber auch für SeniorInnen wurden noch mehr Begegnungsstätten oder Orte zum Verweilen, Austauschen, Spielen gewünscht, die nicht mit einer Vereinszugehörigkeit einhergehen. Der Wunsch nach mehr (Bewegungs-)Raum⁵⁵ wurde dabei nicht unbedingt mit komfortablen Freizeiteinrichtungen gleichgesetzt: Eine schlichte Bank oder Platz bzw. eine Straße zum Fußballspielen können den Zweck der Begegnung gleichermaßen erfüllen und sind obendrein kostenlos zu nutzen.

⁴⁸ Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover (2014) internes Papier: Projektbericht, Familienkonferenzen in Hannover, Bericht über die Ergebnisse der World Cafés, S. 9.

⁴⁹ Weitere wichtige Theoretiker, ohne die eine valide Analyse der Sozialkapitalthematik nicht möglich ist, sind: Pierre Bourdieu, James S. Coleman, Francis Fukuyama, Jane Jacobs, Mark Granovetter u.a.

⁵⁰ Für Putnam umfasst Sozialkapital Vertrauen, Normen der generalisierten Reziprozität und Engagement in assoziativen Vereinigungen. Er geht davon aus, dass das Vertrauen auf Einhalten von Normen das Dilemma des kollektiven Handelns zu lösen vermag (vgl. hierzu Putnam, Robert D. (2001): „Bowling Alone. The collapse and revival of American community“, New York, S. 21).

⁵¹ Typische starke Bindungen sind Verwandtschaftsbeziehungen oder enge Freundschaften.

⁵² Insbesondere für arme Menschen können sie einen Weg aus der Armutssituation darstellen.

⁵³ Klaus Habermann-Nieße, Vortrag auf dem Fachtag Forum Familie am 20.10.2014

⁵⁴ ebenda

⁵⁵ Im Zuge der Nachbereitung der Familienkonferenz Vahrenwald wurde ein Fitnessparcour im Vahrenwalder Park eingerichtet, in Linden-Süd eröffnete das Café Allerlei.

Unsicherheit im öffentlichen Raum

Insbesondere ältere Menschen formulierten oft Unsicherheiten und sogar Ängste im öffentlichen Raum. Dies bezog sich auf unübersichtliche Verkehrssituationen, uneinsichtige Plätze und Wege bei Dunkelheit oder in Abgeschiedenheit bis hin zu Menschenansammlungen.

Auch Jugendlichen thematisieren die Qualität von öffentlichen Aufenthaltsräumen. Im Rahmen einer Jugendbefragung in Kleefeld beschrieben Jugendliche Räume die sie u.a. meiden oder nur in Begleitung aufsuchen. So wird z.B. der Kleefelder Bahnhof als ein unangenehmer, dunkler Ort bezeichnet.⁵⁶

Wunsch nach mehr Teilhabemöglichkeiten für Ältere

Insbesondere von den SeniorInnen wurde deutlich gemacht, dass verschiedene Faktoren dazu führen, dass für sie die Teilhabe am öffentlichen Leben oftmals erschwert ist. Hier gilt es, Möglichkeiten auszuloten, wie die Eigenständigkeit und Selbständigkeit im Quartier auch für mobilitätseingeschränkte BürgerInnen, sichergestellt werden kann⁵⁷.

⁵⁶ Im Rahmen der Jugendbefragung in Anderten-Kleefeld wurde hierzu mit den Kindern- und Jugendlichen gearbeitet arbeiten, indem der Bahnhofstunnel unter Beteiligung der Jugendlichen in Absprache mit der Deutschen Bahn, des Kreisjugendwerks der Arbeiterwohlfahrt e.V. und des Fachbereichs Jugend und Familie, künstlerisch gestaltet wurde.

⁵⁷ Die Bebauung des Klagesmarktes erfolgt beispielsweise unter alter(n)sgerechten Aspekten.

1.4 Bildung und Betreuung

Mit ihrem Bildungsplan 2009 und seinem Bildungsmonitoring 2010/ 2012⁵⁸ hinterlegt die Landeshauptstadt ihr Engagement für die Bildung, Betreuung und Erziehung, insbesondere für Kinder- und Jugendliche. Die Förderung und das Engagement für eine (ganzheitliche) Bildung stellt ein zentrales kommunales Handlungsfeld, insbesondere aus Sicht von Familien dar. „**Bildung von Anfang an!**“ ist eine der bedeutenden strategischen Zielstellungen der Landeshauptstadt Hannover, unter der Devise „**Je früher desto besser**“.

Einer der wichtigsten Lern- und Bildungsorte sind die Familien selbst. Deshalb kommt der Eltern- und Familienbildung besondere Bedeutung zu. Gerade bei den Eltern herrscht großer **Bedarf bei der Beratung in Erziehungsfragen, aber auch für das persönliche Fortkommen (berufliche Perspektiven)**.

Über die institutionellen Bildungsorte Kindertagesstätte und Schule hinaus werden bereits viele weitere informelle und non-formelle **Bildungs- und Lernmöglichkeiten sowie Unterstützungs- und Förderangebote für Kinder und Jugendliche genutzt**. Doch die Nachfrage vor allem nach wohnortnahen und kostengünstigen Angeboten sowie entsprechenden Einrichtungen wie etwa informellen selbstorganisierten Treffpunkten ist dennoch hoch.

Bei der Betreuung wünscht sich die Mehrheit der Eltern ohne Migrationshintergrund einen **Krippenplatz**. Doch gerade für Kinder unter einem Jahr besteht kein Rechtsanspruch, zudem ist die wohnortnahe Platzvergabe auch im rechtsanspruchsrelevanten Alter nicht immer sicher. Insgesamt legen Eltern viel Wert auf die **Qualität von Betreuungseinrichtungen** wie Kindertagesstätte und Hort. Sie wollen ihre Kinder gut aufgehoben wissen. Dazu zählen quantitative Faktoren wie ein **angemessener Personalschlüssel** bei den PädagogInnen oder die **gute Ausstattung von Unterrichtsräumen** in der Schule, die nach Ansicht vieler Eltern oftmals zu wünschen übrig lässt. Des Weiteren sind es qualitative Aspekte der pädagogischen Kompetenz für den Umgang mit Kindern in interkulturellen Kontexten, der Entwicklung der Mutter- und Mehrsprachigkeit, der Vorbereitung auf die Schule und die Gewährleistung ausreichender Bewegungsmöglichkeiten.

Eltern bemängeln die Planungsunsicherheiten in den Zu- und Übergängen zu pädagogischen Einrichtungen, hier besonders auch das Anmeldeverfahren. Die Information über die Platzvergabe kommt häufig zu kurzfristig und ist wenig kompatibel mit den Planungszeiträumen in der Berufswelt. Zu einem bedeutenden Thema entwickelt sich die zeitliche Struktur und Verlässlichkeit in der Schulkinderbetreuung. Dies bezieht sich sowohl auf die Betreuungs- und Beziehungsqualitäten in Ganztagschulen, wie auch auf die Organisation der Ferienbetreuung und deren Kosten. Kritik gibt es auch an der mangelnden Information über Ferienangebote.

Ganztagsangebote an Schulen habe Zuspruch. Kritisiert wird jedoch, dass es **zu wenige Hortplätze** gibt und auch das **Angebot eines Mittagessens in der Schule** nicht für alle SchülerInnen möglich ist. Grundsätzlich besteht der Bedarf nach **mehr Ganztagsgrundschulen mit guter Betreuungsqualität und Horten**.

⁵⁸ Vgl. Drucksachen Nr. 1106/2009 Bildungsplan, Nr. 1424/2010 N1 und Nr. 2623/2012 N1 Bildungsmonitoring

Eltern wollen Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf

Kinderbetreuung ist ein wesentliches Strukturelement in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Trotz eines umfänglichen Ganztagsbetreuungsangebotes im Stadtgebiet sind es immer noch die Frauen, die ihre Arbeitszeit reduzieren, um durch Zeitdruck entstehende Stress- oder Konfliktsituationen zu umgehen oder zumindest zu minimieren.

Tatsächlich wünschen sich zunehmend Frauen und Männer mehr Wahlfreiheit für das Berufs- und Privatleben. Indiz dafür ist unter anderem die Inanspruchnahme von Elterngeld und Elternzeit: 2013 bewilligte die Stadt mehr als 6.768 Anträge. Der Anteil der männlichen Antragsteller war seit 2008 bis 2013 von 20 auf 28% gestiegen⁵⁹. Ein Viertel aller Antragsteller waren Väter, die in der Regel nicht mehr als zwei Partnermonate nutzten. Mit dem neuen Elterngeld plus ab dem 1. Juli 2015 haben sich für einige Eltern die Möglichkeiten, Teilzeitarbeit mit Elterngeldbezug zu verbinden, erweitert.

Krippenplätze sind begehrt, aber schwer zum gewünschten Zeitpunkt zu bekommen

Ein Viertel der Eltern in Hannover möchte möglichst früh einen Betreuungsplatz für ihr Kleinkind. Eltern ohne Migrationshintergrund würden ihr Kind gern schon nach Vollendung des ersten Lebensjahres in eine Krippe geben, MigrantInnen hingegen möchten damit in der Regel ein Jahr später starten⁶⁰.

Tatsache ist, dass es oftmals schwierig ist, einen Betreuungsplatz für Kinder zu bekommen, wenn diese mit Beginn des Kitajahres am 1. August noch nicht im rechtsanspruchsrelevanten Alter sind (Herbst-/ Winterkinder). Die Aufnahme von unter Einjährigen ist nur selten möglich. Auch unterjährig, das heißt vor oder nach dem Stichtag 1. August, ist es schwierig, einen Krippenplatz zu bekommen. Von Eltern kritisch bewertet wurde vielfach auch das Anmeldesystem sowie die Intransparenz der Platzvergabe durch die Kindertageseinrichtungen. An einem Anmeldesystem wird inzwischen gearbeitet⁶¹. Gefordert wird vor allem „Planungssicherheit“: Eltern müssen frühzeitig wissen, ob und wann sie einen Betreuungsplatz bekommen, um ihre Erwerbsarbeit mit ihren ArbeitgeberInnen organisieren zu können.

Der Ausbau an Betreuungsplätzen für drei- bis sechsjährige Kinder ist so weit vorangeschritten, dass bisher nur Eltern einzelner Stadtteile von Engpässen berichten. Hannover ist aber eine wachsende Stadt. Aufgrund des erfreulichen Geburtenanstiegs auch im Jahr 2015 wurde ein neues Ausbauprogramm im Rat der Stadt Hannover beschlossen, um den kurz- und mittelfristigen Platzbedarf zu decken⁶².

Die Bevölkerung ist allein im Zeitraum 1.1.2015 bis 31.12.2015 um 8.859 Menschen angewachsen. Allein im Jahr 2015 lebten 596 Kinder mehr im rechtsanspruchsrelevanten Krippenalter, d.h. der Ein- und Zweijährigen, in Hannover.⁶³

⁵⁹ Vgl. Familienmonitoring 2014 S.21

⁶⁰ Zukunftskonferenz Hannover „Anschwung für frühe Chancen“ 2012 Landeshauptstadt Hannover 51.4/51F

⁶¹ Vgl. Drucksache Nr. 0427/ 2011S1 Entwicklung eines zentralen Anmeldesystems

⁶² Vgl. Drucksache Nr. 07855/2014 und Nr. 2562/2015N1 „Hannover bleibt am Ball“ Ausbau der Kinderbetreuung

⁶³ Landeshauptstadt Hannover Statistik und Wahlen

Eltern legen Wert auf hohe Qualität bei der Betreuung

In der Repräsentativbefragung und in den Familienkonferenzen, insbesondere in der Zukunftskonferenz für Eltern mit Migrationshintergrund⁶⁴, haben viele Eltern auf Qualitätsfaktoren bei der Kinderbetreuung hingewiesen: Sie legen Wert auf gut ausgebildetes Personal, die Beschäftigung von LehrerInnen und ErzieherInnen mit Migrationshintergrund, eine aufgeschlossene Haltung gegenüber allen Kindern, mehr interkulturelle Kompetenz, Achtsamkeit für die Diversität und Individualität der Kinder und ihrer Familien, eine gute pädagogische Teamarbeit, einen ausgewogenen Betreuungsschlüssel sowie eine gute Bezahlung des Personals. Auch, wenn es teilweise an einigen Qualitätskriterien fehlt, zeigten sich insbesondere Eltern mit einer hohen Schulbildung und hohen Haushaltseinkommen überdurchschnittlich häufig zufrieden mit der Kinderbetreuung⁶⁵.

In den insgesamt 448 (1.10.2014) hannoverschen Kindertageseinrichtungen wurden zum Zeitpunkt der Erhebung rund 18.075 Vorschulkinder (01.10.2014) im Alter von acht Wochen bis zum Eintritt in die Grundschule betreut. Weitere 1.086 Kinder befanden sich in Tagespflegestellen. Damit wurde mehr als jedes zweite Kleinkind (54%) im Alter von ein und zwei Jahren (Rechtsanspruch) und praktisch jedes Kind zwischen drei Jahren und der Einschulung in einer Kindertagesstätte betreut.⁶⁶ Insgesamt waren im Jahr 2013 80% ohne und 71% mit Migrationshintergrund der Eltern mit Kindern unter drei Jahren mit der Betreuungsform ihrer Kinder zufrieden. 19% ohne und 28% mit Migrationshintergrund hätten lieber einen Krippenplatz und 1% eine Tagespflegestelle bekommen. 98% der Eltern ohne Migrationshintergrund, deren Kinder eine Krippe besuchten, zeigten sich zufrieden.⁶⁷

Dagegen waren nur 56% der Eltern ohne Migrationshintergrund, deren Kinder zum Zeitpunkt der Erhebung eine Tagespflegestelle besuchten, mit dieser auch zufrieden. Bei den Alleinerziehenden ohne Migrationshintergrund waren es 67% der Befragten. 30% hätten lieber einen Krippenplatz gehabt.⁶⁸ Hierbei ist eventuell zu berücksichtigen, dass die Befragung vor der Satzungsänderung zur Tagespflegebetreuung stattfand, das heißt also vor Angleichung der Gebührenhöhe.

Interkulturelle Angebote sind gefragt

Unstreitig ist, dass Kinderbetreuung kurz-, mittel und langfristig das Wohlergehen von Kindern fördert. Besonders stark profitieren Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund oder mit geringem Einkommen oder geringem Bildungsniveau von Kinderbetreuung.⁶⁹ Nahezu jedes zweite in Hannover geborene Kind hat einen Migrationshintergrund. Daher betonten gerade Familien mit Migrationshintergrund die hohe Bedeutung guter Programme wie „Griffbereit“, „Rucksack“, „Stadtteilmütter“, „BildungslotsInnen“, die Beteiligung von Eltern bei der Entwicklung von Angeboten, eine Orientierung der Angebote an den Interessen und Ressourcen der Eltern, mehr niedrigschwellige Angebote, die den Bildungs- und Kenntnisstand von Eltern berücksichtigen, mehr Transparenz, Mitbestimmung und Teilhabe von Eltern an Betreuungsangeboten sowie mehr Bündelung von Kompetenzen und Wissen, zum Beispiel

⁶⁴ Zukunftskonferenz Hannover „Anschwung für frühe Chancen“ 2012 Landeshauptstadt Hannover 51.4/51F und BMFSFJ

⁶⁵ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S. 131 und 132

⁶⁶ Vgl. Drucksache Nr. 1364/2015 Kindertagesstättenbericht 2015

⁶⁷ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S. 131 und 132

⁶⁸ ebenda

⁶⁹ Vgl. Ergebnisse der Gesamtevaluierung der ehe- und familienbezogene Leistungen im Überblick, BMFSFJ 2014

in Netzwerken. Das Thema der Interkulturalität sehen Eltern mit Migrationshintergrund in einen engen Zusammenhang mit einem friedlichen Zusammenleben und als Voraussetzung für Chancengleichheit; gleiche Rechte auf Bildung für alle und Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung in einer globalisierten Welt⁷⁰.

Wohnortnähe, Konzepte und Öffnungszeiten müssen stimmen

Nahezu allen Eltern waren flexible Öffnungszeiten, Wohnortnähe und attraktive pädagogische Konzepte wichtig.

Gefragt nach den Kriterien ihrer Wunschkita nannten fast 90% der Väter und Mütter drei Aspekte: Wohnortnähe, Bewegungsangebote, die gute Vorbereitung auf die Schule (Familien mit Migrationshintergrund), die Qualität des Außengeländes (Familien ohne Migrationshintergrund).

Alleinerziehende ohne Migrationshintergrund haben im Vergleich zu Paarfamilien höhere Präferenzen bezüglich einer guten Vorbereitung auf die Schule, zu Öffnungszeiten vor 7.30 Uhr und nach 16.30 Uhr sowie Betreuung am Wochenende. Außerdem plädierten sie für Mehrsprachigkeit und spezielle Ernährungsangebote. MigrantInnen ist es sehr wichtig, dass ihre Kinder die deutsche Sprache lernen.

Familien mit einem Einkommen von unter 1.500 Euro monatlich wünschen häufiger als andere Einkommensgruppen Mehrsprachigkeit (auch Familien ohne Migrationshintergrund), spezielle Ernährungsangebote (nur Familien ohne Migrationshintergrund) sowie zusätzliche Betreuungszeiten am Wochenende (Familien ohne und mit Migrationshintergrund) und vor 7.30 Uhr (Familien mit und ohne Migrationshintergrund). Familien ohne Migrationshintergrund möchten oftmals eine Ausweitung der Betreuungszeiten auf nach 16.30 Uhr. Familien mit Migrationshintergrund messen dem religiös/weltanschaulichen Konzept mehr Bedeutung bei und wünschen kürzere Betreuungszeiten als bei einem Ganztagsplatz.

Schulbeginn als Zeit des großen Umbruchs

Mit der Einschulung in die Grundschule vollziehen sich große Umbrüche für Kinder und Eltern. Standen in der Kindertageseinrichtung das spielerische und soziale Lernen im Vordergrund, lernen Kinder in der Grundschule nach klaren curricularen Vorgaben. Viele Grundschulen arbeiten inzwischen mit jahrgangsübergreifenden, bzw. individualisierten Unterrichts Konzepten, die den Kindern ihr jeweils eigenes Lerntempo ermöglichen.

Ein deutliches Problem stellt jedoch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Eintritt in die Grundschule dar. Das ganztägige Betreuungsangebot ist für Kinder bis zum sechsten Lebensjahr gut ausgebaut, im Bereich der Schulkinderbetreuung bestehen in manchen Stadtteilen noch erhebliche Lücken. Hier beklagten Eltern und Kinder im Rahmen des Familiendialogs den Abbruch verlässlicher Betreuungsformen.

In diesem Kontext wurde auch kritisiert, dass es noch kein flächendeckendes Ganztagsgrundschulangebot gibt.

Weitere kritische Betrachtungen bezogen sich auf den individuell wahrgenommenen Mangel an Lehrkräften, auf die Ausstattung mancher Schulen insgesamt, sowie auf den teilweise schlechten Zustand der Toiletten für die Schülerinnen und Schüler. Auch wurde bemängelt, dass die individuelle Förderung der Kinder oft zu kurz kommt.

⁷⁰ In Hannover arbeitet hierzu unter anderem das Migrantenelternetzwerk **MEN** seit 2013

Die Kinder berichteten in der Dialogphase davon, dass sie unter dem Leistungsdruck, den sie wahrnehmen, leiden und dass sie die Schule deshalb oft als Stressfaktor empfinden. Der Leistungsdruck, so die Kinder, käme aber nicht nur aus der Schule, auch die Erfolgserwartungen der Eltern mache den ihnen zu schaffen.

Nachmittags- und Ferienbetreuung als informelles Bildungsangebot

Um Erwerbstätigkeit und Familie miteinander vereinbaren zu können, benötigen die meisten Eltern für ihre Kinder eine Betreuung am Nachmittag. Eltern, die Nachmittagsangebote wünschen, geht es aber auch um schulergänzende Bildung. 70% der Kinder, die eine Grundschule besuchen, werden in unterschiedlicher Weise am Nachmittag betreut. Hortbetreuung (30%) und Ganztagsschulangebot (22%) waren dabei zum Erhebungszeitpunkt die Hauptangebote, die Grundschul Kinder ohne Migrationshintergrund nutzen.⁷¹ Haben die Kinder einen Migrationshintergrund, dreht sich das Ranking der beiden Angebote um (Hort 24%, Ganztagschule 32%). Privat organisierte Betreuung, Betreuung durch Vereine und Tagespflege nutzen 18% der Kinder ohne Migrationshintergrund und 13% mit Migrationshintergrund.⁷²⁷³

Eltern bemängelten immer wieder, dass die Zahl der Hortplätze nicht ausreicht. Eltern wünschen sich für die Zukunft der Ganztagschulen einen Ausbau der Qualität, dieser wurde unter anderem im Schuljahr 2014/2015 mit einer Qualitätsoffensive entsprochen. Dennoch wurde kritisiert, dass es keine wirkliche „Wahlfreiheit“ zwischen Hort und Ganztagsgrundschule gibt. Insgesamt gab es den Wunsch nach mehr Kooperation zwischen den Schulen und dem jeweiligen Hort sowie die Möglichkeit des Platzsharings.

Im Falle einer Nachmittagsbetreuung für ihre Kinder, äußerten sich 85% der Eltern ohne Migrationshintergrund und 78% der Eltern mit Migrationshintergrund zufrieden mit dem Angebot. Besonders zufrieden waren Eltern, deren Kinder einen Hort besuchten. Eltern, die das Nachmittagsangebot der Grundschulen⁷⁴ an vier oder fünf Tagen nutzten, zeigten sich ebenfalls sehr zufrieden und beurteilten dieses als bedarfsgerecht. Alleinerziehende waren unzufriedener mit der Betreuung ihrer Kinder am Nachmittag (zufrieden waren 77% der Alleinerziehenden ohne Migrationshintergrund und 69% mit Migrationshintergrund).⁷⁵

Nach dem benötigten Betreuungsumfang gefragt, stand die Betreuung an fünf Tagen pro Woche an erster Stelle (40% ohne bzw. mit 43% Migrationshintergrund). Eltern ohne Migrationshintergrund wünschten am zweithäufigsten drei Tage pro Woche (25 %), Eltern mit Migrationshintergrund zwei Tage (22%).⁷⁶

Im Dialog mit den Familien wurde mehrfach geäußert und geschlussfolgert, dass die Qualität des Schul- und Betreuungsangebotes im Stadtteil wesentlich das Wohlbefinden von Fami-

⁷¹ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ 2013 S. 143. Im Jahr 2015 beträgt der Anteil der Kinder die ein Ganztagsangebot in der Grundschule nutzen 33,5% (Kindertagesstättenbericht2015 Landeshauptstadt Hannover).

⁷² Vgl. ebenda . Zum Schuljahr 2016/2017 gehen fünf weitere Grundschulen in den Ganztagsbetrieb.

⁷³ 27,3 % der 6-9 Jährigen besuchen einen Hort/ Innovative Einrichtungen oder Tagespflege, 33,5 Prozent eine Ganztagschule lt. Kindertagesstättenbericht 2015. Im Jahr 2015 sind 32 Grundschulen im Ganztagsbetrieb. Zum Schuljahr 2016/2017 gehen 5 weitere Grundschulen in den Ganztagsbetrieb.

⁷⁴ Voraussetzung für eine Antragstellung zu einer Ganztagschule ist u.a. der erklärte Schulwille und ausreichende Platzkapazitäten z.B. für eine Schulmensa.

⁷⁵ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ 2013 S. 153

⁷⁶ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ 2013 S. 149

1.4 BILDUNG UND BETREUUNG

lien, die Wahl des Wohnortes, die Stadt- und Quartiersentwicklung und insgesamt das Image eines Stadtteils beeinflusst.⁷⁷

⁷⁷ Im Zuge der Nachbereitung der Familienkonferenz Linden-Süd hat das Kinder- und Jugendforum die Anregungen aufgegriffen.

Warme Mittagsmahlzeit wird gewünscht

Grundschul Kinder haben die Möglichkeit, mittags in der Schule zu essen, wenn sie eine Ganztagsgrundschule besuchen und am jeweiligen Wochentag zu einem Nachmittagsangebot angemeldet sind. Wenn Kinder in der Grundschule ein Mittagessen bekommen, entlastet das die Eltern vor allem zeitlich. Darüber hinaus ist das Schulessen in einigen Fällen auch die einzige warme (gesunde) Mahlzeit, die Kinder am Tag bekommen.

Viele Familien, die keinen Hortplatz haben, wünschen sich zumindest ein warmes Mittagessen in der Schule für ihre Kinder - auch unabhängig von der Anmeldung zur Nachmittagsbetreuung. Gemeinsamem Essen mit den Mitschülern wird nach dem Motto „Ein leerer Bauch lernt nicht gern“ sowohl in pädagogischer als auch gesundheitlicher Hinsicht ein hoher Stellenwert beigemessen. Kinder und Jugendliche in weiterführenden Schulen nehmen immer seltener an der schulischen Essensversorgung teil. Als Hauptgrund dafür wird angegeben, dass das Essen dem Kind/ Jugendlichen nicht schmeckt (42% ohne bzw. 29% mit Migrationshintergrund)⁷⁸.

Ältere Kinder brauchen weniger Betreuungsangebote

Mit zunehmendem Alter und Selbständigkeit von Kindern nimmt der Bedarf an einer Nachmittagsbetreuung ab, gleichzeitig steigt die Zeit, die sie unterrichtsgebunden in der Schule verbringen.

Kinder der fünften und sechsten Klassen nutzen zur Betreuung am Nachmittag noch häufig das meist offene Nachmittagsangebot der Schulen. Dies trifft auf ein Drittel der Kinder ohne Migrationshintergrund und knapp 30% der Kinder mit Migrationshintergrund zu. Im Vergleich zur Grundschule werden aber deutlich seltener vier und fünf Tage pro Woche gewählt.

Alleinerziehende Eltern aller Kinder ab Klasse fünf nutzen Nachmittagsbetreuungsangebote häufiger als Paare und sind zufrieden damit.

Mit der Anzahl der Kinder im Haushalt steigt die Nutzung von Ganztagsangeboten, gleichzeitig sinkt die Nutzung mit steigendem Bildungsniveau der Eltern: Eltern ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss wählten häufiger (34% ohne bzw. 37% mit Migrationshintergrund) ein Ganztagsangebot für ihre Kinder als Eltern mit einem Hochschulabschluss (19% ohne bzw. 27% mit Migrationshintergrund). Familien mit einem Einkommen von unter 1.500 Euro monatlich bewerteten die Nachmittagsbetreuung seltener bedarfsgerecht. Über die Gründe kann nur gemutmaßt werden: Möglicherweise liegt es an den mit prekären Beschäftigungssituationen oftmals einhergehenden ungünstigen Arbeitszeiten.

Kritik an Schulausstattung und Bildungskonzepten

Zahlreiche Eltern sehen Verbesserungsbedarf bei der Ausstattung und Sanierung von Schulräumen und im Umgang mit der kulturellen und sprachlichen Diversität in den Schulen. Sehr kritisch wurde der hohe Unterstützungsbedarf durch Eltern bei Hausaufgaben, Referaten oder die Vorbereitung auf Klassenarbeiten gesehen, damit die Kinder den schulischen Anforderungen genügen. Diesbezüglich gab es den Wunsch nach ausgewogeneren Lehrplänen und besserer Unterrichtsmethodik. Eltern von älteren Kindern forderten mehr praktische Lebens- und Orientierungshilfen am Übergang von Schule und Beruf.

All diese Themenbereiche spiegeln sich insbesondere im Anmerkungsteil der Repräsentativbefragung wider.

⁷⁸Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ 2013 S. 189

Bildungsbedarf der Eltern in Sachen Erziehung

Familie ist und bleibt die wichtigste Erziehungs- und Bildungsinstanz. In ihren Familien erwerben Kinder die meisten Kompetenzen. Doch gesellschaftliche Rahmenbedingungen und die Lebenssituationen von Familien unterliegen heute stärker denn je einem ständigen Wandel, der von den meisten Familienangehörigen hohe Anpassungsleistungen erfordert. Oft fehlen auch – bedingt durch wenig Kinder in unserer Gesellschaft und der räumlichen Trennung von Generationen - erzieherische Vorbilder und RatgeberInnen. Gleichzeitig steigen die Ansprüche und Erwartungen an die Erziehungs- und Bildungsleistungen der Eltern. Hier herrscht große Verunsicherung.

In der Stadt Hannover bieten zahlreiche Organisationen Informationen, Beratung für Eltern und allgemeine Elternbildung an: Familienzentren, Kitas, Familienbildungsstätten, Elternwerkstätten, Elterncafés, die Schulsozialarbeit, Kommunaler Sozialdienst, die Erziehungs- und Jugendberatungsstellen sowie Projekte wie „Griffbereit“, „Opstapje“, „Rucksack I/ II“, „Hippy“, Bildungslotsen, Ausbildungspaten etc.

In der Repräsentativerhebung wurden Eltern nach gewünschten Bildungsinhalten befragt. Die überwiegende Anzahl - fast drei Viertel der befragten Eltern - äußerten hierzu vor allem Beratung bei Erziehungsfragen (47% ohne Migrationshintergrund und 39% mit Migrationshintergrund) und persönliches Fortkommen (34% mit bzw. ohne 43% Migrationshintergrund) sowie Angebote mit kindbezogenen Bildungsinhalten (31% mit bzw. ohne 27% Migrationshintergrund) und paarbezogenen Bildungsinhalten (25 % mit bzw. 17% ohne Migrationshintergrund), darüber hinaus die Stärkung von Alltagsfertigkeiten (25% mit bzw. ohne 28 % Migrationshintergrund) und Informationen rund um Schwangerschaft, Geburt, Stillen (15% mit bzw. ohne 11% Migrationshintergrund)⁷⁹.

Familien mit geringem Einkommen sprachen sich häufiger für den Bildungsinhalt „Alltagsfertigkeiten“ aus als Familien mit hohem Einkommen. Und: Sie wünschten sich seltener „nichts“. Familien ohne Migrationshintergrund interessierten sich häufiger für Bildungsinhalte wie „erzieherische Fragen/Probleme“ und „kindbezogene Inhalte“ sowie „Fähigkeiten für elterliches oder berufliches und persönliches Fortkommen“ als Eltern mit Migrationshintergrund.⁸⁰ Familien mit Migrationshintergrund benötigen offenbar seltener paarbezogene Inhalte und Bildungsinhalte rund um Schwangerschaft, Stillen, Geburt als Familien ohne Migrationshintergrund.

Bedarf an mehr Bildungsorten und -angeboten

Eltern wünschen sich außerhalb von Schule oder Kindertagesstätte für ihren Stadtteil mehr Bildungsorte und –angebote. Dazu zählen (informelle) Jugendtreffs/ -treffpunkte und Familientreffpunkte, die auch Selbstorganisation und Eigenständigkeit unterstützen, mehr Angebote für Zehn- bis 14-Jährige, mehr Schwimmkurse, mehr Schülerlotsen, mehr Geld für Schulprojekte und Ausstattung von Unterrichtsräumen, mehr Bibliotheken oder Bibliotheksbusse/Bücherschränke.

⁷⁹ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ 2013 S. 225 – 234, Sonderauswertung

⁸⁰ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ 2013 S. 222/223 Auswertung nach Alter, Anzahl und Alter der Kinder, Schulabschluss und Haushaltseinkommen.

1.5 Gesundheit und Bewegung

Alle Befragungsformate beinhalteten das Thema „Hauptsache gesund“. Für die TeilnehmerInnen spielten in diesem Zusammenhang **Sport und Bewegung** eine entscheidende Rolle. Doch speziell für die befragten Kinder zählte zum eigenen Wohlbefinden auch ein **intaktes Familienleben**.

Die aktuelle Sportentwicklungsplanung⁸¹ verfolgt unter der Überschrift „Sport für alle“ das Leitbild einer sportfreundlichen und gesunden Stadt. Zahlreiche Anregungen aus den Familienkonferenzen wird der Sportentwicklungsplan 2016 aufgreifen, unter anderem die **Kartierung von Spiel- und Bewegungsflächen** und die Überprüfung der Öffnung von öffentlichen Flächen. Denn der Bedarf an Raum für Bewegung, aber auch für Entspannung in der Natur ist groß. Das gilt vor allem für Kinder und Jugendliche.

Sportvereine sind zwar beliebt, doch bei manchen Sparten ist die **Nachfrage größer als das Angebot**. Das gilt auch fürs **Schwimmen**, was sich vor allem in punkto Indooraktivitäten großer Beliebtheit erfreut. In manchen Stadtteilen fehlt es jedoch an einem nahe gelegenen Bad.

Insgesamt besteht hohes Interesse an einer **Ausweitung von Spiel- und Bewegungsflächen im öffentlichen Raum**, die **kostenfreie Freizeitaktivitäten** in vielfacher Hinsicht und generationsübergreifend möglich machen – auch bei schlechtem Wetter. Für Kinder ist dabei vor allem wichtig, gemeinsam im Familienverbund etwas zu erleben. Überhaupt spielt der familiäre Zusammenhalt eine entscheidende Rolle für das Wohlbefinden von Kindern – und damit auch ihrer psychischen Gesundheit.

Eltern wiesen in Familienkonferenzen darauf hin, dass durch die Ganztagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen und Schulen ein **Zeitkonflikt zu den Angeboten der Sportvereine** entsteht und ihre Kinder am späten Nachmittag häufig erschöpft seien und Zeit zum Spielen brauchen.

Immer mehr Menschen treiben Sport

Ein Beleg eines gestiegenen Gesundheits- und Sportbewusstseins ist unter anderem das Bürgerpanel „Sport in Hannover“⁸². Hier gaben 75% aller Befragten an, dass sie regelmäßig Sport treiben. Für 70% der Kinder und Jugendlichen gehört Schwimmen zu den beliebtesten Bewegungsarten.

Obwohl das Sportverhalten grundsätzlich eine positive Tendenz zeigt, gibt es dennoch eine Ungleichverteilung bei einzelnen Zielgruppen, insbesondere bei MigrantInnen.

Die Organisationsstrukturen im Sport werden nachhaltig dadurch beeinflusst, dass mehr Menschen ihren Sport privat und individuell organisieren, der staatlich organisierte Sport durch Ganztagschulen bei Kindern und Jugendlichen eine neue Ausgangssituation be-

⁸¹ Vgl. Drucksache Nr. 0194/2015 Sportentwicklung in Hannover

⁸² Vgl. Drucksache Nr. 2477/2014

kommt, sich gewerbliche Anbieter neben den Vereinen platzieren und ein verschärfter Wettbewerb entsteht. Aufgrund der Ausweitung der Gesundheits-, Ausdauer- und Fitnessangebote werden immer mehr Menschen außerhalb traditioneller Sportstätten aktiv.⁸³

Sportvereine sind beliebt

Die Nachfrage nach der Mitgliedschaft in einem Sportverein, ist teilweise größer als das Angebot: Stadtteile mit hohem Zuzug von Familien, zum Beispiel Bemerode/Kronsberg klagten darüber, dass das Sportangebot nicht mit der Bevölkerungsentwicklung Schritt gehalten habe. Ob es (aktuell) Einschränkungen für Kinder in bestimmten Sparten gibt, muss beim TSV Bemerode nachgefragt werden. Auch in Wettbergen befürchtet man, dass die Infrastruktur im Stadtteil, dem Zuzug im Zero-E-Park nicht gerecht werden kann.

Trotz des chronischen Zeitmangels in vielen Familien engagierten sich 26% der Eltern ohne und 17% der Eltern mit Migrationshintergrund die zum Zeitpunkt der Erhebung ehrenamtlich tätig sind in Sportvereinen⁸⁴. Sie kommunizieren außerdem aktiv, wo es beispielsweise an Ausstattung oder qualifizierten ÜbungsleiterInnen mangelt. Damit wird ein Image der Vereine im Stadtteil geprägt, das deren Zulauf beeinflusst. Verbesserungsmöglichkeiten wurden in Kooperationen und Fusionen von starken und schwachen Vereinen gesehen. Zudem könnte eine Vernetzung mehrerer Sportvereine und -arten im Stadtteil den Mangel an Sportflächen- und Hallenzeiten möglicherweise beheben.

Kinder und Jugendliche wollen Bewegung

Zwei Drittel der befragten hannoverschen Kinder haben auf die Frage, was ihrer Familie gut tut, sportliche Aktivitäten wie Fahrradfahren, Schwimmen, Laufen, Fußballspielen, Toben oder Turnen angeführt. In den Bildern und Texten wird der Reiz des Draußenseins für das Aufwachsen der Kinder deutlich. Etwa die Hälfte befasst sich mit dem Spaß an Bewegung jeglicher Art,⁸⁵ thematisiert jedoch auch den Aspekt Natur.

Bewegung und Sport stärken das Selbstwertgefühl von Kindern und Jugendlichen nachhaltig. Dennoch klaffen Wunsch und Wirklichkeit oftmals auseinander: So kritisieren Experten wie PädagogInnen und PhysiotherapeutInnen den Mangel an Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Weit verbreitete Folge sind unter anderem Bewegungsunsicherheit, fehlende Selbsteinschätzung im Umgang mit dem eigenen Körper und im Zeit-Raum-Verständnis, Hyperaktivität, Trägheit, Übergewicht etc. Dies zeigt erhebliche Auswirkungen auf den kognitiven Lernbereich. Eltern und auch ältere Generationen haben in allen Familienkonferenzen auf die Einschränkungen der Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum, u.a. durch die Gefährdungen im Straßenverkehr hingewiesen. Vielfach wurde auch das Dilemma widerstreitender Interessen nach Ruhe und Bewegung, in Höfen, auf Straßen, Plätzen oder in Parkanlagen etc. benannt.

⁸³ Trends der Sportentwicklung Landessportverband Baden-Württemberg e.V.

⁸⁴ Vgl Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ 2013 S. 237

⁸⁵ Ähnliches bestätigt die Befragung von 1500 Jugendlichen der Stadtbezirke Misburg-Anderten und Buchholz-Kleefeld im Rahmen der Neuorganisation der Kinder- und Jugendarbeit. Dort wurde diesem Wunsch durch die Aufstellung eines Unterstandes mit Fitnessgeräten entsprochen.

Ausweitung von Sportstätten und -flächen wird gewünscht

Die Wünsche der Kinder korrespondieren mit denen der Eltern: 84 % wünschen sich attraktive Bewegungsangebote mit entsprechendem Außengelände für Kindertageseinrichtungen. Gerade in dicht bebauten Stadtteilen wie der Südstadt würden es die BewohnerInnen begrüßen, wenn Schulhöfe bewegungsfreundlicher ausgestattet und vor allem an Nachmittagen, an Wochenenden und in den Ferien geöffnet würden.

Bei Indooraktivitäten dominierte das Thema Schwimmen. Bemängelt wurde ein flächendeckendes Angebot an Bädern: Während die VahrenwalderInnen ihr Schwimmbad als „Errungenschaft“ werten konnten, vermissen Bemerode⁸⁶ und die Südstadt ein Stadtteil-Bad. Die Bädersituation macht nicht zuletzt auch den Schwimmunterricht schwieriger. Angesichts der steigenden Zahl von Badeunfällen⁸⁷ haben die beteiligten Kinderärzte bei den Online-Familienkonferenzen nachdrücklich darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, dass Kinder schwimmen lernen.

In allen Familienkonferenzen haben die Beteiligten die öffentlichen Räume, insbesondere die Natur (Eilenriede, Seen, Stadtrandgebiete) das ausgebaute Radwegenetz, Joggingstrecken und Parks positiv hervorgehoben. Die „grüne“ Infrastruktur erleichtert die Integration von Gesundheit und Bewegung in den Familienalltag – vor allem in zeitlicher Hinsicht. Gleichwohl wünschen sich Familien und SeniorInnen eine Ausweitung von Sport-, Spiel- und Bewegungsflächen, die auch generationsübergreifend für ganz unterschiedliche Aktivitäten genutzt werden können⁸⁸, ohne dass Konflikte entstehen. Auch besteht der Wunsch nach mehr Familiensport, der die Gesamtheit aller Familienmitglieder in den Blick nimmt.

Kostengünstige Angebote sind gefragt

Familien mit einem Einkommen von unter 1500 Euro haben in der Repräsentativbefragung angegeben, dass sie häufiger Maßnahmen rund um Freizeit, Bildung, Sport und Kultur wünschen, beklagen jedoch die aus ihrer Sicht oftmals zu hohen Kosten.

In einigen Familienkonferenzen sowie in der Repräsentativbefragung regten Eltern von kleinen Kindern an, überdachte Spiel- und Bewegungsflächen für Schlecht-Wetter-Perioden zu schaffen - möglichst ohne Vereinsbindung und kostenfrei, was Einkommensschwächeren zu Gute käme⁸⁹. Eine kleine Lösungsvariante sahen einige in der Öffnung von Spielparks an Wochenenden.

In den Stadtteilen existieren zahlreiche kleinere Räumlichkeiten, die für sportliche Aktivitäten genutzt werden und freie Zeitkapazitäten haben (beispielsweise in Altenheimen oder Sport-schulen). In der Südstadt wurde anhand eines Angebotes von einem Judoverein deutlich, dass es auch möglich sein könnte, diese kleineren Sporträume oder gar Schwimmbäder im Stadtteil zu „kartieren“ und gegebenenfalls für eine öffentliche Nutzung, zum Beispiel Eltern-Kind-Bewegungsangebote, zugänglich zu machen. Etliche Teilnehmende berichteten von entsprechend geeigneten Bewegungsräumen, wie etwa in Seniorenpflegeeinrichtungen.

⁸⁶ In der Nachbearbeitung der Familienkonferenz Bemerode erstellten die Bemeroder Kinder ein „Gutachten Schwimmbad“. Sie stellten fest, dass das Laatzener Erlebnisbad in nur 5 Minuten erreichbar wäre, wenn die Buslinie 340/341 um zwei Stationen verlängert werden würde. Der Bezirksrat reichte einen Antrag bei der Region ein, dem nicht zugestimmt wurde.

⁸⁷ Vgl. Abschlussbericht der Onlinefamilienkonferenz Demos Gesellschaft für E-Partizipation S. 32/ interner Bericht.

⁸⁸ Vgl. Familienkonferenzen IES-Bericht Dr. Andreas Borchers/ Abschlussbericht Online Familienkonferenz Demos GMBH E-Partizipation/ interner Bericht

⁸⁹ Vgl. Kurzdokumentation der Zukunftskonferenz „Anschwung für frühe Chancen“ 2012 und Abschlussbericht Online Familienkonferenz Demos GMBH E-Partizipation/ interner Bericht

Gute Ernährung hat Priorität

Weit oben auf dem Wunschzettel für Angebote in Kindertagesseinrichtungen, insbesondere in Ganztagschulen, steht ein gutes und ausgewogenes Mittagessen. Familien mit einem Einkommen von unter 1.500 Euro haben überdurchschnittlich häufig angegeben, dass sie spezielle Ernährungsangebote wünschen.⁹⁰

Viele Fragen zur Ernährung bezogen sich auf altersadäquate oder ausgewogene Ernährung, auf Nahrungsunverträglichkeiten sowie Allergien und Schutzimpfungen. Hier empfahlen die beteiligten ExpertInnen Ernährungsleitfäden, wie zum Beispiel von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die eine ausgewogene Ernährung verfolgen.

Psychische Gesundheit – eine Frage der familiären Situation

Die Frage „Was tut meiner Familie gut?“ beantworteten die meisten Kinder mit dem inneren Zusammenhalt. Hierzu haben sie sehr konkrete Vorstellungen, die sich unter anderem vielfach mit den Forderungen der UN-Kinderrechtskonvention decken. Für einen guten Zusammenhalt ist es aus Sicht der Kinder wichtig, dass sich alle Familienmitglieder (inklusive Haustiere) lieben, füreinander da sind, friedlich miteinander umgehen und dass niemand verletzt wird. Alle Familienmitglieder sollen sich geborgen fühlen. Dies funktioniert aus Sicht der Kinder, wenn sich alle gegenseitig vertrauen und helfen, sie alle Probleme erzählen können, getröstet werden oder Hilfe bekommen. Sie haben viele Ideen formuliert, die eine solche Umgangskultur fördern. Eine tragende Rolle spielen dabei vor allem gemeinsame Erlebnisse, die allen Familienmitgliedern Freude machen, zum Beispiel gemeinsam zu frühstücken, auf dem Sofa zu kuscheln, Ausflüge und Urlaub. Besonders häufig wurden das gemeinsame Essen, Bewegungsaktivitäten, entspannte Ruhezeiten und die Möglichkeiten zum Spielen benannt. Kinder im Schulalter und Jugendliche sehen, dass alle Familienmitglieder auch Zeit für sich benötigen. Viele thematisierten die inneren Werte ihrer Familien, unter anderem Hilfsbereitschaft, Liebe, Fleiß, Ehrlichkeit, Glaube.

Das Gespür von Kindern für innerfamiliäre Schwingungen findet sich in den Konfliktbeschreibungen, zwischen Eltern, Geschwistern, den Großeltern oder auch Freunden. Als Ursachen identifizierten die Kinder persönliche Meinungen und Interessen, Stress mit der Arbeit, Arbeitslosigkeit, fehlende Ruhe, Leistungserwartungen in der Schule oder im Sport. Manche Texte und Bilder spiegelten die eigene, manchmal ohnmächtige Situation als Kind wieder. Einige Kinder kommentierten Illustrationen mit Aussagen wie „Kein Streit!!!“.

⁹⁰ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ 2013 Seite 122

1.6 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Was kann die Stadt tun, um Zeitkonflikte und –stress in der Alltagsorganisation von Familien zu reduzieren? **Zeit ist ein kostbares Gut** in einer Gesellschaft, die auf Flexibilität, Mobilität, Beschleunigung und Diversifizierung setzt. Vor dem Hintergrund der ständig größer werdenden Taktgeber wie Arbeit und Schule, wird es jedoch vor allem für Familien immer schwieriger den Alltag auf Pflichten und Bedürfnisse eines jeden Mitglieds so abzustimmen, dass noch gemeinsame Zeit auch für Ruhe und Entspannung bleibt. **Müttern und Vätern werden Koordinierungsleistungen abverlangt**, die oftmals mit einem Rückzug der Frauen aus dem Berufsleben verbunden sind. Besonders bei Frauen sind **Teilzeitarbeitsmodelle die Regel**. Gleichberechtigte Erwerbsarrangements, in der beide Eltern vollzeit- oder beide teilzeitbeschäftigt sind, bilden in Hannover generell die Ausnahme. Tradierte Wertvorstellungen und Rollenmuster stehen den Berufschancen der Frauen häufig entgegen. Aber auch Väter, die Teilzeit arbeiten möchten, haben nicht selten Probleme, dies bei ihrem Arbeitgeber durchzusetzen. Um das Familienbewusstsein in der Arbeitswelt zu stärken, bietet die Landeshauptstadt mit dem **Familienmanagement**, eine Anlauf- und Lotsenstelle für Unternehmen zu Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder der Kinderbetreuung.

Grundsätzlich stuft die Mehrheit der Eltern ihre **Arbeitgeber als familienfreundlich** ein. Besonders häufig wurden in dem Zusammenhang Unterstützungsinstrumente wie flexible Arbeitszeit, Aufgeschlossenheit der Vorgesetzten gegenüber familiären Belangen sowie Hilfe bei der Kinderbetreuung genannt.

Arbeitslosigkeit wird in der Regel mit sinnentleerter Zeit gleichgesetzt, die auch belastend für die Familie sein kann.

Mit Maßnahmen wie der Verbesserung des hannoverschen Nahverkehrssystems und dessen Taktzeiten, die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder vom ersten bis zum fünften Lebensjahr sowie die Einführung des neuen (Familien-)Pflegezeitgesetzes und des Elterngeldes (plus) hat die Stadt und der Staat bereits auf den **Bedarf nach mehr zeitlichen Ressourcen** reagiert. Beide machen weiterhin ihren Einfluss geltend, um insbesondere Familien **kurze Wege, schnelle Information und passgenaue Koordination** zu gewährleisten. Eltern wünschen sich noch mehr **Planungssicherheit bei Wendepunkten in der Familienbiografie** (etwa beim Übergang von Kindergarten zu Schule). Für Kinder zählt bei der gemeinsamen Zeit mit den Eltern vor allem **Qualität und weniger die Quantität**.

Maßgebliche Faktoren, die das moderne Familienleben beeinflussen

Zeit bildet den Rahmen für Vertrauen, Verlässlichkeit und Verantwortung zwischen Müttern, Vätern und Kindern und älteren unterstützungsbedürftigen Angehörigen. Darüber hinaus ist sie ein Schlüssel für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Zeit von Familien ist nicht per se knapp. In bestimmten⁹¹ Lebenslagen oder -konstellationen verdichten sich aber die zeitlichen Anforderungen an Familien derart, dass vor allem die Eltern immer stärker gefordert und öfter erschöpft sind.⁹²

Um eine geeignete kommunale Zeitstrategie zu entwickeln, richtete sich der Blick in zwei Familienforen auf jene Faktoren, die das Familienleben maßgeblich beeinflussen. Dazu zählen:

- Erhöhte Kommunikationsanforderungen an die Eltern, um sowohl die eigenen Bedürfnisse als auch die der Familienmitglieder mit den äußeren Bedingungen in Einklang zu bringen.
- Die zunehmende Berufstätigkeit der Mütter und der Wunsch nach mehr Teilhabe von Vätern in der Familienarbeit, die mittlerweile zu einer veränderten Arbeitsteilung geführt haben und den Wunsch der Eltern nach einer tatsächlichen Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf verstärken.
- Veränderungen der Arbeitswelt, die vielfach entgrenzte und flexible Arbeitszeitanforderungen zur Folge haben, die, nicht selten verbunden sind mit Befristungen, prekären Beschäftigungsverhältnissen, Arbeiten zu ungewöhnlichen Zeiten sowie hohen Erwartungen an die ständige Verfügbarkeit und Mobilität.
- Die „Rushhour im Lebenszyklus“, die vor allem Eltern von Kindern im Kleinkind- oder Grundschulalter als besonders belastend erleben, wenn sie Familie und Beruf vereinbaren müssen oder wollen.
- Die Phase der Familiengründung, die sich vor allem bei Frauen und Männern mit einer höheren und damit auch längeren Ausbildung (AkademikerInnen und HandwerksmeisterInnen) deutlich nach hinten verschoben hat. So bekommen in Hannover Frauen in dieser Gruppe durchschnittlich mit 30.7 Jahren und Männer mit 33 Jahren ihr erstes Kind.
- Die Vervielfältigung der Familienformen: Kinder leben heute mit verheirateten, nicht-verheirateten, alleinerziehenden, getrenntlebenden Eltern oder in Patchworkhaushalten mit neuen Partnern und „Stief“geschwistern. Das Nebeneinander von Familienformen muss also ergänzt werden um die Verlaufsperspektive, das heißt die häufigen dynamischen Entwicklungen und Statuswechsel innerhalb von Familien.⁹³
- Die Institutionalisierung von Kindererziehung. Sie geht zwar mit einer starken Bildungsförderung einher, die sich primär an schulischem und ökonomisch relevantem Wissen orientiert. Doch gleichzeitig gerät dabei nicht selten die Perspektive von Kindern aus dem Blick, die zweckfreie Räume, das Spiel und „sinnlose“ freie Zeit brauchen, um Erfahrungen für ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu sammeln.
- Der Dreiklang von Zeit, Geld und Infrastruktur⁹⁴ muss erweitert werden um den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit und dem genauen Blick auf die Folgen für die Kinder.
- Eine sich noch schneller ausweitende familienbewusste Unternehmenspolitik⁹⁵.

⁹¹ Prof. Dr. Herbert Schubert (Hannover 20.11.2014) FH Köln Institut für Raum-Zeit-Management Veranstaltung Familienzeit- und Stadtentwicklung Hannover 11/ 2014

⁹² Die geforderte Generation Prognos AG Basel im Auftrag des BMFSFJ, Dezember 2015

⁹³ Karin Jurczyk/Andreas Lange Doing Familiy Deutsches Jugendinstitut 2014 und Karin Jurczyk/ Josefine Klinkhardt Mutter Vater Kind? Verlag Bertelsmannstiftung 2013

⁹⁴ Bundesministerium für Frauen, SeniorInnen, Familie und Jugend 2006

⁹⁵ Dr. Hans Peter Klös (Aachen 3. 12 2013) Institut der deutschen Wirtschaft Köln

1.6 VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

- Die Stadt als bevorzugtes Wohnumfeld. Dass Familien zunehmend den urbanen Raum schätzen, belegen die rückläufige Abwanderung in den ländlichen Raum (auch in Hannover) beziehungsweise der Zuzug in die Städte.

Eltern wollen Planungssicherheit

In den Familienkonferenzen haben Mütter und Väter deutlich gemacht, dass sie gerne möglichst frühzeitige Planungssicherheit für alle Wendepunkte in der Familienbiografie hätten, so beispielsweise beim Übergang von Kindertagesstätte zu Schule beziehungsweise Hort oder zur weiterführenden Schule oder den Eintritt in die Ausbildung der Kinder. Dies auch mit Blick auf die Planungszeiträume von Unternehmen beim (Wieder-)Einstieg in den Beruf.

Ziel einer kommunalen Familienzeitpolitik muss die Minimierung von Zeitkonflikten durch ein abgestimmtes Handeln vieler Akteure vor Ort und mit konkreten Maßnahmen sein. Mit einer lebenslaufbezogenen Zeitpolitik, könnte die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile und ein Mehr an Zeit in Familien und für Kinder unterstützt werden.⁹⁶ Ein erster Schritt läge in einer systematischen Betrachtung und Integration der Zeitperspektive aller kommunalpolitischen Handlungsfelder.

Eine solche Zeitbetrachtung sollte sich ebenso an den Lebensphasen von Familien orientieren, also der Kindheit und Jugend, dem erwerbsfähigen Alter, dem „jungen“ Seniorenalter und den Hochbetagten (ab 85 Jahren). Für diese Phasen planen Familien in der Regel vorausschauend, um möglichen Zeitkonflikten frühzeitig vorzubeugen.

Kinder brauchen Verlässlichkeit

Die Beiträge der Kinder unter der Fragestellung „Was tut meiner Familie gut?“ dokumentieren eindrücklich den Stellenwert der „Qualität von Zeit“ für das Wohlbefinden aller Familienmitglieder⁹⁷. Demnach zählt für Kinder weniger die Quantität der Zeit, die sie mit ihren Eltern verbringen, als vielmehr Qualität und Regelmäßigkeit. Diese Aussagen werden durch die FIM Studie 2011 gestützt: 94% der befragten Kinder zwischen drei und 19 Jahren gaben an, dass sie mit dem zeitlichen Umfang, den sie mit ihren Eltern verbringen, sehr zufrieden sind - unabhängig von deren Berufstätigkeit⁹⁸.

Zeit für und mit Älteren

Das Generationenverhältnis erfährt durch die längere Lebensdauer älterer Menschen (die Lebenserwartung bei Geburt liegt derzeit bei Männern bei 77.7 Jahre, bei Frauen bei 82.8 Jahren)⁹⁹ einen Wandel. Sie ermöglicht nun Enkeln, Kindern und Eltern ein Mehr an gemeinsamer Lebenszeit.

Die Mehrheit der heute 60- bis 85-Jährigen erfreut sich einer guten Gesundheit. Mit dem Anstieg der Lebensdauer steigt allerdings auch die Zahl an pflegebedürftigen Personen. Über ein Drittel (38%) wird ausschließlich durch Angehörige im engeren Familienkreis gepflegt, weitere 26% werden durch ambulante Pflegedienste unterstützt. 4% der Familien befinden

⁹⁶ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2014

⁹⁷ Vgl. world vision Kinderstudie 2008

⁹⁸ Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest FIM – Studie 2011 Familie, Interaktion und Medien S.17

⁹⁹ Quelle: Statistisches Bundesamt: Annahmen zur künftigen Entwicklung der Lebenserwartungen

sich in der so genannten Sandwich-Generation, das heißt, sie haben neben älteren Pflegebedürftigen auch jüngere Kinder zu versorgen.¹⁰⁰

Soziale Netzwerke als Rückhalt

Aufgrund der biografischen Verläufe von Familien ist Zeit auch ein Thema für die Pflege der eigenen und der gemeinsamen sozialen Netzwerke. Sie ist aus Sicht der Familien erforderlich, um den sozialen Rückhalt, die Sicherheit und die Unterstützung im engeren Netzwerk von Familien, Freunden und Geschwistern zu gestalten. Neben dem entlastenden steht umgekehrt auch der belastende Effekt. Beziehungen erfordern Zeit.

Trotz knapper Ressourcen investieren Eltern Zeit in ihr unmittelbares Lebensumfeld. So bringen sich von den derzeit engagierten Eltern ohne Migrationshintergrund 62% (49% mit Migrationshintergrund) ehrenamtlich in die Kindertageseinrichtung und 59% (43 mit Migrationshintergrund) in die Schule ein. In Vereinen engagieren sich 38% ohne bzw. 34 mit Migrationshintergrund, in religiösen Einrichtungen 37% ohne und 28% mit Migrationshintergrund und bei Sport und Bewegung 26 ohne und 17% mit Migrationshintergrund. ¹⁰¹ Ein Viertel der engagierten Eltern ist zwischen 5-9 und ein Viertel 10 – 19 Stunden tätig.

Arbeitgeber sind familienfreundlich

In der Landeshauptstadt Hannover arbeiteten 2014 rund 300.222 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Mit einer Arbeitslosenquote von rund 10% lag die Landeshauptstadt in dem Jahr im unteren Drittel der Großstädte.¹⁰² ArbeitgeberInnen sind auf qualifiziertes und verlässliches Fachpersonal angewiesen. Diese Fachkräfte können im privaten Leben Vater oder Mutter sein oder familiäre Pflichten zu einem unterstützungsbedürftigen Angehörigen haben,- und der potenzielle Auszubildende wird von diesen Eltern erzogen. Mit dem demografischen Wandel werden zunehmend Beschäftigte arbeiten, die Pflege- oder Unterstützungsleistungen für ältere Familienmitglieder mit ihrem Beruf vereinbaren müssen. In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Unternehmen familienbewusste Unternehmensstrategien zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie entwickelt.

Die 39 auditierten familienbewussten Unternehmen¹⁰³ (von insgesamt 23 000 Betrieben) im Stadtgebiet können zwar nicht als Indikator für das Familienbewusstsein von hannoverschen Unternehmen gelten. Die Antworten von erwerbstätigen Müttern und Vätern in der Repräsentativbefragung zeichnen dennoch ein hoffnungsvolles Bild von einer grundsätzlich familienfreundlichen Unternehmenskultur in Hannover. Nur rund ein Viertel aller Mütter in Partnerschaften und 28% der Alleinerziehenden gaben an, dass sie sich in familiären Belangen nicht von ihrem/ ihrer ArbeitgeberIn unterstützt fühlen¹⁰⁴. Bei den Vätern fühlen sich 37% aller Väter in Partnerschaften nicht unterstützt.

Auf die Frage der Unterstützungsinstrumente wurden die flexible Arbeitszeit (69%bis 85 %) und die Aufgeschlossenheit der Vorgesetzten (54% bis 74 %) in allen Familientypen am häufigsten genannt. Gefolgt davon, dass der Arbeitgeber über Angebote informiert (16%bis 27%) und bei der Kinderbetreuung unterstützt. Männer in Partnerschaften ohne Migrati-

¹⁰⁰ Vgl. Familienmonitoring 2014 S.21 und Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S.251

¹⁰¹ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S.237.

¹⁰² Vgl. „Mein Hannover 2030 – Ausgangslage...“ S. 14

¹⁰³ Eigene Auszählung lt. Veröffentlichungen der Hertistiftung „Audit familieundberuf“ und der Total E-Quality GmbH.

¹⁰⁴ Vgl. Repräsentativerhebung Familien in Hannover S.76 f.

onshintergrund (21%) werden häufiger bei der Kinderbetreuung unterstützt als Männer mit Migrationshintergrund (15%), Frauen in Partnerschaften ohne Migrationshintergrund (18%) seltener als Frauen mit Migrationshintergrund (20%) und Alleinerziehende ohne Migrationshintergrund (14%) seltener als Alleinerziehende mit Migrationshintergrund (23%)¹⁰⁵.

Erwerbsmodelle unterliegen kulturellen Wertvorstellungen

Um Zeitkonflikte zwischen Familie und Beruf zu entschärfen, wählen junge Paare heute Lösungen, die ihrem Kultur- und Rollenverständnis von Familie am ehesten entsprechen: 73% der Mütter ohne Migrationshintergrund und 48% der Mütter mit Migrationshintergrund sind heute berufstätig. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen ist im Zeitraum 2008 bis 2012 in Hannover um 6.848 (+8.2%) gestiegen¹⁰⁶. In der Regel reduzieren die Frauen mit der Geburt eines Kindes ihre Arbeitszeiten. Trotz der Steigerung berichten junge Frauen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren von verdeckten und offenen Diskriminierungen, insbesondere bei Einstellungen, da sie als Risikofaktor eingestuft werden.

Mit der steigenden Berufstätigkeit der Frauen erreicht die Zeitverteilung auch die Männer. 92% der Väter ohne und 74% mit Migrationshintergrund sind erwerbstätig. Zunehmend mehr Männer möchten sich in das Familienleben aktiver einbringen. Junge Familien ohne Migrationshintergrund tendieren mehrheitlich zum 1,5-Brotverdienermodell (38%), gefolgt vom Alleinverdienermodell der Väter (21%). Dieses Modell bringt für die Familien solange Vorteile mit sich, wie sie als Paarfamilie besteht. In den zahlreichen Trennungsfamilien tragen die Frauen die finanziellen negativen Konsequenzen der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung in der Regel alleine. Im Jahr 2012 kamen auf 100 Eheschließungen 71 Scheidungen¹⁰⁷.

Mehr als 75% der Alleinerziehenden üben einen Beruf aus. Männer und Frauen haben längst realisiert, dass familienbedingte Einschränkungen der Erwerbsarbeit, zum Beispiel durch längerfristige Auszeiten, eine langfristige Minderung von beruflichen Chancen, individuellem Erwerbseinkommen und der Altersversorgung nach sich ziehen können. In Familien mit Migrationshintergrund ist das Alleinverdienermodell der Väter (27%) und das 1,5-Brotverdienermodell (18%) das häufigste Erwerbsarrangement. Bemerkenswert ist, dass 12% der Frauen in Familien mit Migrationshintergrund Alleinverdienende in ihren Familien sind. Dabei scheint die Anzahl der Kinder keinen Einfluss auf das gewählte Erwerbsarrangement zu haben.

Der Wechsel vom männlichen Alleinverdienermodell zum klassischen 1,5-Brotverdienermodell findet mit Beginn des Kindergartenalters statt. In der Regel erhöhen die Frauen ihre Arbeitszeit oder beenden die Elternzeit, wenn die Kinder ins Kindergartenalter kommen.

Ob Mütter auf dem Arbeitsmarkt aktiv werden, hängt vom Alter des jüngsten Kindes ab. Die höchste Erwerbstätigenquote verzeichnen Mütter ohne Migrationshintergrund ab 40 Jahren (rund 83%) sowie Mütter mit Kindern ab 6 Jahre und älter (rund 85%). Insgesamt sind rund 73 % der Mütter ohne und 48% der Mütter mit Migrationshintergrund erwerbstätig, davon mehr als rund ein Viertel vollzeitnah. Vollzeit arbeitet jede fünfte Mutter¹⁰⁸..

¹⁰⁵ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S. 78

¹⁰⁶ Vgl. Familienmonitoring 2014 S. 21

¹⁰⁷ Vgl. Familienmonitoring 2014 S. 12

¹⁰⁸ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S. 47 ff

Egalitäre Erwerbsarrangements, in der beide Eltern vollzeit- oder beide teilzeitbeschäftigt sind, bilden in Hannover die Ausnahme, und zwar unabhängig davon, ob mit oder ohne Migrationshintergrund (Spannbreite zwischen 6% und 10%).

Alleinerziehende haben in zeitlicher Hinsicht eine höhere Mehrfachbelastung zu tragen, da sie häufiger in Vollzeit oder zumindest vollzeitnaharbeiten als Mütter in Paarbeziehungen¹⁰⁹.

Sinnentleerte Zeit als familiäre Belastung

Eine weniger beachtete Zeitproblematik entsteht im Zusammenhang mit der Dauer der Erwerbslosigkeit. Ein Viertel (25,2%) der hannoverschen Familien muss sich mit den Folgen der periodischen oder dauerhaften Ausgliederung ihres Haupternährers aus dem Erwerbsleben oder von „Working Poor“ auseinandersetzen. Die Anzahl der „Working Poor-Familien“ beträgt 2011 rund 9%. Es handelt sich dabei in der Mehrzahl um Familien mit Migrationshintergrund, da für die Eltern der Zugang zum Arbeitsmarkt oftmals erschwert ist. Neben den Einkommenseinbußen trägt die Unstrukturiertheit des Alltages und die Menge an sinnentleerter Zeit, insbesondere bei Männern, häufig zu Konflikten innerhalb der Familie bei¹¹⁰.

¹⁰⁹ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S.70 ff

¹¹⁰ Vgl. Familienmonitoring 2014 S.17

1.7 Teilhabe und Zugang

Sozialpolitisches Ziel ist es, Familien unabhängig von der Größe ihres Geldbeutels Teilhabe zu ermöglichen. Dies wurde beim „Hannoverschen Weg für Perspektiven von Kindern in Armut“¹¹¹ vom Rat der Stadt Hannover beschlossen. Zu insgesamt elf zentralen Handlungsfeldern gibt es Vorschläge zu Schlüsselzugängen und Maßnahmen, die aus ExpertInnensicht Teilhabe und Zugang ermöglichen. Die Ergebnisse aus dem Familiendialogprozess zeigen, dass das **Ziel einer chancengerechten Teilhabe noch lange nicht erreicht** ist. Dies soll am Beispiel ausgewählter Teilhabebereiche gezeigt werden. Hier sollte nicht unerwähnt bleiben, dass der Kommune, was den Anspruch auf Sozialleistungen und deren Höhe nach dem Sozialgesetzbuch enge Grenzen gesteckt sind. Zentrale, kommunaler Handlungsansatz ist daher nicht primär der monetäre Leistungsumfang, sondern die Ermöglichung von Teilhabe trotz Armut.

Gerade unter Familien gibt es eine enorme Bandbreite an Lebenslagen und Lebensweisen. Die meisten Familien in Hannover kommen finanziell gut, einige sehr gut, über die Runden. Ein Viertel ist jedoch von Armut betroffen. Wie gelingt gerade diesen Familien Teilhabe und Zugang? Die Ergebnisse der Repräsentativbefragung haben verdeutlicht, dass einkommensschwache Familien häufig ein **Informationsdefizit** haben, was familiäre Freizeit-, Bildungs- und Beratungsangebote angeht. Entsprechend seltener werden sie von ihnen genutzt.

Auch bei der Kinderbetreuung nehmen arme Familien die Angebote von Krippen und Krabbelgruppen seltener in Anspruch und nutzen bis zum dritten Lebensjahr ihrer Kinder häufiger **familiäre Betreuung**. Ganztagsangebote an Schulen, Hortbetreuung sowie Mittagessensangebote werden zwar gleichermaßen wahrgenommen, doch zum Teil auch als „zu teuer“ bewertet.

Insgesamt werden noch **mehr Ermäßigungen** wie beispielsweise für den Zoo oder auch Ferienaktionen und –reisen gewünscht - insbesondere von einkommensschwachen Familien, die keine Transferleistungen beziehen und darum den Hannover-Aktiv-Pass nicht nutzen können.

Den meisten Familien geht es finanziell gut

88% der Familien ohne und 68% der Familien mit Migrationshintergrund verfügen über ein Erwerbseinkommen oder ein Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, weitere 9% beziehungsweise 5% haben (zusätzlich) Einkommen aus Miet- und Kapitaleinkünften. Mit der Anzahl der Kinder, dem Alter und Bildungsgrad der Eltern steigt das Einkommen.

Die meisten hannoverschen Familien (81% beziehungsweise 64%) schätzen ihre finanzielle Situation als „mittelmäßig“ beziehungsweise „gut“ oder „sehr gut“ ein. Je höher der Schulabschluss und je älter die Eltern sind, desto zufriedener sind die Familien mit ihrem - dann auch oft höheren - Einkommen. Höheres Einkommen geht jedoch nicht zwingend mit höherer Zufriedenheit einher.

¹¹¹ Vgl. Drucksache Nr. 0771/2010: Der Hannoversche Weg. Lokaler Beitrag für Perspektiven von Kindern in Armut.

Ein Viertel der Familien sind von Armut betroffen

19% der Familien ohne und 36% der hannoverschen Familien mit Migrationshintergrund schätzen ihre finanzielle Situation als schlecht bis sehr schlecht ein. Alleinerziehende beurteilen ihre finanzielle Situation besonders häufig als schlecht/sehr schlecht (43% beziehungsweise 56%).¹¹²

Hierbei gibt es keinen Zusammenhang zur faktischen Einkommenssituation der betreffenden Familien. Das bedeutet, dass mit sinkendem Einkommen nicht automatisch die Zufriedenheit abnimmt. Über diese subjektive Einschätzung hannoverscher Familien hinaus, gibt es Fakten, die belegen, dass Kinder und Familien in Hannover, wie auch andernorts, überproportional von Armut betroffen sind.

Familien mit minderjährigen Kindern sind am häufigsten auf Transferleistungen angewiesen: Rund ein Viertel der hannoverschen Kinder und Jugendlichen bis 17 Jahre und der Familien insgesamt sowie fast die Hälfte der Alleinerziehenden leben von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (SGB II und SGB XII) und können demzufolge als einkommensarm bezeichnet werden.¹¹³ Zöge man weitere Transfers wie Wohngeld, Kinderzuschlag oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hinzu, läge die Armutsquote unter Minderjährigen bei rund 30%.

Die Ursachen für Familienarmut sind vielfältig. Zu den Hauptgründen zählt, dass Eltern (meist Mütter) häufiger ihre Arbeitszeit reduzieren, um Beruf und Familie zu vereinbaren. Gleichzeitig sind mehr Personen im Haushalt zu versorgen. Hinzu kommt, dass ein bis anderthalb Erwerbseinkommen häufig nicht (mehr) ausreichen, um eine Familie zu ernähren. Ein Drittel der Transferleistungen beziehenden Familien benötigen diese Leistungen trotz eines vorhandenen Erwerbseinkommens.

Am häufigsten von Armut betroffen sind: Familien mit drei oder mehr Kindern, junge Familien mit Eltern, die jünger sind als 30 Jahre, Familien mit zwar erwerbsfähigen Eltern, aber ohne Schul- oder mit Hauptschulabschluss und/oder ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Familien mit geringem Erwerbseinkommen aufgrund von Niedriglöhnen oder Teilzeitbeschäftigung (Working Poor), Familien mit arbeitslosen Eltern, Alleinerziehende (insbesondere Mütter), Familien mit Kindern im Krippenalter, Familien mit Eltern, die seit weniger als acht Jahren in Deutschland leben oder einen befristeten Aufenthaltstitel haben.¹¹⁴

Arme Eltern nutzen seltener Kita-Angebote

Die Ergebnisse der Repräsentativbefragung von Familien haben gezeigt, dass einkommensschwache Familien seltener einen Krippen- oder Krabbelgruppenplatz in Anspruch nehmen als Mehrverdiener. Sie betreuen ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr deutlich häufiger selbst oder mit Unterstützung der Großeltern.¹¹⁵ Und das, obwohl sie oftmals zusätzliche Betreuungszeiten am Wochenende oder werktags ab 7.30 beziehungsweise nach 16.30 Uhr infolge unregelmäßiger Arbeitszeiten oder Schichtdienst benötigen.

¹¹² Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S. 92.

¹¹³ Vgl. Drucksache Nr. 0782/2014 Kinderarmut in Zahlen 2014

¹¹⁴ Vgl. ebenda

¹¹⁵ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S. 128

Einkommensarme Familien bevorzugen Hortbetreuung

Arme Familien nutzen - ebenso wie die Höchstverdienenden - häufiger einen Hortplatz, die Kinder werden aber auch häufiger nachmittags durch Eltern-, Förder- und Sportvereine betreut, als Familien mit höherem Einkommen.¹¹⁶

Kostengünstige Ferienbetreuung wird benötigt

Einkommensarme Familien bevorzugen bei den Ferienbetreuungsangeboten eindeutig und häufiger als Familien mit höheren Einkommensklassen den Hort (Grundschulkinder) oder auch mehrtätige Ferienreisen für Kinder/Jugendliche (Kinder an weiterführenden Schulen). Es hat sich aber gezeigt, dass insbesondere einkommensschwächere Eltern von Grundschulkindern in der Regel nicht mehr als ein Budget von 50 Euro pro Woche dafür zur Verfügung haben.

Schulessen ist häufig zu teuer

Einkommensarme Familien nutzen das Angebot der Versorgung mit Mittagessen an Grund- und weiterführenden Schulen nicht seltener als andere Familien, geben aber bei Nichtnutzung häufiger „zu teuer“ als Grund an.¹¹⁷

Arme Familien kennen und nutzen weniger Angebote

Gefragt nach der Kenntnis von Angeboten und Informationsquellen hat sich herausgestellt, dass einkommensarme Familien seltener als andere Freizeitheime, Stadtteilzentren, Kulturtreffs oder den kostenlosen Bibliotheksausweis für Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren nutzen, weil sie gar nicht wissen, dass es diese Angebote gibt. Ebenso verhält es sich mit Familienbildungsstätten und Jugend-Ferienreisen, den Beratungs- und Bildungsangeboten in Familienzentren oder dem kostenlosen Museumsfreitag. Sie tauschen sich zwar häufig mit anderen Generationen aus¹¹⁸, lesen aber seltener die Tageszeitung und pflegen weniger Informationsweitergabe von Mund zu Mund. Dafür nutzen sie häufiger soziale Netzwerke wie Facebook oder das Fahrgast-TV der Üstra, um sich zu informieren.

Kirchliches Engagement ist ausgeprägt

Einkommensarme Familien engagieren sich insgesamt zwar seltener ehrenamtlich als einkommensstärkere Familien. Wenn sie sich jedoch einbringen, dann häufiger im kirchlich/religiösen Bereich als einkommensstarke Familien ohne Migrationshintergrund.

¹¹⁶ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S. 146f

¹¹⁷ Vgl. ebenda S. 188 u. 192

¹¹⁸ Vgl. ebenda S. 197

1.8 Information und Kommunikation

Eine offensive Familienpolitik braucht Informationsangebote und –kanäle, die ihre AdressatInnen auch sicher erreichen. Trotz bereits vorgenommener erheblicher Verbesserungen, hat sich in allen Beteiligungsformaten der Repräsentativbefragung gezeigt, dass die Landeshauptstadt hieran weiter intensiv arbeiten muss. Zwei Leitfragen sind dabei entscheidend: Wie lässt sich Kommunikation und Information zwischen Familien und der Landeshauptstadt Hannover **kundenorientierter** gestalten und wie gewährt man **Anschlussfähigkeit** an die Kommunikationszugänge von Familien?

Eine kontinuierliche Beobachtung und gegebenenfalls Adaption aktueller oder zukünftiger Kommunikationstrends und -formen ist eine Voraussetzung dafür, Informationen bei der potenziellen Nutzergruppe zu platzieren. Dabei sollte sie alle aktuellen Kommunikationstrends im Blick haben. Die Landeshauptstadt Hannover steht vor der Aufgabe, die **Kommunikationstechnologien weiterzuentwickeln** (E-Government, Nutzungsfähigkeit mobiler Endgeräte), Schritt mit der Kurzlebigkeit der Informationswege junger Menschen zu halten (Themenportale, Social Networking, Online-Dialoge), Informationen in gedruckter Form anzubieten und im direkten **Dialog mit Familien** zu sein (Bürgerpanel, Familienkonferenzen, Umfragen, (de-)zentrale Anlaufstellen und -orte). Angesichts der Neuzuwanderung und auch für bildungsferne Zielgruppen müssen Formate gefunden werden, die komplexe Sachverhalte einfach erklären.

Im Zeitalter von Smartphones, sozialen Netzwerken, weltweiter Kommunikation und sinkender Bedeutung von Printmedien¹¹⁹ unter 20- bis 39-Jährigen müssen sich familienbezogene Einrichtungen immer wieder neu aufstellen, um insbesondere zu jüngeren Zielgruppen nicht den Anschluss zu verlieren. Angesichts der täglichen Informationsflut benötigen Familien **gut, schnell und einfach erschließbare Informationen, möglichst lebenslagen- und zielgruppengerecht** in der Ansprache, gerne auch stadtteilspezifisch und über einen jeweils passgenauen Zugangskanal.

Die folgenden Ergebnisse zur Kenntnis und Nutzung von Angeboten sowie über bevorzugte Informationskanäle eignen sich als Grundlage für eine permanent weiterzuentwickelnde Kommunikationsstrategie. Information und Kommunikation sind und bleiben eine Daueraufgabe, die niemals als „erledigt“ abgehakt werden kann.

Familieneinrichtungen als gesellschaftlicher Motor

Hannover verfügt über eine Fülle familienbezogener Einrichtungen und Angebote, zum Beispiel Elterncafés, Familienzentren oder Telefonberatungsstellen. Über das konkrete Angebot hinaus geht es dabei um mehr als nur die jeweiligen Inhalte: Situationen, Orte und Ressourcen bieten Anlässe für Teilhabe, Bildung, Netzwerke, Zugang zu weiteren Informationen und Kontakt zu Familien in ähnlichen Lebenslagen, zu anderen Generationen oder zur Nachbarschaft. Sie ermutigen bei positiven Erfahrungen, weitere Angebote anzunehmen oder sogar selbst zu organisieren. Familienbezogene Angebote und Einrichtungen sind darum ein wich-

¹¹⁹ Roland Berger: Printmedien können durch gezielte Strategien eine Renaissance erleben, Pressemitteilung vom 24. Oktober 2012.

tiger stadtgesellschaftlicher Motor, der möglichst vielen bekannt sein und im Bedarfsfall auch genutzt werden sollte.

Viele der Angebote richten sich an bestimmte Zielgruppen wie etwa Schwangere, Alleinerziehende oder Väter und Mütter mit Migrationshintergrund. Informationen sind in Familienbiographien zudem häufig nur temporär relevant, weil sie sich auf bestimmte Lebenslagen, -situationen oder Lebensphasen der Kinder oder Angehörigen beziehen. Daher ist es besonders wichtig, sich bei der Wahl der Kommunikationskanäle, der Sprache und der Inhalte möglichst genau an der Situation der AdressatInnen zu orientieren.

Oft kennen Einrichtungen zwar sehr genau ihre NutzerInnen, nicht aber ihre Nicht-NutzerInnen und damit das brachliegende Potenzial. Diese Kenntnislücke schließt nun die Repräsentativerhebung von Familien in Hannover, in der diesen Fragen explizit nachgegangen wurde: Welche Informationskanäle werden von welchen Zielgruppen bevorzugt genutzt? Welche Angebote kennen und nutzen hannoversche Familien?

Jede Zielgruppe hat ihre eigene Informationsquelle

Die lokale Tageszeitung sowie Mund-zu-Mund-Propaganda und die Wochenblätter/Stadtteilzeitungen sind die meist genutzten Informationskanäle hannoverscher Familien. Dies gilt aber nicht für alle Familientypen gleichermaßen: Lokale Tageszeitungen werden primär von älteren Eltern (40 und 50+) mit akademischem Abschluss gelesen. Mund zu Mund-Informationen sind wichtige Informationsquellen für jüngere, deutsche, akademische Paare und kinderreiche MigrantInnen. Alleinerziehende mit Migrationshintergrund bevorzugen Wochenblätter, ebenso wie ältere Eltern mit und ohne Migrationshintergrund. Für Alleinerziehende mit Migrationshintergrund sind auch ErzieherInnen und LehrerInnen sowie Anlaufstellen wie das Familien-Service-Büro ein wichtiger Informationskanal. Lokale TV- und Radiosender werden gerne von einkommensarmen, deutschen Familien und älteren MigrantInnen genutzt. Facebook und andere soziale Netzwerke sind ein wichtiger Informationskanal für einkommensarme, junge Eltern mit und ohne Migrationshintergrund und deutsche Alleinerziehende. Ähnliches gilt für das Üstra-Fahrgastfernsehen und das hannoversche Familienportal im Internet.¹²⁰

Der Bekanntheitsgrad von Angeboten schwankt

Den höchsten Bekanntheitsgrad familienbezogener Angebote in Hannover erzielen Freizeitheime, Stadtteilzentren und Kulturtreffs, gefolgt vom kostenlosen Bibliotheksausweis für Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren. Onlineberatungsangebote hingegen sind deutlich weniger bekannt. Ähnlich wie bei den bevorzugt genutzten Informationskanälen sind auch der Bekanntheitsgrad und die Nutzung stark zielgruppenspezifisch: So kennen Alleinerziehende mit Migrationshintergrund Freizeitheime, Stadtteilzentren und Kulturtreffs deutlich seltener als andere Familientypen. Auch der kostenlose Bibliotheksausweis, Familienbildungsstätten, Familienzentren, Kinder- und Jugend-Ferienreisen, Beratungstelefone oder VHS-Kurse zu Erziehungsfragen sind unter MigrantInnen weit weniger bekannt¹²¹.

Bei der Ermittlung des Bekanntheitsgrades und der Nutzungsquote von Angeboten und Institutionen zeigten sich viele Familien überrascht: „Ich finde die Repräsentativumfrage gut, weil mir beim Ausfüllen aufgefallen ist, dass ich lange nicht alle Angebote für Familien in Hanno-

¹²⁰ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S. 212

¹²¹ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ S. 193 ff

verkenne“, äußerte sich zum Beispiel ein Elternteil. Einige nahmen die offene Frage, wie Hannover noch familienfreundlicher werden könnte, zum Anlass, genau das zu thematisieren. Viele hatten Vorschläge, wie die Bekanntheit sich erhöhen ließe. Vorgeschlagen wurde unter anderem Werbung über Tageszeitungen und Wochenblätter, bei Behörden, Ärzten oder Stadtteilstellen sowie das Verschicken kostenloser Infopost für alle Familien.

Kennen ist nicht gleichbedeutend mit nutzen

Rund 90% der Familien ohne und 73% der Familien mit Migrationshintergrund kennen Freizeitheime, Stadtteilzentren und Kulturtreffs. Doch genutzt werden diese Einrichtungen von jeweils nur 30% der Befragten. Anders sieht es beim kostenlosen Bibliotheksausweis für Menschen unter 20 Jahren aus: Fast drei Viertel der Familien, die ihn kennen, besitzen ihn auch.¹²²

Über ein Drittel der hannoverschen Familien mit und ohne Migrationshintergrund kennen Nachbarschaftsläden. Sie werden – als eines der wenigen Angebote – deutlich häufiger von Familien mit Migrationshintergrund genutzt. Nachbarschaftsläden gelingt es offensichtlich gut, diese wichtige Zielgruppe zu erreichen.

Die ohnehin unter MigrantInnen weniger bekannten VHS-Kurse zu Erziehungsfragen werden von diesen nur zu 6% besucht. Zwar kennt über die Hälfte der Familien ohne Migrationshintergrund das Angebot, doch genutzt wird es lediglich von 2%. Familienzentren hingegen sind unter Familien mit Migrationshintergrund bekannter und werden von ihnen auch häufiger genutzt.¹²³

Kommunikationsmodule müssen weiterentwickelt werden

Eine Reihe von Familien bemängelt die Unübersichtlichkeit oder schwere Auffindbarkeit von familienbezogenen Angeboten und Informationen. Dies war bereits eines der Ergebnisse des „Prognos-Gutachtens 2008¹²⁴“. Angebote und Einrichtungen wie das Familien-Service-Büro, das Familienportal im Internet oder die Broschüre „Familienkompass“ sind unter anderem eigens dazu eingeführt worden, um Informationskanäle zu verbessern. Allerdings fehlt es an einer „Vorher- Nachher-Abfrage“ (die Repräsentativerhebung von Familien in Hannover wurde nur einmalig im Jahr 2013 durchgeführt), sodass nicht festgestellt werden kann, inwieweit die Maßnahme Erfolg hatte.

Um der Diversität der Kommunikationszugänge der verschiedenen familialen Zielgruppen entsprechen zu können, müssen die vorhandenen „Kommunikationsmodule“ weiterentwickelt werden. Dies gilt für alle medialen Zugänge ebenso wie für die Face-to-Face-Kommunikation, zum Beispiel Dialogveranstaltungen wie der Südstadtdialog, das Forum Familie, Beteiligungsformate oder zentrale Anlaufstellen für Familien in den Quartieren. Sie müssen Bestandteil einer integrierten Kommunikationsstrategie Familie sein.

Das Familien-Service-Büro berät zur Kinderbetreuung

Das Familien-Service-Büro wird von Familien zu 95% für Fragen der Kinderbetreuung, der Tagespflege und zur Umsetzung des Rechtsanspruchs genutzt.¹²⁵ Damit kann es der ur-

¹²² Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ 2013 S. 193

¹²³ Ebenda S. 194

¹²⁴ Vgl. Familiengutachten der Prognos AG Basel 2008 Drucksache Nr. 0526/2008

¹²⁵ Eigene Statistik des Familienservicebüros

sprünglichen Intention einer zentralen Anlaufstelle und Lotsenfunktion zu allen Familienfragen und als sichtbares Zeichen für die hannoversche Familienpolitik nicht entsprechen. Die höchste NutzerInnengruppe besteht aus Familien mit Kindern unter sechs Jahren. Insgesamt nehmen 2% der Familien ohne Migrationshintergrund häufig, 21% manchmal und 71% nie das Familienservicebüro und die entsprechenden Beratungsstellen in Anspruch¹²⁶. Mit steigendem Alter sinkt die NutzerInnenquote. So nutzen 3% der Familien mit Kindern unter zwei Jahren das Angebot häufig, 25% manchmal und 72% nie. In der Gruppe der Eltern Drei- bis Sechsjähriger nutzen 2% das Angebot häufig, 20% manchmal und 78% nie.¹²⁷

Familien wünschen gebündelte Informationen frei Haus

Die Repräsentativbefragung zeigt, dass Familien Print- und Onlinemedien flexibel nutzen. Informationen sollen heute schnell über Smartphones, Tablets oder Computer möglich sein. Ebenso besteht der Wunsch, dass umfangreichere Informationen oder auch Informationsübersichten häufig in gedruckter Form zur Verfügung stehen oder per Post ins Haus kommen.

Bisher können Eltern neugeborener Kinder im Rahmen des Besuchsprogramms „Willkommen Baby“ (Babybegrüßungspaket) ein Informationsgespräch zu Hause in Anspruch nehmen. 29% beziehungsweise 22% aller Familien wissen zum Zeitpunkt der Befragung um diese Möglichkeit. In der Zielgruppe der Eltern von Kindern unter drei Jahren ist das Angebot zu 50% (35% MIG) bekannt. Davon nutzen es 46% der Familien ohne beziehungsweise 61% mit Migrationshintergrund sowie 61% der Alleinerziehenden.¹²⁸ Seit etwa zwei Jahren wird ein Begrüßungsbesuch samt Geschenk allen Eltern im Stadtgebiet angeboten. Derzeit fehlt aber ein Angebot, das dem Wunsch von Familien nach kontinuierlichen und gebündelten Informationen frei Haus entspricht.

Mit der Umsetzung der Empfehlung der Prognos AG nach einer zentralen Stelle, die familienrelevantes Wissen bündelt und Informationen auch anderen Institutionen und Fachbereichen koordiniert zur Verfügung stellt, ist man dem Ziel „Interessierte umfassend über bestehende Angebote in der Landeshauptstadt Hannover zu informieren“¹²⁹ bereits näher gekommen. Gebündelte Informationen sind seither als Broschüren, als Internet-Angebot oder in Form von persönlichen Beratungen zugänglich.

Familien nutzen Printprodukte

Im Printformat wurden unter anderem Informationen zur Kindertagesbetreuung (Kitafaltblätter), monetären Leistungen („Kleiner Geldbeutel“) und Übersichten zu Familienangeboten („Familienkompass“) erstellt. Der „Familienkompass“ erschien erstmalig 2009 mit einer Erst- und Zweitauflage von 18.000 Stück. Rund 5% bis 8% der Eltern nutzen seither die Broschüre. Sie ist über das Familienservicebüro, die Bürgerbüros, Bibliotheken und diverse Beratungsstellen erhältlich.

Die geringe Nutzerquote könnte sich darin begründen, dass die Erstauflage 2009 überwiegend über Institutionen verbreitet wurde, die von Eltern mit Kleinstkindern aufgesucht werden

¹²⁶ Das Familienservicebüro wurde März 2009 eröffnet und arbeitet zum Zeitpunkt der Befragung 4 Jahre.

¹²⁷ Sonderauswertung auf Basis der Repräsentativerhebung Familie 2013

¹²⁸ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ 2013 S. 194

¹²⁹ Vgl. Familiengutachten Prognos AG Basel 2008 S. 75/76

(Familien-Service-Büro, Beratungsstellen, Kinderärzte, Begrüßungspaket). Die Auflagenhöhe von 10.000 beschränkt zudem den Verbreitungsgrad. Seit 2013 wird der „Familienkompass“ in leichter Sprache angeboten.

Beteiligung und Teilhabe durch Weiterentwicklung

Basis der Familienberichterstattung und -beteiligung ist das erstmalig 2011 durchgeführte Familienmonitoring. Die Fortschreibung erfolgt alle drei Jahre, zuletzt 2014. In der Repräsentativbefragung und in den Familienkonferenzen zeigten sich zahlreiche Familien erstaunt über das breite Angebot für Familien in der Stadt. Vielfach haben sie erst über die Veranstaltungen beziehungsweise die Repräsentativbefragung davon Kenntnis erhalten. Aufgrund der zahlreichen Rückmeldungen von Familien sollte der Vorschlag des Gutachtens der Prognos AG 2008 zu einer integrierten Informations- und Imagekampagne neu erörtert werden.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Familienpolitik seit 2012 wurden neue Beteiligungs- und Austauschplattformen, z.B. Forum Familie, Familiensonntag geschaffen. Hier ist zu erwägen, ob diese als kontinuierliche Dialog- und Informationsangebote etabliert werden sollten, da MultiplikatorInnen in der Weitergabe von Informationen eine exponierte Rolle innehaben.

1.9 Nachtrag: Familien unter Fluchtbedingungen/ SeniorInnen/ Alleinerziehende

Zum Zeitpunkt des Beteiligungsprozesses hatte die **Flüchtlingsbewegung** noch nicht die heutige Dimension. Dies hat sich seit Beginn des Jahres 2015 erheblich verändert. Auch wenn hier keine Befragungsergebnisse vorliegen, so besteht gerade bei Familien, Familienangehörigen und minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen ein erheblicher Handlungsbedarf, damit „**Integration von Anfang**“ an gelingen kann.

Auch hat sich im Nachhinein bei der Auswertung¹³⁰ von Beiträgen der Senioren- und Pflegeheime herausgestellt, dass sich zahlreiche **SeniorInnen** aktiv mit Ideen und Anmerkungen in die Familienkonferenzen eingebracht haben, die für künftige Planungen nicht unberücksichtigt gelassen werden sollten.

Aufgrund des hohen Anteils von Alleinerziehenden an den Familienhaushalten und ihrer Bedarfsanzeigen sollte ihren speziellen Anforderungen und Bedürfnissen zukünftig eine höhere Aufmerksamkeit gelten.

1. Flüchtlinge

In Hannover wurden im Januar 2016 rund 4000 Flüchtlinge versorgt. Sie kommen aus 61 Nationen, ca. 25% (750) von ihnen sind Frauen. Die größten Gruppen kommen aus Afghanistan, Syrien, Irak, Sudan, Ghana und Algerien. Rund 200 Menschen leben in Wohnprojekten, 470 in angemieteten Wohnungen, 1200 in Wohnheimen und 2200 in Notunterkünften. Unter ihnen sind über 500 minderjährige Flüchtlingskinder zwischen 0 und 17 Jahren mit ihren Familien. Hinzu kommen weitere rund 360 unbegleitete Minderjährige.¹³¹

Etwa 10 % der Flüchtlinge in Hannover sind Familien mit Kindern. Aber nicht nur Zweielternfamilien erreichen Hannover, sondern zunehmend auch alleinerziehende Frauen. Insbesondere Kinder, Jugendliche und Frauen bedürfen auch in ihrer neuen, meist provisorischen, Lebensumgebungen eines besonderen Schutzes vor Übergriffen und geschlechtsbezogener Gewalt.

Die Mehrzahl der in Hannover lebenden Flüchtlinge ist männlich und ohne Familien eingereist. Trotz dieser Tatsache ist gerade die Familie eine starke Antriebskraft die Heimat zu verlassen. Viele tragen eine starke persönliche Sorgeverpflichtung für ihre Familien (-verbände) im Heimatland und möchten die in sie gesetzten Erwartungen und Hoffnungen nicht enttäuschen.

Zu Beginn des Aufenthaltes in Hannover stehen die **Versorgung mit Schlafgelegenheiten, Verpflegung, Kleidung sowie die Gesundheitsversorgung bei Akuterkrankungen**. Parallel zum Aufnahme- und Asylverfahren wird für Familien **adäquater Wohnraum** gesucht. Leider gestaltet es sich auch für anerkannte Flüchtlingsfamilien schwierig den pas-

¹³⁰ Ausstellung der Seniorenresidenz Vahrenwald und der Karten des Senioren- und Pflegeheims Karl Flor in Wettbergen.

¹³¹ Landeshauptstadt Hannover eigene Erhebungen

senden Wohnraum auf dem ohnehin verknappten Wohnungsmarkt zu finden. Familien erhalten bei der Wohnungssuche Unterstützung durch das Auszugsmanagement. Im November 2015 wurden 43 Familien bei der Suche begleitet.

Unbegleitete Minderjährige werden durch den Fachbereich Jugend und Familie in Obhut genommen. Für sie gelten die Unterbringungsrichtlinien des Kinder- und Jugendhilferechts. Die Landeshauptstadt Hannover wirbt um Pflegefamilien und Vormundschaften in der Öffentlichkeit. Zu einer ersten Veranstaltung im November 2015 kamen rund 200 InteressentInnen.

In allen Stadtteilen unterstützen BürgerInnen die Flüchtlinge durch **Unterstützungsnetzwerke**. Sie organisieren Hilfeleistung und Begleitung. Im Bereich der ehrenamtlichen HelferInnen könnte sich mittelfristig ein **Beratungs- und Supervisionsbedarf** abzeichnen, da diese unvorbereitet auf komplexe Problemlagen treffen und diese überfordernd wirken können.

Eine **professionelle Integrations- und Willkommenskultur** für Familien und unbegleitete Minderjährige sollte Sensibilität für das individuelle und gesellschaftliche Familienverständnis von Flüchtlingsfamilien entwickeln. So kann das Verständnis und Wissen um familiäre Bindungen, Beziehungen, Verpflichtungen, Einsamkeitsgefühle bis hin zu Zwängen und Gewalterfahrungen und psychosozialer Belastungen wachsen. Hierbei sind die Wirkmechanismen einzubeziehen, die sich aus dem rechtlichen Aufenthaltsstatus und der persönlichen Bleibeperspektive ergeben.

Wie in allen Gesellschaften handelt es sich auch bei zugewanderten Familien um eine heterogene Gruppe. Trotz eines zum Teil ähnlichen Kulturräumens unterscheidet sich die Lebensweise einer jeden Familie hinsichtlich ihres sozialen Status, ihres kulturellen religiösen und Bildungshintergrunds, ihrer sozioökonomische Situation, ihrer Familienkonstellation und ihrer Milieuzugehörigkeit. Sie unterscheiden sich auch hinsichtlich ihrer Fluchtgründe und –biographien und ggf. hinsichtlich ihres kulturellen Familienverständnisses. Um einen Zugang zu Familien zu finden und Vertrauen aufzubauen, bedarf es der Wahrnehmung und des Wissens jeder einzelnen spezifischen Lebenslage. Beides öffnet die Tür zur Integration.

Zugleich müssen Fachkräfte über Hintergrundwissen zu den Kulturräumen verfügen. Zwingend erforderlich und hilfreich sind hier Fachkräfte und honorierte semi-professionelle VermittlerInnen aus den betreffenden Regionen. Ziel ist es, die Diversität und das individuelle Verständnis von Familienleben wahrzunehmen und dies in die Kontakt-, Betreuungs- und Bildungsarbeit zu integrieren. Hier bieten sich Anknüpfungspunkte für Maßnahmen im Sinne von Fördern und Fordern, die eine Zugehörigkeit und Integration fördern.

Darüber hinaus besteht der Bedarf **nach Kontakt zu den Familien im Herkunftsland** und zu Landsleuten, die sich noch auf der Flucht befinden oder bereits in Hannover leben. Die Nutzung von **Smartphones und freiem W-Lan** hat hier eine starke Brückenfunktion. Auch sind Flüchtlinge auf die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, angewiesen, insbesondere wenn sie Freunde bzw. Familienangehörige an anderen Unterbringungsorten aufsuchen möchten.

Für die Entwicklung einer Teilhabe- und Zugehörigkeitskultur für asylsuchende und zugewanderte Familien hat die Verständigung zu kulturellen und gesellschaftlichen Normen und Werten des Zusammenlebens in Familien sowie zu deren Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sowohl der Herkunfts- als auch der Aufnahmegesellschaft eine hohen Stellenwert, um **Integrationsräume** zu erkennen. Gleiches gilt für die Vermittlung von Wissen um Struk-

turen, Zugänge und Voraussetzungen zu **Freizeit-, Bildungs- und Betreuungs- oder Elternbildungsangeboten und dem Spracherwerb** für Kinder, Jugendliche und Eltern und Kenntnisse des Sozialsystems.

Neben der Nutzung von Freizeitoptionen im Stadtteil und der Möglichkeit zur Sprachanwendung, möglichst nah dem Wohnort, suchen alle Familienmitglieder nach einem systematischen und aufeinander aufbauenden Sprachlernangebot, das auch die mehrsprachige Entwicklung im Blick hat. Ein solches Konzept sollte aus Sicht von Eltern mit Migrationshintergrund **Module der Alphabetisierung in (lateinischer) Schrift und den Einstieg in Deutsch als Fremdsprache auf niedrigem Niveau zur Bewältigung des Alltages** enthalten, ebenso wie zertifizierte Sprachkurse und berufsbezogene Sprachangebote. Für **niedrigschwellige Elternkurse** könnten zum Beispiel Elternbildungsprogramme wie „FuN“, „Griffbereit“ und „Rucksack“ entsprechend modifiziert werden.

Im Hinblick auf die (jungen) Erwachsenen und Jugendlichen sind sowohl Erstausbildungskonzepte beziehungsweise **berufsbegleitende Qualifikationsmaßnahmen** zu entwickeln, insbesondere für zugewanderte **Frauen** (Alleinerziehende) und AsylantInnen. Hier bedarf es einer verstärkten **Zusammenarbeit mit den Kammern** und Berufsgenossenschaften zu den Themen Anerkennung von Qualifikationen und Berufserfahrungen und Versicherungsschutz.

2. SeniorInnen

Ältere Menschen haben die Familienkonferenzen zahlreich als Angebot für einen intergenerativen Dialog genutzt. Fast 20% der Teilnehmenden waren 65 Jahre und älter. Ihre Stadtteilverbundenheit zeigt sich darin, dass einige dort seit über 50 Jahren leben. Die Älteren betonten immer wieder, dass sie **so lange wie möglich selbstständig zu Hause** leben möchten. Falls Sie ihre Wohnung verlassen müssten, würden Sie gerne in eine Wohnanlage oder – heim im Stadtteil bleiben, gerade wenn der/die PartnerIn noch zu Hause leben oder in die Nähe der eigenen Kinder ziehen, um Wegezeiten zu sparen.

In Hannover lebten 2013 insgesamt 17.950 pflegebedürftige Personen, davon wurden 39% (6.915) der Personen zu Hause primär durch ihre Angehörigen versorgt, 26% (4.601) durch ambulante Pflegedienste und 36% (6.434) stationär¹³².

Die Repräsentativbefragung ergab, dass 3% (4% Migrationshintergrund) der heutigen Eltern zugleich einen behinderten oder pflegebedürftigen Erwachsenen betreuen. 86% (78% Migrationshintergrund) der behinderten bzw. Pflegebedürftigen wohnen außerhalb des Familienhaushaltes. Der Anteil der Pflege steigt ab dem 50. Lebensjahr der mittleren Generation. Eltern mit Migrationshintergrund, ohne bzw. mit geringem Schulabschluss, betreuen überdurchschnittlich häufig (7%; Durchschnitt: 3%) ihre behinderten und pflegebedürftigen Angehörigen.

Von allen Teilnehmenden an den Familienkonferenzen übernahmen 42% Verantwortung für Familienmitglieder, die außerhalb ihres Haushalts wohnen. Diese können sie in der Regel auch gut erreichen. 38% brauchen dafür weniger als 15 Minuten oder 33% brauchen zwi-

132 Quelle: Landesamt für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen. Pflegestatistik für Niedersachsen 2013: Pflegebedürftige in Hannover.

schen 15 Minuten und einer Stunde. 29% nehmen für den Besuch auch mehr als eine Stunde auf sich¹³³

Viele der Vorschläge in den Beteiligungsprozessen beziehen sich auf **generationenübergreifende Vorhaben und Projekte**, von Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten bis zu Angeboten des gemeinschaftlichen Wohnens.

Auch Ältere möchten an **Aktivitäten unter freiem Himmel** teilnehmen können. Häufig fehlt es an transportablen Bänken, so dass ältere weit entfernt Platz nehmen müssen. Immer wieder gibt es den Wunsch nach der Pflege eines Gartenstücks, Bürgergartens und/ oder alter(n)sgerechte und sichere Zugänge zu Grün, Natur und zu barrierefreien Stadtteileinrichtungen, d.h. die Absenkung von Bürgersteigen, Zebrastreifen, Haltestellen und längere Ampelschaltungen).

Gerade Menschen mit pflegebedürftigen Angehörigen wünschen sich eine **barrierefreie Gastronomie**.

Die BewohnerInnen aus den beiden beteiligten Senioren- und Pflegeeinrichtungen Vahrenwald und Karl Flor formulierten vielfach ihren Wunsch nach Teilhabe. Sie regten an, alle Senioren- und Pflegeeinrichtungen nach außen für die Nachbarschaft aber auch nach innen für die Familienangehörige zu öffnen, um mehr Familienleben zu ermöglichen.

3. Alleinerziehende

In mehr als jeder vierten (rd. 27%¹³⁴) Familie¹³⁵ in der Landeshauptstadt leben die Kinder mit einem alleinerziehenden Elternteil zusammen. Bundesweit und so auch in Hannover, sind neun von zehn alleinerziehenden Müttern. Die Zahl der Alleinerziehenden¹³⁶ in Hannover liegt deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die Gründe für den höheren Wert sind vielfältig. Neben statistischen Effekten könnte die gute Infrastruktur der Landeshauptstadt Hannover innerhalb eines Flächenlandes Ausschlag gebend sein. Insbesondere Alleinerziehende ohne ein größeres privates Unterstützungsnetzwerk sind auf eine solche Infrastruktur angewiesen.

Fast die Hälfte (rd. 48%¹³⁷) aller hannoverschen Alleinerziehenden sind von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes¹³⁸ abhängig. Das bedeutet, dass viele von ihnen ihre Kinder unter Armutsbedingungen großziehen müssen beziehungsweise die alleinige Erziehung eines Kindes ein Armutsrisiko birgt. Vor allem dann, wenn sich Familie und Erwerbstätigkeit nicht vereinbaren lassen oder der andere Elternteil seinen Unterhaltsverpflichtungen nicht oder nur unregelmäßig nachkommt. Solch prekäre Verhältnisse erschweren die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben¹³⁹.

¹³³ Vgl. IES Hannover Bericht wissenschaftliche Begleitung Familienkonferenzen 2014 (interner Bericht)

¹³⁴ Vgl. Familienmonitoring 2014, S. 52

¹³⁵ Familien mit minderjährigen Kindern im gleichen Haushalt

¹³⁶ Historisch betrachtet ist alleinerziehen keine neuere Entwicklung, nur der Anteil wächst, da weniger rigorose gesellschaftliche Zwänge auch ein Alleinerziehen aufgrund von Trennung (formal) akzeptieren

¹³⁷ Vgl. Familienmonitoring 2014, S. 48

¹³⁸ Im Vergleich beziehen insgesamt rd. 27 % aller Familien (inkl. der Alleinerziehenden) Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes

¹³⁹ Siehe im Kapitel 1.7 "Teilhabe und Zugang" S.36-37.

Hannoversche Alleinerziehende ohne Migrationshintergrund, das haben die Daten der Repräsentativerhebung gezeigt, sind zu 75% erwerbstätig. Von den erwerbstätigen Alleinerziehenden übt rund ein Drittel eine Vollzeitstätigkeit oder vollzeitnahe Beschäftigung aus. Dabei hat nahezu die Hälfte (46%) der Alleinerziehenden ein Einkommen von weniger als 1.500 Euro monatlich zur Verfügung. Lediglich 18% der Alleinerziehenden ohne Migrationshintergrund erzielen ein Einkommen von über 2.500 Euro monatlich.

Die Alleinerziehenden ohne Migrationshintergrund, die an der Repräsentativerhebung teilgenommen hatten, hatten zum Befragungszeitpunkt zum überwiegenden Teil ein Kind (70%).

Im Rahmen der Repräsentativerhebung haben auch alleinerziehende Elternteile von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Anliegen und Anregungen auf einem extra Mitteilungsblatt für die Verwaltung aufzuschreiben. Dabei wurden unter anderem folgende kommunalpolitisch beeinflussbare Themen¹⁴⁰ deutlich, die Alleinerziehende bewegen und auch zu bewältigen haben:

- Finanzielle Belastungssituation (hohe Kitabeiträge, Einkommensgrenze für den Wohnberechtigungsschein, Armutsrisiko, hohe Mietpreise)
- Vereinbarkeit Familie und Beruf
- Stigmatisierung und das Gefühl von „Alleingelassensein“

Im Vergleich zu Müttern in Paarbeziehungen fühlen sich Alleinerziehende bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf seltener durch ihren Arbeitgeber unterstützt, und sie finden zusätzliche Kinderbetreuungsangebote an Wochenenden, Mehrsprachigkeit und Wohnortnähe deutlich wichtiger. Zudem nutzen sie seltener die Betreuungsmöglichkeit ihrer Kleinkinder in der Krippe sowie der Tagespflege. Im Gegensatz zur Paarfamilie betreuen sie ihre Kleinkinder häufiger zu Hause¹⁴¹, mit dem Übergang in den Kindergarten gleichen sich die Betreuungsquoten der Kinder von Alleinerziehenden sowie von Müttern in Paarbeziehungen wieder an: Nahezu jedes Kind in der Stadt besucht einen Kindergarten. Mit Übergang in die Grundschule besuchen die Kinder von Alleinerziehenden weitaus häufiger einen Hort als Kinder in Paarfamilien.

Es wird deutlich, dass die „(Belastungs-)Situation“ Alleinerziehender einem Konglomerat verschiedener Faktoren entspringt, die sich gegenseitig bedingen und verstärken können.

Daher ist es – für alle Familien in der Stadt – insbesondere aber für die Alleinerziehenden, von besonderer Bedeutung gute Rahmenbedingungen zu haben, die Teilhabe ermöglichen, Ausgrenzung vermeiden sowie ein autarkes Familienleben, bestenfalls unabhängig von Transfer- und anderen Unterstützungsleistungen, ermöglichen.

Insbesondere berufstätige Eltern bzw. Eltern, die (wieder) in den Beruf einsteigen möchten, haben Schwierigkeiten mit den Übergängen ihrer Kinder von der Krippe in den Kindergarten und weiter in die Schule. Neben der Überbrückung von teilweise nicht aufeinander abgestimmten Schließzeiten sowie im Spätsommer liegende Sommerferien, müssen auch Eingewöhnungsphasen, in denen die Kinder sukzessive an den Kita-Alltag herangeführt werden, zeitlich organisiert und zu Hause in besonderem Maße aufgefangen werden. Die Phase der

¹⁴⁰ Die Anmerkungen sind nicht als repräsentativ anzusehen, sondern eher als Stimmungsbild bzw. Mitteilungen an die Stadtverwaltung zu verstehen.

¹⁴¹ Alleinerziehende sind, sofern sie sich im SGB-II-Bezug befinden und unter-drei-jährige Kinder im Haushalt betreuen, von der Vermittlungspflicht in eine Arbeitsbeschäftigung befreit (siehe hierzu §10, Satz 3, SGBII) Dies könnte eine mögliche Erklärung für den höheren Wert sein: Vgl. Repräsentativerhebung S. 128.

Einstiege und der Übergänge in die institutionelle Kinderbetreuung bzw. in die Schule wird durch das Kindergartenjahr, das stets zum 1. August eines Jahres beginnt, erschwert, da nicht alle Träger eine unterjährige Aufnahme zulassen.

Das Ende der Kindergartenzeit am 31. Juli eines Jahres und besonders spät liegende Sommerferien stellt vornehmlich für berufstätige Eltern eine Kombination dar, die besonderer Organisation bedarf.

Für Alleinerziehende, die in Branchen mit Schichtdienst arbeiten und/oder über ein geringes Einkommen verfügen, stellen vor allem die Randzeiten in den Kindertagesstätten Schwierigkeiten dar.

II. Eine kinder- und familienfreundliche Stadt Hannover

Familienpolitische Handlungsleitlinien und -maßnahmen 2016 – 2021

Die vorliegenden Handlungsleitlinien und -maßnahmen beziehen sich auf die Erkenntnisse sämtlicher Dialogveranstaltungen mit Familien und ExpertInnen, die im Kontext von „Klink dich ein – Familienleben in Hannover“¹⁴² und „Mein Hannover 2030“ im Zeitraum 2012 bis 2015 durchgeführt wurden. Die Zusammenführung der beiden Prozesse macht es möglich, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Ergebnisse über die Strategieempfehlungen von „Mein Hannover 2030“ hinausgehen können.

Zahlreiche Vorschläge aus den Beteiligungsformaten sind in die Strategien und Zielsetzungen des Stadtentwicklungskonzeptes „Mein Hannover 2030“ eingeflossen. Sie lenkten eine besondere Aufmerksamkeit auf die strategische Zielausrichtung der **Landeshauptstadt Hannover als kinder- und familienfreundliche Stadt**, in der

- alle Familien ökonomisch gesichert und gesund leben.¹⁴³
- Kinder und Jugendliche Geborgenheit und Schutz durch unsere Gesellschaft erfahren
- eine Offenheit für vielfältige Lebenskonzepte von Mädchen, Frauen und Jungen und Männern gepflegt wird¹⁴⁴
- Räume für Bewegung und zum Aufatmen vorhanden sind, die ein gesundes Aufwachsen ermöglichen
- Das inklusive Zusammenleben gefördert wird

Darüber hinaus setzen Familien und Expertinnen konkrete Impulse für die Zielorientierung der hierzu erforderlichen Handlungsstränge und für Umsetzungsmaßnahmen. Auf der Basis der Strategie, der Handlungsziele und der Maßnahmevorschläge bzw. einzelner erfolgter Umsetzungen durch die Akteure im Stadtteil, entwickelten die zuständigen Fachbereiche der

¹⁴² Der Prozess wurde durch das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung Hannover (IES) begleitet.

¹⁴³ Vgl. Mein Hannover 2030 Die Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf Seite 45 Zwei Ziele

¹⁴⁴ Vgl. ebenda Seite 46

Stadtverwaltung, vertreten u.a. durch die Steuerungsgruppe Familienpolitik, die hier vorliegenden Handlungsleitlinien und -empfehlungen.

Neben konkreten Lösungsvorschlägen geben sie auch konkrete Antworten auf die zentralen Fragen des Stadtdialog „Mein Hannover 2030“.

- Wie wollen wir wachsen?
- Wie machen wir Hannover zu einem Zuhause für viele?
- Wie schaffen wir gute Bildung und Kultur für alle?
- Wie stärken wir selbstständiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe?
- Was wollen und können wir uns leisten?
- Wie wollen wir zukünftig in der Stadtverwaltung arbeiten?

Damit wird der, im Jahr 2008 mit dem **Familiengutachten der Prognos AG** begonnene Prozess zur Entwicklung der Landeshauptstadt Hannover zu einer kinder- und familienfreundlichen Stadt fortgeführt.

Das Thema **Diversität und Integration von Anfang an** bekommt eine zusätzliche Dimension und Relevanz für die hannoversche Familienpolitik, da zahlreiche Menschen Zuflucht und Sicherheit vor Krieg, Gewalt und Armut in Hannover suchen. Das eigenständige Kapitel Internationalität leben und die entsprechenden Handlungsempfehlungen greifen nur bedingt auf Erkenntnisse von Familien zurück. Sie stützen sich überwiegend auf Expertenwissen.

2.1 Wohnraum und Wohnumgebung gestalten

Zielsetzung aus „Mein Hannover 2030“:

- Ein Angebot an zukunftssicheren, qualitätsvollen, bezahlbaren, inklusiven und barrierefreien Wohnraum für alle Nachfragegruppen.¹⁴⁵
- Gute funktionierende und aktive Quartiere, die vom konstruktiven Dialog aller AkteurInnen vor Ort gestärkt werden.¹⁴⁶
- Eine gute, wohnortnahe Versorgung und starke Zentren in den Stadtteilen und der Innenstadt¹⁴⁷

Bisherige Umsetzung:

Die Qualität der Infrastruktur in den Quartieren hat für Familien einen hohen Stellenwert für ihr Wohlbefinden. Verschiedene Strategien und Maßnahmen der Stadtplanung und Stadterneuerung unterstützen das Ziel der „kinder- und familienfreundlichen Stadt Hannover“. Das **Wohnkonzept 2025**, die **Wohnbauflächeninitiative**, die **Wohnbauinitiative**, das **kommunale Wohnraumförderprogramm**, der **Masterplan Mobilität 2025**, das **Leitbild Radverkehr**, das **Einzelhandels- und Zentrenkonzept** sowie das **Verkehrssicherheitsprogramm** für Kinder mit der **Kampagne „Gib mir Acht“** und das Programm „**Mein Quartier 2030**“¹⁴⁸ beinhalten wesentliche Ansätze, die auf die Ergebnisse des Familiendialogs Bezug nehmen.

Das vom Rat der Landeshauptstadt Hannover 2013 beschlossene **Wohnkonzept 2025** und die Drucksache zur familienfreundlichen Stadt bilden die Grundlage für die Verbesserung der gesamten Wohnungs- und Wohnumfeldversorgung¹⁴⁹. Damit soll den unterschiedlichen Bedarfslagen aller Gruppen, auch denen von Familien, entsprochen werden.¹⁵⁰ Allein in den Jahren 2012 bis 2014 wurden ca. 2200 neue Wohnungen fertiggestellt. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen und soll noch verstärkt werden.

Der Hannover **Kinder-Bauland-Bonus** bietet für Familien weiterhin eine finanzielle Förderung im Wohnungsbau. Auch beraten und informieren das Einfamilienhaus-Büro, die Wohnprojektberatung der Stadt oder der Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GBH) sowie Wohnungsgenossenschaften und -bauunternehmen über das Wohnungsangebot in Hannover und helfen bei der Grundstücksuche.¹⁵¹

¹⁴⁵ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 20

¹⁴⁶ ebenda

¹⁴⁷ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 22

¹⁴⁸ Vgl. Drucksache Nr. 15-0057/2013 „Mein Kiez“

¹⁴⁹ Vgl. Drucksache Nr. 0631/2011 Hannover – eine familienfreundliche Stadt

¹⁵⁰ Vgl. Drucksache Nr. 0840/ 2013 Wohnkonzept 2025, Innenstadtkonzept City 2020+,

¹⁵¹ Vgl. Drucksache Nr. 0840/2013 Wohnkonzept 2025

Zukünftige Planung:

(1.1) Das **Wohnkonzept 2025** wird mit dem Zeithorizont 2030 fortgeschrieben, geprüft, weiterentwickelt und gegebenenfalls angepasst. Die vier Programmelemente umfassen:

- a) Initiierung des Wohnungsneubaus
- b) Gewährleistung von preiswertem Wohnen
- c) Entwicklung des Wohnungsbestand
- d) Fortführung des Dialogs

Es sollen neuer Wohnraum entwickelt und vorhandene Wohnquartiere aufgewertet werden. Die Bausteine „Neubau“ und die damit verbundene **Wohnbauflächeninitiative**, die Wohnungsbestandsentwicklung sowie das kommunale **Wohnraumförderprogramm** in Kombination mit den Förderprogrammen der Region Hannover und des Landes Niedersachsen wird in den nächsten Jahren der Bestand an preisgünstigen Wohnungen vergrößert und modernisiert. Die Wohnungsneubaurate soll deutlich angehoben werden.

Im Kontext der Umsetzung soll den Ansprüchen von Eltern mit Kindern in unterschiedlichen Altersstufen und Familienkonstellationen nach **größeren und bezahlbaren Wohnungen und familiengerechten Wohnumgebungen** Rechnung getragen werden. Dabei werden auch qualitative Aspekte u.a. des Generationenwohnens in Wohnanlagen und/oder im Quartier, Baugemeinschaften und innovative Wohnprojekte (z.B. Südstadt), attraktives Wohnen in Mehrfamilienhäusern oder ein Mix aus Eigentum und Mietwohnungen sowie Begrünung, Klimaschutz, aufgegriffen.

(1.2) Um die erhöhte Nachfrage der kommenden Jahre decken zu können, muss der Wohnungsneubau forciert werden. Daher wird eine Wohnbauinitiative 2016 mit den Akteuren auf dem Wohnungsmarkt ins Leben gerufen. Sie dient dazu, Ziele und Zielzahlen zu formulieren, die dafür notwendigen Instrumente zu benennen und die jeweiligen Verantwortlichen festzulegen. Für den Zeitraum bis 2030 verständigen sich Partner in der Wohnbauoffensive 2016 auf gemeinsame Ziele und bekennen sich verbindlich zu deren Umsetzung. Nach vorläufigen Schätzungen bedarf es der Schaffung von etwa 1000 plus x neuer Wohneinheiten pro Jahr für alle Gruppierungen. Landeshauptstadt und Wohnungswirtschaft werden sich dieser Aufgabe gemeinsam widmen. Vor allem der Einfamilienhausbau und die Schaffung größerer Wohnungen im Neubau und im Bestand sollen den wohnungssuchenden Familien zugutekommen.

(1.3) 2015 wurde mit der Bearbeitung des Stadtbezirkes Buchholz-Kleefeld als Pilotprojekt für „**Mein Quartier 2030**“ begonnen. Ziel ist es, für alle 13 Stadtbezirke der Landeshauptstadt in den folgenden Jahren integrierte Entwicklungskonzepte zu erarbeiten. Sie sollen aufzeigen, mit welcher Qualität der jeweilige Stadtbezirk mit Blick auf künftige Herausforderungen aufgestellt ist, welche zu stärkenden Begabungen vorhanden sind und welche verwirklichten und geplanten Projekte in diesem Sinne eine positive Entwicklung unterstützen. Hierbei sind familienpolitische Anforderungen an das Leben und Arbeiten in einem Stadtquartier impliziter Bestandteil.

Das Projektformat sieht vor, die Konzepte nacheinander zu entwickeln und öffentlich in den jeweiligen Bezirken zu erörtern. Für den Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld ist das Projekt bereits abgeschlossen. Es ist beabsichtigt, zwei Bezirkskonzepte pro Jahr zu erarbeiten.

(1.4) Die 2011 begonnene Umsetzung des **Einzelhandels- und Zentrenkonzepts** der Landeshauptstadt Hannover wird fortgesetzt. Es sieht vor, dass Angebote des täglichen Bedarfs in einem Umkreis von 500 Metern Luftlinie (ca. 700 bis 800 Meter Fußweg) von den Wohngebieten aus erreichbar sein sollen. Für rund 88% der hannoverschen Bevölkerung trifft dies bereits zu. Auch die anderen Konsumgüterangebote werden ausschließlich an städtebaulich integrierten Standorten, den verschiedenen Einkaufsbereichen in den Stadtteilen und der Innenstadt, angeboten.

Für Familien gehören zu einem hochwertigen Nahversorgungskonzept, neben dem Einzelhandel und privaten Dienstleistungen, auch öffentliche Dienstleistungen, z.B. der Bildung, Betreuung, Kultur, soziale Einrichtungen und Angebote der Freizeitgestaltung für alle Altersgruppen.¹⁵²

Die städtische Wirtschaftsförderung unterstützt durch vielfältige Maßnahmen den Einzelhandel und die Dienstleistungen im Quartier. Im Rahmen der Lokalen Ökonomie wird so zum einen die Nahversorgung von jungen Familien wie Senioren sichergestellt und ein Beitrag geleistet, dass der Einkauf lokal und wohnortsnah stattfinden kann. Zum anderen werden wohnortsnah Arbeitsplätze gesichert und der Handwerker ist weiterhin um die Ecke zu finden.

(1.5.) **Wohnen und Leben im Quartier – soziale und inklusive Quartiersentwicklung** (siehe hierzu Kapitel 2.4.1)

¹⁵² Städte brauchen Familie – Zeitpolitik, www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/ Erklärung_Neue_Zeiten_fuer_Familien

2.2 Öffentlichen Raum nutzen

Zielsetzung aus „Mein Hannover 2030“

- **Qualitätsvoll entwickelte Grün- und Freiräume, die von allen gleichberechtigt und eigenständig genutzt werden können.**¹⁵³
- **Hohe biologischen Vielfalt und Erhaltung der Wälder für kommende Generationen, Schutz des Grundwassers, Verhinderung von Überflutungen, sparsamer Umgang mit Grund und Boden sowie saubere Böden zum Leben und Arbeiten.**¹⁵⁴
- **Förderung der gleichberechtigten und eigenständigen Nutzung öffentlicher Räumen für alle Kinder, Jugendlichen und deren Familien.**¹⁵⁵
- **Überprüfung der Eignung von Grün- und Freiflächen für „Zwischenutzungen“ oder „Mitmachflächen“.**¹⁵⁶

Bisherige Umsetzung:

Die meisten Menschen, die durch Luftschadstoffbelastung im Stadtgebiet betroffen sind, leben in der Umweltzone (218.000 Menschen). Mit der **Einführung der Umweltzone** konnte eine Reduzierung der Luftschadstoffe verzeichnet werden.

Die (Umweltqualitäts-)Ziele zur Reinhaltung der Luft und zur Minderung der Lärmemissionen sind Grundlage der zielführenden, städtischen Aktionspläne zur Lärminderung und Luftreinhaltung¹⁵⁷.

Die Maßnahmen zum **Schutz vor Umgebungslärm und zur Verbesserung** der (Verkehrs-) Lärmsituation für die Bevölkerung sind in einem Vier-Punkte-Programm zusammengefasst.

Der Aktionsplan zur nachhaltigen Verbesserung der **Luftqualität** vermeidet zum Beispiel durch verkehrslenkende Maßnahmen und Fahrverbote, Grenzwertüberschreitungen bzw. setzt deren Häufigkeit herab.

Um die **gleichberechtigte Nutzbarkeit von Grün- und Freiflächen für alle Menschen** unabhängig vom Alter oder von körperlichen Einschränkungen zu gewährleisten, wurden konkrete bauliche und barrierefreie Lösungen bis hin zu neuartigen Konstruktionen von Spiel- und Bewegungsgeräten entwickelt und sukzessive aufgestellt, zum Beispiel im Vahrenwalder Park und im Stadtteil Anderten, um öffentlichen Raum gezielt als Begegnungsort nutzbar zu machen.

Dem Wunsch nach **„Mitmachflächen“, „Zwischennutzungen“ und „urban gardening“**, wurde nach Prüfung vereinzelt entsprochen (Bertha-Von-Suttner-Platz, „Dirtline“ Eilenriede, Jugendplatzprojekt Linden, Schmetterlingswiese Bemerode).

¹⁵³ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 11

¹⁵⁴ Vgl. ebenda

¹⁵⁵ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 12

¹⁵⁶ Vgl. ebenda

¹⁵⁷ Vgl. hierzu Masterplan 100% für Klimaschutz

Die Stadt Hannover unterstützt mit den Institutionen der **Umweltbildung** und dem **Agenda Büro** lokale Bildungsnetzwerke, Organisationen und Initiativen, sowie Pilotprojekte, die sich im Rahmen einer lebendigen Stadt(teil)kultur der Bildung für nachhaltige Entwicklung widmen. Sie fördert Gestaltungs- und Entscheidungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen in ihren Lebenszusammenhängen, hierzu stellt sie Räume zur Verfügung, unterstützt Projekte und gestaltet ihre Angebote als lebensbegleitende Lernprozesse.

Zukünftige Planung:

(2.1) Zur Sicherung und Weiterentwicklung der Grün- und Freiflächen soll ein **Freiraumentwicklungskonzept**¹⁵⁸ entstehen¹⁵⁹, das auch die interessanten Freiraumthemen von Familien aufgreift, zum Beispiel die generationenübergreifende Gestaltung von Spiel-, Gestaltungs- und Bewegungsmöglichkeiten sowie die Ausrichtung auf unterschiedliche Bedürfnisse sowohl verschiedener Alters- und Bevölkerungs- als auch der Zu- und Einwanderungsgruppen.

Dazu gibt es folgende Vorschläge:

- Sichere und barrierefreie Gestaltung von Wegen sowie gute Beleuchtungskonzepte.
- Pflege und Sauberkeit der öffentlichen Anlagen durch systematisches Vorgehen und Kontrollen durch Parkranger oder das Aufstellen von Hundetütenspendern.
- Weiterentwicklung der Kampagne „Saubere Stadt“.
- Das Vorhalten von Flächen für Projekte wie „urban gardening“.
- Beteiligung bei Schaffung von nachbarschaftlichen Kontaktmöglichkeiten.
- Förderung von selbstorganisierten „Events“ mit Vorbildcharakter (z.B. Tiergartenfest, Drachenfest, autofreier Sonntag, Skate by Night u.v.a.)
- Raumangebote, die die Selbstwirksamkeit oder -organisation von Kindern und Jugendlichen stärken (z.B. Bewegungsbaustellen, temporäre Spielflächen auf Straßen und Plätzen).
- Integration von Bewegungsanreizen in die Alltagsabläufe durch architektonische oder künstlerische Gestaltung.
- Leitfaden mit Regeln und Möglichkeiten zur Nutzung öffentlicher Flächen.
- Aufstellen von (transportablen) Bänken oder Sitzgelegenheiten in Straßen und Parks.

(2.2) Eine **Beteiligung der Bevölkerung** auch von Familien, an allen relevanten Planungsprozessen und in der Umsetzung der Projekte, zum Beispiel auch durch Identität stiftende Mitmachaktionen bei Spielplätzen würde die Identifikation mit dem öffentlichen Raum zusätzlich stärken.

(2.3) Häufig kennen Familien vorhandene Angebote und Möglichkeiten in ihrem Nahumfeld, in angrenzenden Stadtteilen oder der Umweltbildung nicht. Daher sollten nutzerInnengerech-

¹⁵⁸ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Bericht 2015

¹⁵⁹ Umweltbericht der Landeshauptstadt Hannover, www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Umwelt;
www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Kultur-Freizeit

2.2 ÖFFENTLICHEN RAUM NUTZEN

te **Informationszugänge und -materialien** zu Spiel- und Bolzplätzen, Fitnessangeboten und anderen informellen Sportmöglichkeiten entwickelt werden.

(2.4) Die **Förderung außerschulischer Lernorte**, wie der Waldstation, des Kinderwalds, des Schulbiologiezentrums, von Familienprojekten wie „Lilly und Claudius“ in den Herrenhäuser Gärten oder auch des Stadtteilbauernhofs haben einen hohen Stellenwert für das Naturverständnis von Kindern, Jugendlichen und deren Familien. Sie bieten Möglichkeiten und Angebote für Naturerfahrung, Ressourcenschutz und das Kennenlernen von Natur, Pflanzen und Tieren.

2.3 Mobilität familiengerecht voranbringen

Zielsetzung aus „Mein Hannover 2030“:

- **Gleichberechtigte Teilhabe aller BürgerInnen am gut ausgebauten, erreichbaren, ressourcenschonenden, sicheren und weitgehend barrierefreien Mobilitätsangebot.**¹⁶⁰
- **Ein ausgeglichener Mobilitätsmix**¹⁶¹
- **Stärkung sicherer, umweltfreundlicher und barrierefreier Mobilität**¹⁶²
- **Umsetzung der familienfreundliche Aspekte des Masterplans Mobilität 2025**

Bisherige Umsetzung:

Das Verkehrskonzept Innenstadt Hannover berücksichtigt die Mobilitätsanforderungen aller VerkehrsteilnehmerInnen. Die Erreichbarkeit der Innenstadt sowie eine gute Erschließung mit dem ÖPNV, mit dem Fahrrad, zu Fuß und im Kraftfahrzeugverkehr ist ein wesentlicher Faktor im Zusammenhang mit dem Aspekt „Zeitpolitik im Alltag“.¹⁶³

Die **Unfallzahlen** im Stadtgebiet sind seit 2003 gleichbleibend, aber im Städtevergleich hoch. Gefährdete Gruppen sind, Kinder, RadfahrerInnen und SeniorInnen.

Im Rahmen der **Verkehrssicherheitskampagne „Gib Mir Acht“** werden seit 2011 zahlreiche Bausteine zur Verbesserung der Verkehrssicherheit von Kindern umgesetzt. Bestandteile sind verkehrsregelnde und bauliche Maßnahmen, Verkehrserziehung von Kindern und Kfz-FahrerInnen (Kinderstadtpläne, Broschüren, Spiel Verkehrsmonsterjagd), Geschwindigkeitsüberwachung und Öffentlichkeitsarbeit.¹⁶⁴

In Abwägung der Ansprüche aller Verkehrsarten beinhaltet der Masterplan Mobilität Aspekte der Verkehrssicherheit, Unversehrtheit und sozialer Sicherheit für alle VerkehrsteilnehmerInnen bei der Nutzung aller Verkehrsmittel. Der verkehrsartenübergreifende Ansatz schafft sichere Wege. FahrradfahrerInnen und FußgängerInnen, städtebaulich integrierte, verkehrssichere Anlagen des ÖPNV und die Straßenraumgestaltung, unter Abwägung der Ansprüche aller Verkehrsarten, sichern nutzungs- und umfeldverträgliche Geschwindigkeiten. Das Handlungskonzept zur Verkehrssicherheit setzt die Schwerpunkte in den Bereichen:

- Kontrolle und Überwachung der Geschwindigkeit reduzieren unfallträchtiges Fehlverhalten und erhöhen die Disziplin und die Verkehrssicherheit gezielt.
- Prävention durch zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert für Rücksichtnahme, Respekt und Verantwortung sich selbst und anderen gegenüber.
- Verkehrserziehung in Schulen

¹⁶⁰ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 23

¹⁶¹ Vgl. ebenda

¹⁶² Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 24

¹⁶³ Vgl. Masterplan Mobilität und Leitbild Radverkehr

¹⁶⁴ <http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Mobilit%C3%A4t/Verkehrsplanung-entwicklung/Verkehrssicherheit>

- Die Schwere der Unfallfolgen wird durch die Überwachung von Geschwindigkeiten reduziert.

Zukünftige Planung:

(3.1) Das **Verkehrskonzept Innenstadt Hannover** berücksichtigt die Mobilitätsanforderungen aller VerkehrsteilnehmerInnen. Die Erreichbarkeit der Innenstadt sowie eine gute Erschließung mit dem ÖPNV, mit dem Rad, zu Fuß und im Kraftfahrzeugverkehr ist ein wesentlicher Faktor im Zusammenhang mit dem Aspekt „Zeitpolitik im Alltag“. Besonders wichtig ist es, die Innenstadt durch attraktive Stadträume mit den angrenzenden Stadtteilen zu vernetzen.

Durch **Umgestaltungen** sollen ansprechende, unverwechselbare Stadträume entstehen. Der Radverkehr soll noch **besser ausgebaute Verbindungen** in die Innenstadt und die angrenzenden Stadtteile finden. Der Fußgängerbereich ist durch fußgängerfreundlich gestaltete Übergangsbereiche, unter anderem nach dem **Prinzip des „Shared Space“**, an ausgewählten Orten arrondiert.

Die Trennwirkung von Straßen soll abgebaut und der **Cityring** in allen wichtigen Wegebeziehungen überquerbar werden. Die Vielfalt der Gestaltung und der **Gewinn von Freiflächen** steigern die Aufenthaltsqualität, die soziale Sicherheit und die Integration von Bewegung in den Alltag. Die Bedarfe von Familien nach Abstell-/ Parkflächen für Fahrrad(-anhänger), Roller, Kinderwagen, Rollstühle, Rollatoren werden in die Planungen einbezogen.

2.4 Zusammenleben im Stadtteil gestalten

Zielsetzung aus „Mein Hannover 2030“:

- **Gestaltung einer Kultur des Zusammenlebens und der Verantwortung in den Quartieren gemeinsam mit den BürgerInnen.**¹⁶⁵
- **Unterstützung eines aktiven selbstbestimmten Lebens aller Generationen in Gemeinschaft in den Quartieren bis ins hohe Alter.**¹⁶⁶
- **Förderung einer starken Partizipations- und Beteiligungskultur in allen Bevölkerungsgruppen**¹⁶⁷

Bisherige Umsetzung:

Stadtteilkultureinrichtungen geben in vielfältiger Weise Erst-Impulse, bieten Räume und professionelle Unterstützung, damit Familien (entspannt) Zeit miteinander verbringen können, vielfältige Bildungsmöglichkeiten kennenlernen und sich in ihrem Stadtteil als Familie wertgeschätzt fühlen. Foren, Feste, gemeinsames Frühstück und andere Familienformate für alle Altersgruppen werden bereits gut angenommen und sollen in Kooperation mit weiteren Fachbereichen weiterentwickelt werden.

In den vergangenen Jahren entstanden zunehmend **Initiativen und Projekte in den Stadtteilen**, die ein eigenständiges Leben fördern (zum Beispiel Mehrgenerationenwohnprojekte, Urban Gardening). Der Ansatz der altern(s)gerechten Quartiersentwicklung orientiert sich auf den Auf- und Ausbau der sozialen Infrastruktur, um ein selbstständiges Leben zu unterstützen, Teilhabe zu ermöglichen und die Gesundheit zu fördern. Angesprochen sind alle Generationen.

Zukünftige Planung

(4.1) In einem ausgewählten Quartier soll mit dem **Querschnittsprojekt „Wohnen und Leben im Quartier - soziale und inklusive Quartiersentwicklung“** beispielhaft die soziale Quartiersentwicklung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zielgruppen von Alt und Jung, Familien, MigrantInnen, behinderter Menschen und anderen, erprobt werden. Willkommenskultur und Teilhabeförderung sind Leitgedanken der Projektentwicklung. Neben professionellen Akteuren sollen auch die Seniorennetzwerke eingebunden werden.

(4.2) Für ältere und pflegebedürftige Menschen soll **eigenständiges Wohnen mit technischer Unterstützung** forciert werden. Ältere Menschen möchten, trotz Einschränkungen,

¹⁶⁵ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 11 Ziele

¹⁶⁶ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 43 Ziele

¹⁶⁷ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 39 Ziele

ihren Alltag möglichst allein bewältigen, indem sie von Angehörigen, Nachbarn, Dienstleistern und dem Kommunalen Seniorenservice Hannover unterstützt werden.

Die Landeshauptstadt Hannover bietet Information und Beratung zu technischen Unterstützungssystemen in den Senioren- und Pflegestützpunkten an. Es gibt heute zahlreiche technische Möglichkeiten und Dienstleistungen, die den Alltag erleichtern und für mehr Sicherheit sorgen. Zudem ist ein Handbuch erhältlich „Wohnen mit technischer Unterstützung: Einsatzfelder-Geräte-Kosten“.

(4.3) **Alten- und Pflegezentren sollen als Teil des Quartiers** stärker wahrgenommen werden. Für eine Quartiersentwicklung ist es förderlich, dass sich viele Pflegeheime auch nach außen öffnen. Das gelingt durch Begegnungsangebote oder das Bereitstellen von Räumlichkeiten für Vereinszwecke, Info-Veranstaltungen oder als Ort für ein Repaircafé¹⁶⁸. Anbieter von Sozial- und Gesundheitsleistungen sind gut beraten, sich in die Entwicklungsprozesse im Quartier einzubringen und als Gestaltungspartner mitzuwirken bei der Ermittlung der Versorgungsbedarfe und der Schaffung einer angemessenen Versorgungsinfrastruktur.

(4.4) Hannover wächst. Gleichzeitig wird deutlich, dass nicht nur neu Zugezogene, sondern auch schon länger hier Lebende zum Teil wenig Kenntnis darüber haben, welche Angebote es in Hannover oder ihrem Stadtteil gibt. „**Begrüßungsspaziergänge**“ sollten daher etabliert werden. Allen NeubürgerInnen, die in den letzten neun Monaten in einen Stadtteil /einen Stadtbezirk gezogen sind, soll eine Einladung zugesandt werden. Von einem Treffpunkt startet ein gemeinsamer begleiteter Rundgang zum Kennenlernen des Stadtteils. Dabei können auch Begegnungsorte und Stadtteilprojekte vorgestellt werden.

(4.5) Ein **Willkommensgruß für Neufamilien** könnte schon bei der Anmeldung im Bürgeramt erfolgen, gegebenenfalls in Kooperation mit städtischen Töchtern wie enercity und Üstra.¹⁶⁹

(4.6) In Stadtteilen mit einem hohen Anteil an neuer Zuwanderung und mit Blick auf die Entwicklung der Sozialstruktur sollte überprüft werden, ob **Gemeinwesenarbeit** die Integration befördern kann.

(4.7) Gerade Familien vermissen häufiger nicht ausschließlich auf Kommerz ausgerichtete Freizeit- und Kulturerlebnisse. So werden die **familien- und kinderfreundlichen Angebote auf dem Weihnachtsmarkt in der Innenstadt** sehr begrüßt: sowohl die Weihnachtsbäckerei wie auch die Märchenerzählerin sind sehr beliebt. Es sollte überprüft werden, wie diese Bausteine erweitert werden können.

¹⁶⁸ Im Zuge der Nachbearbeitung der Familienkonferenz Nordstadt entwickelte sich eine Initiative für ein Repaircafé, auch in der Posthornstraße gibt es das Posthorn-Repaircafé.

¹⁶⁹ Vgl. Familiengutachten der Prognos AG 2008 Pkt. 5.2.2

(4.8) In vielen Quartieren tragen die **Wochen- und Bauernmärkte** trotz starker Konkurrenz durch den stationären Einzelhandel durch ihre Aufenthaltsatmosphäre zur Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens bei.

Die Verwaltung plant ab 2016 eine **dreijährige Kampagne, um die Märkte zu stärken** und in ihrer Existenz zu stabilisieren.

Neben der Versorgung mit regionalen Waren und frischen Lebensmitteln ist der Marktplatz in vielen Bezirken ein **kommunikativer Treffpunkt** der zur Attraktivität eines Stadtteils beiträgt.

2.5 Bildung, Betreuung und Kultur an der Lebensbiographie orientieren

Zielsetzung aus „Mein Hannover 2030“

- Gewährleistung einer integrierten und nachfragegerechten Bildungsinfrastruktur, die die individuelle Bildungsbiografie unabhängig von der Herkunft in den Mittelpunkt stellt und Vielfalt zur städtischen Identität macht.¹⁷⁰
- Bildung für alle von der Kindertagesstätte bis ins Erwachsenenalter - Unterstützung von lebenslangen und –begleitenden Lernprozessen.¹⁷¹
- Individuellen Bildungsbiographien und -interessen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sind Ausgangspunkt für Lern- und Bildungsprozesse.
- Hohe Planungssicherheit und Entlastung von Zeitnöten für Familien
- Förderung von Bildung und bürgerschaftlichen Engagement für nachhaltige Entwicklung, den nachhaltigen Konsum und nachhaltige Lebensstile¹⁷²
- Zur aktiven Teilhabe und Selbstorganisation können Jugendliche und junge Erwachsene auf vielfältige und wirkungsvolle Bildungs-, Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zugreifen.¹⁷³

Bisherige Umsetzung:

Der **Ausbau der Kinderbetreuung** ist weiter vorangeschritten. Der Bestand für Betreuungsangebote von Kindern im Alter von null bis neun Jahren wurde innerhalb eines Jahres um 598 Plätze ausgebaut. Der Bevölkerungszuwachs in dieser Altersgruppe betrug im gleichen Zeitraum 879 Kinder. Es wurden im Jahr 2014 für unter Dreijährige 274, für drei- bis Fünfjährige 99, und für Sechs- bis Neunjährige 22 neue Kita- und Hort-Plätze geschaffen. Der Ausbau wurde im November 2015 fortgeschrieben.¹⁷⁴

Der **Schwerpunkt in der Schulkinderbetreuung** liegt auf dem Ausbau der Ganztagschule. Im ersten Schulhalbjahr 2014/2015 nutzten das Angebot 5.878 Grundschulkinder. Das Angebot wurde ergänzt um ein Ferienangebot.

¹⁷⁰ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 31 Ziele

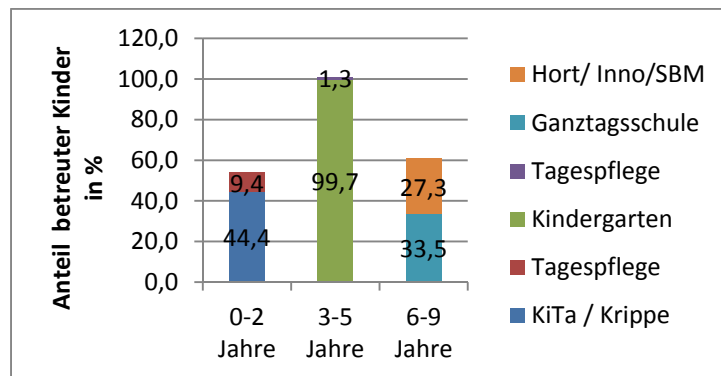
¹⁷¹ Vgl. ebenda Seite 32 Individuelle Bildungsbiographien in den Mittelpunkt stellen!

¹⁷² Vgl. ebenda Seite 14 Ziele

¹⁷³ Vgl. ebenda Seite 48 Ziele

¹⁷⁴ Vgl. hierzu Drucksache Ausbau der Kinderbetreuung; „Hannover bleibt am Ball Drucksache Nr. 0785/2014; Fortsetzung des Ausbaus der Kinderbetreuung Drucksache Nr. 2562/2015

Betreuungsquote 2014



Die Betreuungsquote über 100 % resultiert aus der Betreuung von Zwei- und Sechsjährigen sowie vereinzelt von auswärtigen Kindern.

Im Jahr 2014 wurden außerdem die Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen weiter ausgeweitet. 95,7% der Kinder können ein Dreiviertel- und Ganztagsbetreuungsangebot nutzen; fünf Einrichtungen öffnen zwölf Stunden.¹⁷⁵

Mit dem **Rut-Bahlsen-Zentrum** wurde 2011 nicht nur eine inklusive Kindertageseinrichtung, sondern auch ein Beratungszentrum für Inklusion im Stadtgebiet eröffnet.¹⁷⁶

Im September 2014 nahm die **24-Stunden-Notfallbetreuung „Fluxx“ für Kinder** ihre Dienste auf. Mit ca. 600 Beratungsanfragen und 180 Betreuungen im ersten Jahr trägt sie zur Entlastung insbesondere von berufstätigen und alleinerziehenden Eltern bei. Ab April 2016 startet die Betreuung von pflegenden Angehörigen im Betreuungsnotfall.¹⁷⁷

Vom Rat der Landeshauptstadt Hannover wurde die Verwaltung beauftragt, ein **zentrales Anmeldesystem für Kinderbetreuungsplätze** und für eine **zentrale Ferienbörse** umzusetzen.¹⁷⁸

Zukünftige Planung:

(5.1) Krippen, Kindergärten und Kindertagespflege

(5.1.1) Für den Ausbau von Krippen und Kindergärten hat die Landeshauptstadt Hannover das Ausbauprogramm für Krippen- und Kindergartenkinder „Hannover bleibt am Ball“ aufgelegt¹⁷⁹. Vorläufiger Zielwert wäre eine Betreuung von 65% der Ein- und Zweijährigen. So sollen innerhalb des Zeitraums 2014 bis 2017/2018 weitere 900 Plätze im Krippen- und 500 im Kindergartenbereich geschaffen werden.

Mit der Steigerung der Platzzahl steigt auch die Flexibilität für die unterjährige Aufnahme

¹⁷⁵ Vgl. Kindertagesstättenbericht 2015

¹⁷⁶ Film NIFBE: „Selbstverständlich unterschiedlich!“ Inklusion in der Kindertageseinrichtung – Rut-Bahlsen-Zentrum

¹⁷⁷ Vgl. Drucksache Nr. 0652/ 2014 Notfallbetreuung für Kinder und pflegende Angehörige

¹⁷⁸ Vgl. Drucksachen Nr. 2618/2012 und Nr. 2593/2012 Zentrales Anmeldesystem für Kinderbetreuung, Drucksache Ferienbörse Nr. H 0103/2015

¹⁷⁹ Vgl. Drucksache Nr. 2562/2015 Fortsetzung des Ausbaus der Kinderbetreuung „Hannover bleibt am Ball“

sowie der Übergang in eine Betreuungseinrichtung. Ziel ist der Wechsel mit dem dritten Lebensjahr.

(5.1.2) Die Landeshauptstadt Hannover schreibt den **Ausbau von integrativen Betreuungsangeboten** fort. Sie wird begleitet durch die Fach-AG nach § 78 SGB VIII „Regionale Vereinbarung“ (Planungsabstimmung mit freien Trägern der Jugendhilfe). Sie prüft unter anderem die gesetzlichen und länderspezifischen Vorgaben und Regelungen auf die Realisierungsmöglichkeiten für eine „inklusive“ Teilhabe. Ziel für die kommenden Jahre ist die Entwicklung eines hannoverschen Gesamtkonzeptes zur inklusiven Betreuung von Kindern zwischen einem und zehn Jahren.

(5.1.3) Für Elterninitiativen wird durch die Re-Finanzierung von Früh- und Spätdiensten eine sukzessive **Verbesserung der Betreuungszeiten in Elterninitiativen** angestrebt.

(5.1.4) **Mit der Qualitätsinitiative „Kindertagespflege“** soll eine zufriedenstellende und transparente Qualität der Betreuungsform „Kindertagespflege“ unter den Förderaspekten Betreuung, Bildung und Erziehung ausgebaut werden. In Hannover werden ca. 1.100 Kinder, davon ca. 900 unter 3 Jährige, in Kindertagespflege betreut. Mit der rechtlichen Gleichstellung der Kindertagespflege zur institutionellen Kinderbetreuung im Jahr 2013, wurde die Kindertagespflege aufgewertet. So haben Eltern mit Einführung der Satzung zum 01.08.2013, unter finanziellen Gesichtspunkten eine echte Wahlmöglichkeit zwischen der institutionellen Betreuung und der Kindertagespflege. Mit der formalen Gleichstellung der Tagespflege geht eine steigende qualitative Leistungserwartung der Eltern einher.

Seitens des Familien-Service-Büros ist geplant, durch eine **Elternbefragung** die von den Eltern empfundenen Vor- und Nachteile der Kindertagespflege aufzuzeigen, um einerseits Verbesserungspotentiale festzustellen und daraufhin die Qualität weiterzuentwickeln. Andererseits geht es darum, Vorteile der Kindertagespflege aufzuzeigen und in der Öffentlichkeit positiv darzustellen.

Ein differenzierteres Eignungsüberprüfungsverfahren sowie die Anhebung der allgemeinen Standards sollen dafür sorgen, dass neue Tagespflegepersonen das gewünschte Qualitätsniveau anbieten können. Außerdem soll auch die Häufigkeit der Hausbesuche erhöht werden. Des Weiteren ist geplant die Vernetzung der Tagespflegepersonen untereinander anzuregen und zu begleiten.

(5.2) Ganztagschulen und Schulkinderbetreuung

(5.2.1) Bis zum Schuljahr 2017/ 2018 sollen 73% der Grundschulen zu einer **Ganztagschule ausgebaut** werden. Zum Schuljahr 2015/2016 bieten 33 von 61 Grundschulen ein kostenfreies Ganztagsangebot, plus Ferienbetreuung, Mittagessen und Hausaufgabenhilfe an. Bis einschließlich Schuljahr 2017/2018 gehen weitere 11 Grundschulen in den Ganztagsbetrieb,

damit wäre eine Quote von 73 % erreicht. Die Qualitätsentwicklungsprozesse mit Eltern zeigen eine steigende Zufriedenheit und Akzeptanz des Angebotes.¹⁸⁰

(5.2.2) Ziel für die Betreuung, Bildung und Erziehung von Schulkindern ist eine mittel- und langfristige **Zusammenführung von Horten und Ganztagschulen**. Es wird ein Rahmenkonzept entwickelt, auf dessen Grundlage ein auf den jeweiligen Standort zugeschnittenes Ganztagsangebot konzipiert wird.

(5.3) Übergänge und Zusammenarbeit gestalten

(5.3.1) Mit Entwicklung der **Bildungsregion** wird die Zusammenarbeit der lokalen Bildungsakteure koordiniert und organisiert. Bildungsakteure kommen sowohl aus dem Bereich der formalen Bildung (Schule), als auch aus dem breiten Spektrum der informellen und kulturellen Bildung.

Es geht darum, anlass- und bedarfsorientiert Netzwerke zu aktivieren, oder zu installieren. Dabei kann auf bestehende Arbeitszusammenhänge zurückgegriffen werden, es können aber auch neue Netzwerke entstehen. Wesentlich ist, dass die Netzwerke nicht grundsätzlich als statische Dauereinrichtung eingerichtet werden, sondern das flexibel auf aktuelle Themen und Herausforderungen gemeinsam reagiert werden kann. Diese Ausrichtung soll für externe BildungspartnerInnen und Akteure etabliert, aber auch innerhalb der Stadtverwaltung sollen die jeweiligen Fachbereiche aufeinander bezogen agieren.

Ziel für alle Beteiligten soll sein, den jeweils individuell definierten Bildungserfolg erreichbar werden zu lassen.

Die Koordination, aber vor allem die Kommunikation wird zukünftig über das gemeinsam über das Land Niedersachsen und der Landeshauptstadt Hannover finanzierte Bildungsbüro erfolgen.

Das **Bildungsbüro** wird folgende Aufgaben wahrnehmen:

1. Beratung

Hier geht es um die Themen: Bildungslandschaft der Landeshauptstadt Hannover; welches individuell definiertes Bildungsziel habe ich, wo und wie kann ich es erreichen, welche Angebote gibt es, welche (finanziellen) Unterstützungen gibt es. Die Beratenden greifen in der Beratung auch auf bestehende Beratungsangebote zurück, d.h. sie vermitteln die Ratsuchenden an bestehende Beratungseinrichtungen

2. Koordination und Aktivierung von Netzwerken (siehe vorher gehende Erläuterungen)

3. Geschäftsführung des Bildungsbüros und des Bildungsbeirates: Der Bildungsbeirat soll die VertreterInnen der unterschiedlichen Bildungsakteure temporär zusammen bringen, um zum einen den Kontakt und das Wissen umeinander zu fördern und um zum anderen Impulse für die Entwicklung der Bildungsregion zu geben.

¹⁸⁰ Vgl. Drucksache Nr. 2120/2013 Qualitätsentwicklung im Ganztagsbetrieb

(5.3.2) Das **Projekt „Brücken bauen“** soll dafür sorgen, dass der Übergang vom Kindergarten zur Schule nicht zu einem belastenden Bruch im Selbstbild des Kindes wird und ein guter Start in eine neue Lernphase gelingen kann. Der Bereich 51.4 plant einen Modellversuch an Pilotstandorten. Auf der Basis eines gemeinsamen Bildungs- und Lernverständnisses, das sich an den Stärken, Interessen und Ressourcen von Kindern orientiert, soll anhand von Übergangsszenarien und –erfahrungen ein Handbuch entstehen, um den Transfer auch auf andere Standorte zu begünstigen.

(5.3.3) Das **Projekt HÜM** (Hannoversches Übergangsmanagement) begleitet Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schule beim Übergang in die Ausbildung, bzw. berät in der Frage, wie es grundsätzlich nach dem Schulabschluss weitergehen soll. Hier kooperiert die Landeshauptstadt bereits mit verschiedenen Bildungsträgern, die sich ebenfalls um die Gestaltung des Übergangs von Schule und Beruf kümmern.

Ein weiterer Baustein in diesem Kontext ist die Gründung einer **Jugendberufsagentur**. Hier bieten zukünftig die Arbeitsagentur, das Jobcenter und die Jugendhilfe eine aufeinander abgestimmte Beratung für junge Menschen an.

(5.3.4) Unter der Überschrift „Integration von Anfang an“ wird eine **Strategie zur Bildung, Begleitung und Integration von Kindern und Jugendlichen bis 27 Jahren und ihren Familien entwickelt**.

Die Strategie beinhaltet einen Handlungsansatz für **Kinder- und Jugendliche und deren Familien mit Fluchterfahrungen** und jugendlichen **MigrantInnen, deren Integration in das Bildungssystem und die Gesellschaft nicht oder unzureichend** gelungen ist.

Es werden Schnittstellen zwischen unterschiedlichen Bildungsangeboten identifiziert, sowie geeignete ineinandergreifende Strukturen und Maßnahmen entwickelt, geplant und koordiniert, zum Beispiel die langfristige Zusammenführung der Horte mit Schulstandorten, der Ausbau geeigneter Formen der Kinderbetreuung, die Einrichtung oder Nutzung von Elterncafés, Familienzentren oder anderer Elternbildungsangebote, die Integration des Kinderschutzes, die Förderung und zentrale Steuerung/ Unterstützung bei der Suche nach Kinderbetreuung und Schulplätzen sowie die Kontrolle der Schulpflichterfüllung.

(5.4) Freizeit, Kultur und demokratische Teilhabe

(5.4.1) Jugendliche sind die häufigsten NutzerInnen des öffentlichen Raumes. Die Jugendpolitik soll daher stärker in der Kommunalpolitik, verankert werden. Dies ist Teil des Antrages zur Teilnahme am **BMBF Programm „Jugendgerechte Kommune“**. Bedarfe von Jugendlichen sollen direkter kommuniziert werden können. Innerhalb der kommenden drei Jahre werden neben vorhandenen Programmen wie Demokratie leben oder „Pimp your town“, weitere spezifische Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten sowohl lokal, wie auch stadtweit entwickelt, erprobt und ggfs. übertragen. Der Antrag der Landeshauptstadt Hannover wurde positiv beschieden.

(5.4.2) Eine „**Demokratie-App**“ zu **lokalen politischen Themen** ermöglicht die Wissensvermittlung für SchülerInnen, junge Erwachsene und MigrantInnen in Lektionen mit anschließender Diskussion. Die Vermittlung soll vor allem spielerisch, schriftlich, bildlich, mit Pop-ups und Videoclips veranschaulicht werden und Interesse wecken. In späteren Lektionen können aktuelle gesellschaftliche Themen mit Medienausschnitten und Infos hinzugefügt werden.

Effektiv wäre die Gewinnung von engagierten lokalen PolitikerInnen, die sich an bestimmten Zeiten in Chats zuschalten und auf Augenhöhe mit diskutieren. Das Ziel ist die Schaffung einer sachlichen und vernünftigen Basis zum Thema Politik, um sich aktiv und konstruktiv ein zu mischen. Die App kann in verschiedenen Sprachen ausgeführt werden.

(5.4.3) **Eine interaktive Polit-Rallye** soll mit Hilfe von Tablets selbstständiges Lernen fördern. Sie greift methodisch und didaktisch die Interessen und Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf. Interaktive, spannende und zeitgemäße Spielmöglichkeiten mit digitalen Medien erreichen auch Menschen mit Sprachdefiziten oder geringer politischer Bildung.

Die Rallye soll für verschiedene Altersgruppen (Kinder, Jugendliche und Erwachsene) konzipiert werden und an deren Wissen und kognitive Leistungsfähigkeiten angepasst werden, jeweils in altersgerechtem Design. Komplizierte Wörter werden per Klick in unterschiedliche Sprachen übersetzt, Schlüsselbegriffe in einfachem Deutsch erklärt (Kurze Videos, Comics oder Zeichentrickfilme sind zur Erklärung auch denkbar).

(5.4.4) Mit einer „**Stadtrallye mal anders**“ sollen Kinder mit Seh- und Hörbehinderung mit dem Bürgermeister ihre Sicht auf die Stadt diskutieren. Diese Ergebnisse sollen ein Baustein für Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge für eine behindertenfreundliche Stadt aus Sicht von Kindern und Jugendlichen sein.

(5.4.5) Eine familiengerechte **Ausstattung in den Einrichtungen der Stadtbibliothek** Hannover durch bequeme Sitzmöbel und „Chill“-Bereiche für Eltern und Kinder würden die Attraktivität und die Anschlussfähigkeit an moderne Entwicklungen unter anderem im Medienbereich stützen, z.B. 3-D-Druckern, Tablets und Bibliotheken weiter zu Treffpunkten und Austauschorten von Wissen und Fähigkeiten entwickeln. Dazu zählen ein Veranstaltungsprogramm mit Lesungen, Bilderbuchkino oder Vorträgen und die Beibehaltung bewährter Aktionen wie der Jugendbuchwoche, des Programms Babys in Bibliotheken“ oder des Sommerleseclubs.

Die bibliothekarischen Dienstleistungen der **Stadtbibliothek** Hannover spiegelt für viele Menschen die Familienfreundlichkeit der Landeshauptstadt. Doch nicht allein die Bereitstellung von, sondern auch die Teilhabe an der Bestellung von Medien für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sichert auch künftig ein attraktives Angebot an Büchern, Print- und elektronischen Medien, auch in verschiedenen Sprachen oder onlinebasiert.

(5.4.6) Das sehr erfolgreiche **KinderKulturAbo** für Grundschulen und für Familienzentren ist ein bewährtes nachhaltiges Angebotsformat, um möglichst viele Kinder und ihre Eltern zu erreichen und Ihnen die Vielfalt an kultureller Bildung zu vermitteln. Neben diesem Format soll die „**FaCard**“ - eine Familienkulturkarte, unter dem Motto „Steig ein, mach mit“ - entwickelt werden, die es Familien ermöglicht, kulturelle Veranstaltungen im Stadtteil aber auch stadtweit 12 Monate lang günstig zu besuchen. Ähnlich wie für das KulturAbo an Grundschulen, soll es ganz unterschiedliche Formate und vielfältige Angebote geben, die sich an den Interessen von Familien orientieren und mit verschiedenen Partnern (Stadtteilkultureinrichtungen, KünstlerInnen, u.a.) entwickelt werden.

(5.4.3) Familien sehen die Schließzeiten von Spielparks und Jugendzentren an Wochenenden und in den Nachmittags- und frühen Abendstunden kritisch. Mit der steigenden institutionellen Ganztagsbetreuung entstehen neue Zeitbedarfe. Der Bereich offene Kinderarbeit wird ein **Nutzungskonzept** entwickeln, dass die veränderten Zeittakte von Kindern, Jugendlichen und Familien, auch an **Wochenenden**, aufgreift.

(5.4.4) Die **Förderung außerschulischer Lernorte zur nachhaltigen Bildung** (siehe Kapitel 2.4)

2.6 Gesundheit und Bewegung fördern

Zielsetzung aus „Mein Hannover 2030“:

- Eine moderne, bedarfsorientierte und barrierefreie Sportinfrastruktur, auch für Familien.¹⁸¹
- Attraktive, gut vernetzte Sportvereine, die Ort für die ganze Familie und ein starkes ehrenamtliches Engagement sind.¹⁸²
- Ein ganzheitlicher „Sportraum“ der allen Zugang zu Sport und Bewegung ermöglicht und die Teilhabe aller – auch im Sinne der Inklusion- fördert.¹⁸³

Bisherige Umsetzung:

Die **Sportentwicklungsplanung** greift Aspekte von Sport und Bewegung für und mit Familien auf.

Die Landeshauptstadt Hannover bietet über den Kommunalen Sozialdienst und die Erziehungsberatungsstelle **kostenfreie Beratung und Begleitung für Eltern in Trennungssituationen** an

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wird maßgeblich durch die familiäre Situation beeinflusst. Kinder leiden besonders darunter, wenn es zu Gewalt in der Familie kommt. Der Fachbereich Jugend und Familie und die Gleichstellungsbeauftragte haben in ihrer Arbeit zur häuslicher Gewalt den Fokus auf die Situation von Kindern und Jugendlichen gelegt.¹⁸⁴

Zukünftige Planung:

(6.1) Um die Eigenständigkeit und Selbstorganisation von Familien qualitativ und strukturell zu unterstützen und Hannover als **Familien-Sportstadt** zu etablieren, sollen **Multiplikatoren für Sport** bereits im Bereich Kita mit sportbezogenen Themen ansetzen. Hier können die Bedeutung von Sport für die Familie, der Stellenwert des Sports für die Entwicklung des Kindes sowie der Gesundheitsaspekt unmittelbar erfahren werden. Eltern können bei der Organisation von Sportfesten einbezogen werden und bekommen Impulse für die eigene Freizeitgestaltung.

(6.2) In den Fokus des **Sportentwicklungsplans 2016** gerückt werden sollen unter anderem generationsübergreifende/ -verbindende Sportangebote (auch außerhalb von Sportvereinen),

¹⁸¹ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 27 Ziele

¹⁸² Vgl. ebenda

¹⁸³ Vgl. ebenda

¹⁸⁴ Broschüre "Qualitätsstandards der Hilfe und Unterstützung für die einzelnen Familienmitglieder bei häuslicher Gewalt/ Partnerschaftsgewalt" und die Fachveranstaltung "Häusliche Gewalt betrifft die ganze Familie. Strategien im Umgang mit häuslicher Gewalt aus Sicht der einzelnen Familienmitglieder".

Angebote für Eltern mit Kinderbetreuung, parallel stattfindende Angebote für Eltern und Kinder, zeitlich flexible Angebote, Familiensporttage, Patenschaften durch Ehrenamtliche für Familien, die aus beruflichen Gründen ihr Kind nicht zum Sportverein bringen können, Flohmarkt Sportausrüstung: insbesondere für Familien, die wirtschaftliche Probleme haben, Integration von Sportgelegenheiten in Alltagssituationen und -umgebungen (z.B. temporäre Spielstraße, Materialstationen für spontanes, gemeinsames Sporttreiben, grüne Sportflächen, Sport am Bau) sowie eine quartiersnahe Grundversorgung (Kita, Schule, Sportmöglichkeiten, Einkaufen).

(6.3) Um die Nutzung von öffentlichen Grünflächen und Spielplätzen als Sportraum zu ermöglichen, könnten diese **Standorte attraktiver** gestaltet werden. Geprüft werden sollte, inwieweit Bedarf und Interesse auch hier an einem Training unter gezielter Anleitung besteht (zum Beispiel über die VHS oder ehrenamtliche TrainerInnen).

Zu prüfen wäre, wie **Begegnung und Bewegung auch quartiersnah** im öffentlichen Raum optimaler gewährleistet werden kann. Etwa durch überdachte Bereiche auf Spielplätzen oder der kindgerechten Gestaltung von Wegen, Mauern und natürlichen Barrieren so dass Raum zum Klettern, Springen und Laufen besteht. Auch könnte eine Öffnung der Spielparks an Wochenenden diesem Wunsch entsprechen.

(6.4) Mit der Umbenennung / Kennzeichnung des **Vahrenwalder Bads zum Familienbad** würde ein sichtbares Zeichen gesetzt.

(6.5) Das **Beratungskonzept über internetbasierte Medien der bke-online-Beratung** bedarf eines weiteren Ausbaus. Trotz des bereits vorhandenen Angebots an Beratungsstellen, melden Fachkräfte einen hohen Bedarf von Familien in schwierigen Lebenslagen, insbesondere in Trennungs- und Scheidungssituationen, in erzieherischen Krisensituationen zu Verhaltensfragen oder bei Vermittlung/ Weiterleitung in andere Hilfsangebote sowie bei der Einleitung von erzieherischen Hilfen innerhalb und außerhalb der Familien.

(6.6) Erweitert werden soll zudem das **Kursangebot „Kinder im Blick“** bei dem Eltern in Trennungssituationen einen stressfreieren Umgang mit typischen Konfliktsituationen trainieren.

(6.7) Die Kooperation des Fachbereichs Jugend und Familie und der Gleichstellungsbeauftragten zur Situation von Kindern und Jugendlichen, die im häuslichen Kontext Gewalt erlebt haben, und zu Häuslicher Gewalt und deren Auswirkungen auf Familien wird im Rahmen des **HAnnoverschen Interventions Programms gegen (Männer)Gewalt in der Familie (HAIP)** fortgesetzt."

2.7 Vereinbarkeit Beruf und Familie unterstützen

Zielsetzung aus „Mein Hannover 2030“

- Förderung von Aktivitäten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Arbeitsmarktintegration¹⁸⁵
- Unterstützung von partnerschaftlicher Aufgabenverteilung von Familiensorge und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern.
- Die Stadt als Arbeitgeberin etabliert ein integriertes Personal-, Organisations- und Gesundheitsmanagement.¹⁸⁶
- Förderung der lebenslauforientierten Berufsbiographie von Eltern und Jugendlichen.

In allen Bereichen, insbesondere der Stadtentwicklung und der Jugend- und Sozialpolitik, ist **Zeitpolitik ein integraler Bestandteil** der fachbezogenen Arbeit. Bereits 1997 beschäftigte sich die Landeshauptstadt Hannover im Rahmen des Forschungsprojektes „Zeiten der Stadt“ der Universität Hamburg mit den Zeitaspekten im Stadt- und Regionsgebiet. In der Summe seiner Maßnahmeteile wird in Hannover deutlich, dass das fachbezogene Handeln durch ein zeitbewusstes Denken begleitet wird, unter anderem bei der **Synchronisation von Zeittakten** oder mehr **Zeitsouveränität**¹⁸⁷. Die Wechselwirkungen von institutionenbezogenen Abläufen, zum Beispiel Service-, Öffnungs-, Wege- und Arbeitszeiten, auf das Zeitbudget werden aber nicht systematisch erfasst.

Die Landeshauptstadt Hannover ist nicht nur selbst ein **Vorbild als Arbeitgeberin**. Sie bietet mit dem Familienmanagement anderen Unternehmen in Hannover auch **eine Anlauf- und Lotsenstelle zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie** und zu Fragen der Kinderbetreuung

Bisherige Umsetzung:

Zahlreiche der **(über-)regional initiierten Veränderungen** der letzten Jahre wirken auf die Zeitressourcen von hannoverschen Familien. Dazu zählt unter anderem die Verbesserung des hannoverschen Nahverkehrssystems und dessen Taktzeiten, die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder vom ersten bis zum fünften Lebensjahr sowie die Einführung des neuen (Familien-) Pflegezeitgesetzes und des Elterngeldes (plus). Nicht immer sind solche neuen Taktgeber mit laufenden Angeboten synchronisiert, z.B. Öffnungszeiten in Freizeiteinrichtungen, Spiel-parks oder Sportangeboten. Zudem befördert die Landeshauptstadt Hannover mit ihrem Gewerbeflächenkonzept den Erhalt wohnungsnaher Arbeitsplätze.

¹⁸⁵ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 59 Arbeit und Beschäftigung fördern

¹⁸⁶ Vgl. ebenda

¹⁸⁷ Vgl. Drucksache Nr. 1583/2010 Öffnungszeiten in 5 Kindergärten

Die Landeshauptstadt **Hannover** nutzte auch **ihre Möglichkeiten** und finanzierte eine Reihe an Leistungen, die die Synchronisation von Taktzeiten zum Ziel hatten. So wurde zum Beispiel der Anteil von Betreuungsplätzen mit einer Betreuungszeit von mehr als sechs Stunden täglich auf eine Quote von 95% gehoben,¹⁸⁸ 54% der Grundschulen wurden bisher zu Ganztagschulen¹⁸⁹ ausgebaut, die flächendeckende Notfallbetreuung Fluxx¹⁹⁰ nahm 2015 ihre Aktivitäten auf (ab 2016 auch für unterstützungsbedürftige Angehörige). Darüber hinaus wurde eine Anlaufstelle zu Betreuungsfragen mit dem Familienservicebüro geschaffen, die Informationsmöglichkeiten für Familien wurden mit entsprechenden Online-Angeboten systematisiert und gebündelt, der „Familienkompass“ und „Der kleine Geldbeutel“ erscheinen regelmäßig und das E-Government konnte ausgeweitet werden. Das Bürgeramt öffnet sonabends, ebenso wie die Bibliotheken.

Die **Landeshauptstadt Hannover** hat sich als **familienfreundliche und –bewusste Arbeitgeberin** aufgestellt. Eine fachbereichsübergreifende Steuerungsgruppe entwickelt und koordiniert die strategische und strukturelle **Weiterentwicklung einer familienbewussten Personalpolitik**. Bereits seit 1986 engagiert sie sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie schuf als erste Kommune in Niedersachsen die Stelle für eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte. Und seit 1999 sind die Regelungen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Geschlechter Bestandteil der städtischen Gleichstellungsrichtlinien und wurden mit dem Total Equality Zertifikat anerkannt.

Das Referat für Frauen und Gleichstellung widmet **Vätern** eine besondere Aufmerksamkeit. Ziel ist es die in der Landeshauptstadt Hannover beschäftigten Väter für die Übernahme von mehr Familienarbeit zu gewinnen - also mehr Väter zu ermutigen (länger) Elternzeit zu nehmen oder eben auch im Anschluss an die Elternzeit Teilzeit zu arbeiten. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen soll unterstützt werden.¹⁹¹ Maßnahmen sind z.B. die Broschüre "... Vater sein dagegen sehr!" und die jährliche Väterfreizeit "Los Papa!". "

Die Landeshauptstadt Hannover kooperiert seit 2014 im bundesweiten **Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“**. Ein wesentlicher Meilenstein im Jahr 2015 war die Unterzeichnung der strategischen Leitlinien zur familienbewussten Personalpolitik. Zudem können hannoversche Unternehmen mit dem Familienmanagement eine **Anlaufstelle** zur Orientierung und **Information zu Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie** und zur Kinderbetreuung in Anspruch nehmen.

Darüber hinaus engagiert sich die Landeshauptstadt auch im Rahmen ihrer Wirtschaftsförderung und Familienpolitik in mehreren Netzwerken für eine familienbewusste Zeitpolitik. 2014 haben die Agentur für Arbeit, der DGB Niedersachsen – Region Mitte, die hannover-impuls GmbH, die Industrie- und Handelskammer Hannover, die Landeshauptstadt Hannover und die Region Hannover die **Fachkräfteallianz für das Regionsgebiet**¹⁹² gegründet. Die Präambel legt fest, „Impulse in strategischen Handlungsfeldern und Schwerpunkten für die Wei-

¹⁸⁸ Vgl. Drucksache Nr. 07855/2014 „Hannover bleibt am Ball“ Fortsetzung Ausbau der Kinderbetreuung; Drucksache Nr. 0652/2014

¹⁸⁹ Vgl. Drucksache Nr. 2120/2013 Ausbau der Qualität in Ganztagsgrundschulen, Drucksache Nr. 0373/2015 Ausbau Qualitätsentwicklung an hannoverschen Ganztagsgrundschulen

¹⁹⁰ Vgl. Drucksache Nr. 0652/2014 Notfallbetreuung für Kinder

¹⁹¹ Vgl. "EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Aktionsplan der Landeshauptstadt Hannover" und die Maßnahme 3.1.3 "Väter in Verantwortung".

¹⁹² Präambel der Fachkräfteallianz September 2014

terentwicklung von Maßnahmen und Projekten zu setzen (so auch bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie)¹⁹³ und in Abstimmung mit PartnerInnen Lösungswege für deren Umsetzung aufzuzeigen“.

Die Landeshauptstadt kooperiert in weitere stadtweiten Netzwerke mit dem Ziel der Vereinbarkeit Beruf und Familie, dem **Netzwerk familienfreundliche Hochschulen**, dem **Bundesprojekt „Stark für den Beruf“** - Berufseinstieg für Mütter mit Migrationshintergrund sowie dem **regionalen Netzwerk für Alleinerziehende**. Die neuen **Beratungs- und Informationsangebote des Jobcenters** in den Familienzentren und Stadtteilen haben in dieser Netzwerkarbeit unter anderem ihre Wurzeln. Auf Bundesebene wirkt die Stadt im Großstadtnetzwerk der **lokalen Bündnisse für Familien** mit.

Zukünftige Planung:

(7.1) Die Landeshauptstadt als ArbeitgeberIn verfolgt im Wesentlichen folgende strategische Handlungsfelder

- **Unternehmens- und Führungskultur mit dem** Ziel einer wertschätzenden und familienbewussten Verwaltungs- und Unternehmenskultur, die Diversität fördert und Führungskräfte für die Umsetzung einer guten Vereinbarkeitskultur stärkt und sensibilisiert.
- **Flexible Arbeitsmodelle**, deren wichtigste Bausteine die weitere Flexibilisierung von Arbeitszeit und –ort sowie die Einrichtung einer zentralen „Clearingstelle Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ (Unterstützung/Beratung einzelner Beschäftigter) sind.
- **Mehr Service für Familien mit dem** Ziel, noch stärker spezifische Bedürfnisse der Beschäftigten zu ermitteln und bedarfsgerechte Lösungen entwickeln und anzubieten. Schwerpunkt ist aktuell die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Seit Ende 2015 gibt es von der LHH einen Leitfaden sowie Info-Veranstaltungen für pflegende Angehörige. **Lebensphasenorientierte und geschlechtergerechte Personalentwicklung** mit dem Ziel der Vorteile der Lebensphasen und der Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sinne eines Diversity Managements stärker zu berücksichtigen und zu nutzen.¹⁹⁴ Mit der Einführung eines „Work-Life-Learn-Planning“ soll zukünftig stärker zum Ausdruck gebracht werden, dass die Landeshauptstadt als Arbeitgeberin es als ihre Aufgabe ansieht, Beruf, Privatleben und lebenslange Qualifizierung/lebenslanges Lernen zu vereinbaren (als kontinuierlicher Prozess über die gesamte Erwerbsbiografie).

(7.2) Die AG Vereinbarkeit Beruf und Familie der Fachkräfteallianz entwickelt **Maßnahmen und Projekte mit dem Ziel des (Wieder)Einstiegs in den Beruf** für unterschiedliche Zielgruppen.

- Frauen mit Hochschulabschluss in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen. Die Qualifizierungsmaßnahme Frauen in Mint-Berufen starten im Frühjahr 2016

¹⁹³ Ergänzung durch 51F

¹⁹⁴ Vgl. Intranet_LHH_Personal_Vereinbarkeit Beruf, Familie, Pflege

2.7 VEREINBARKEIT BERUF UND FAMILIE UNTERSTÜTZEN

- Maßnahme für Frauen mit handwerklicher Vorbildung.
- Berufseinstieg von Frauen mit Zuwanderungs- und Asylverfahren
- Aufstiegsfortbildung für Gesellinnen zu MeisterInnen.
- Weiterentwicklung von Informationsformaten, z.B. dem Familientag der Jobcenter, der Frauenberufsbörse, Informationstage für Familien mit Kindern in Jobcentern

2.8 Teilhabe trotz Armut ermöglichen

Zielsetzung aus „Mein Hannover 2030“:

- **Sicherung der Grundbedürfnisse von Menschen, die von Armut betroffen sind.**¹⁹⁵
- **Förderung des Zugangs zu Teilhabeangeboten durch ein breites, verlässliches Netz und LotsInnen im Quartier.**¹⁹⁶
- **Verbesserung der Teilhabe für Familien mit geringem Einkommen, u.a. von Alleinerziehenden.**

Bisherige Umsetzung:

Die Landeshauptstadt Hannover arbeitet kontinuierlich entlang der Strategie Der „Hannoverschen Weg“ für Perspektiven von Kindern in Armut, um Schlüsselzugänge systematisch weiter zu entwickeln.¹⁹⁷

Im Jahr 2012 wurde erstmals der **Ratgeber „Der kleine Geldbeutel“** für Menschen mit geringem Einkommen veröffentlicht. Er bietet Orientierung über Leistungsbezüge und lotst zu kostengünstigen Angeboten.

Zukünftige Planung:

(8.1) **Die Kampagne „Auskommen mit dem Einkommen - SGB II“ und SGB XII** will den frühestmöglichen Zugang zur Teilhabe von Kinder, Jugendlichen und deren Familienangehörige sichern, (d.h. biografisch, bei Neuzuzug, Armutseintritt, Armutsvoraussetzungen), um Kinder und Jugendliche und deren Familien finanziell zu entlasten, Folgekosten zu minimieren und letztlich vor Armut zu bewahren.

(8.2) Informationen und Beratung zu familienrelevanten Leistungen und Bonussystemen sollen ausgebaut werden (ggf. vor Ort), die Einführung eines Bonussystems für Familien (**Familiencard**) geprüft werden. Angedacht werden außerdem die **Etablierung neuer Tauschwerke** wie Leistung gegen Talent/Gegenleistung sowie Kultur-, Sport- Bildungspatenschaften.

¹⁹⁵ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 49 Ziele

¹⁹⁶ Vgl. ebenda

¹⁹⁷ Vgl. Drucksache 0771/2010 „Der Hannoversche Weg Lokaler Beitrag für Perspektiven für Kinder in Armut“

2.9 Information und Beteiligung am Puls der Zeit entwickeln

Zielsetzung aus „Mein Hannover 2030“

- **Familiengerechte Informations- und Infrastruktur in den Quartieren, die die Eigenständigkeit und Selbstorganisation von Familien unterstützt.**¹⁹⁸
- **Eine moderne, leistungsfähige, vielfältige und innovative Verwaltung mit einer transparenten Informationskultur.**¹⁹⁹
- **Pflege des Stadtdialogs sowie einer nachhaltigen Beteiligungs-, Kommunikations- und Dialogkultur innerhalb und außerhalb der Verwaltung**²⁰⁰
- **Verbesserte Informationszugänge, um Familien von unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Bildungsstand zu erreichen.**

Bisherige Umsetzung:

E-Government und Kommunikation im Internet

Das **E-Government-Portal** informiert über Zuständigkeiten, Abläufe und Erreichbarkeit. Seit 2011 sind unter www.hannover.de/familie, www.hannover.de/vereinbarkeit und www.betreuungsboerse-hannover.de drei städtische Online-Portale für Familien und Unternehmen am Start. Von 2012 bis 2013 war das Portal aufgrund des Relaunch von www.hannover.de nicht sichtbar. Es hatte daher Schwierigkeiten, sich im öffentlichen Bewusstsein zu etablieren. Mit den neuen Funktionen von www.hannover.de wurde die Übersicht an Informationen, Kontakten und Angeboten verbessert, der elektronische Bürgerservice erweitert und unter anderem die Antragstellung und Nutzbarkeit für mobile Endgeräte ermöglicht²⁰¹.

Die **Printpublikationen** wie der „Familienkompass“ (Leichte Sprache), „Der kleine Geldbeutel“, „Der familienbewusste Betrieb“, sichern ebenfalls ein breites Informationsspektrum.

Das **Forum für Familien** wurde während der Beteiligungsphase „Klink dich ein 2012 – 2015“ entwickelt und etabliert. Es widmet sich bereichs- und trägerübergreifend einmal jährlich familienrelevanten Fragestellungen; Thema des Jahres 2016 ist Familie und Medien.²⁰²

Die Mitmachveranstaltung **Familiensonntag / -messe** wurde erstmalig im Kontext von „Mein Hannover 2030“ für Familien angeboten. Sie bietet Einblicke in das Spektrum der Familienangebote in Hannover und Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit familienrelevanten Fra-

¹⁹⁸ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 45 Ziele

¹⁹⁹ Vgl. ebenda Seite 56/57 Ziele

²⁰⁰ Vgl. ebenda Seite 57 Ziele

²⁰¹ Die Strategie des E-Government Drucksache Nr. 1996/2009 und Nr. 1574/2014 der Landeshauptstadt Hannover basiert auf dem Lebenslagen- bzw. Geschäftslagenprinzip.

²⁰² <http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Soziales/Familie-Partnerschaft/Familienkonferenzen>

gestellungen. Auch dieses Angebot sollte einmal jährlich stattfinden, abwechselnd im Quartier oder an einem zentralen Ort.

Zukünftige Planung:

(9.1) Die **Weiterentwicklung des E-Government** sollte sich darauf konzentrieren, neue, kundenorientierte Angebote mit vollständiger elektronischer Abwicklung anbieten zu können. Das entspräche auch dem Wunsch von Familien nach höherer Zeiteffizienz und -autonomie, unter anderem durch Reduzierung der Warte- und Suchzeiten.

Auch Optionen der Beratung im Chat, per Video oder von bereitgestellten Schulungsvideos sollten geprüft werden. Die **sukzessive Einführung eines gesicherten Anmelde-, Bezahl- und Formulardienstes** eignet sich ebenfalls, um Abläufe zu erleichtern und Wartezeiten zu verkürzen²⁰³.

(9.2) Ein wichtiger Aspekt ist die **Mitwirkung und Beteiligung der EinwohnerInnen**. Sie sollten die Möglichkeit bekommen, Mängel und Verbesserungsvorschläge elektronisch melden, Verwaltungsabläufe recherchieren und an Entscheidungsfindungen mitwirken zu können (Online-Stellungnahmen)

(9.3) Die Ausschreibung für die **Entwicklung eines zentralen Anmeldesystems zur Kinderbetreuung** wird im Frühjahr 2016 veröffentlicht. Mit der öffentlichen Inbetriebnahme ist für das Kindergartenjahr 2017/ 2018 zu rechnen²⁰⁴.

(9.4) Für 2016 ist die Umsetzung der **Einrichtung einer zentralen Ferienbörse** geplant, um Familien den Zugang und die Suche zum breit gefächerten Ferienangebot der Träger und Anbieter zu erleichtern.²⁰⁵

(9.5) Ein systematischer Transfer von Informationen und Erfahrungen soll eine wissensfreundliche Kultur für Familien im Quartier (inkl. SeniorInnen) unterstützen. Das **Wissensmanagement** soll Wissen zu Familien generieren, aufnehmen und auffindbar dokumentieren. Es soll zur richtigen Zeit (Lebensphase, -situation), am richtigen Ort (Quartier, Lotsenstelle) bei der richtigen Person (Multiplikator: Beratungsstelle, Erzieherin, LehrerIn, Stadtteilmutter, Eltern etc.) abrufbar sein. MitarbeiterInnen und MultiplikatorInnen müssen darauf zugreifen können, wenn es gebraucht wird und den Anforderungen zuordnen können.

Dazu sollen WissensträgerInnen in Stadtteilen, Behörden, Organisationen etc. aufgespürt werden und ihr Wissen austauschen und transferieren können, **Informationen und Zugän-**

²⁰³ Vgl. Drucksache Nr. 1574/ 2014 E-Government Strategie

²⁰⁴ Vgl. Drucksache Nr. 0427/2011S1; 26/2012; 2593/2012 Anmeldesystem zur Kinderbetreuung

²⁰⁵ Vgl. Drucksache Nr. H 0103/2015 Konzept für eine Zentrale Ferienbörse für Hannover

ge zu Familienangeboten gebündelt werden sowie ein kontinuierlicher Relaunch von www.hannover.de/familie und von www.kinderbetreuungsboerse-hannover.de erfolgen

- **Die Qualität des Informationsfluss** von familienrelevanten Inhalten muss **mit Blick auf die Quartiere** ²⁰⁶ verbessert werden, u.a. durch die Aufbereitung von Informationen, Erreichbarkeit von Anlaufstellen, kontinuierliche Qualifizierung von Multiplikatorenstellen zum Angebotsspektrum (Infothek, Familienservicebüro), Nutzung von Social-Media-Netzwerken, Gestaltung von Schnittstellen im Quartier (Familienbeauftragte), Nutzung von Aushangorten und Veranstaltungen. Er muss sich am **Bedarf der Zielgruppen ausrichten**. So eignen sich z.B. in größeren Neubaugebieten Info- oder Willkommens,- Straßenfeste, um das Angebot des Stadtteils bekannt zu machen.
- **Ausbildung und Nutzung von Schlüsselpersonen mit Vermittlungs- und Lotsenpotential aus dem Quartier** sichern den Informationsfluss, erfordern aber personelle, technische und zeitliche Ressourcen. Ebenfalls wichtig sind **Anlaufstellen für niedrigschwellige Beratungen** freier Initiativen oder Träger für Eltern im Stadtbezirk, die die Anonymität von Eltern sichern.

(9.6) Es soll ein **Kommunikationskonzept für Familien** erstellt werden. Ziel ist es, die bestehenden Angebote für Familien innerhalb der Landeshauptstadt zielgruppengerecht bekannt zu machen.²⁰⁷ Bestandteil ist eine **Familienapp**. Sie kommt dem Bedarf von Eltern nach Informationen frei Haus, Vertrauenswürdigkeit und Orientierung im Informationsdschungel entgegen.²⁰⁸

(9.7) Das **Familienservicebüro** entwickelt die Qualität seiner Service- und Beratungsleistungen weiter²⁰⁹. Start wird eine **Kundenbefragung** sein. Es kooperiert mit dem geplanten Einwanderungsbüro. Damit entspricht es der Empfehlung des Gutachtens der Prognos AG 2008 nach Überprüfung zu Frequentierung und zum Anfragespektrum nach einem Erkenntniszeitraum sowie etwaiger Veränderungen.²¹⁰

(9.8) Für **Eltern mit behinderten Kindern** soll eine **Infobörse** Zugang zum Angebot im Stadtgebiet sichern und dabei den Zeitaufwand der Suche minimieren. Außerdem bestünde dadurch die Möglichkeit für Anregungen, Diskurse und Dialoge in einem Forum. Auch könnte hier überlegt werden, inwieweit familienorientierte Publikationen für Familien mit eingeschränkten Lese- und Rechtschreibkompetenzen entwickelt werden, u.a. zur Haushaltsführung oder zu Gesundheits- und Ernährungsaspekten (Nachhaltigkeit).

²⁰⁶ Vgl. Familiengutachten der Prognos AG 2008 Punkt 5.1.2

²⁰⁷ Vgl. Drucksache Nr. H 1718/2015 Kommunikationskonzept

²⁰⁸ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Bericht 2015 Referenzprojekt Familien App

²⁰⁹ Vgl. Familiengutachten Prognos AG 2008 Punkt 5.1.4

²¹⁰ Vgl. Familiengutachten Prognos AG 2008 S. 76 und 83/84

(9.9) **Marketing** für Hannover als **Familieneinkaufsstadt**. Es bietet u.a. Informationsangebote zu Wickelplätzen, Pausen- und Spielarealen, kinderfreundlicher Gastronomie oder spezifischer Geschäfte für Kinder- und Babyausstattung.

(9.10) Die **Internationale Städtepartnerschaften** der Landeshauptstadt Hannover sollten für den Wissenstransfer zu familienpolitischen Strukturen und Strategien genutzt werden. Der fachliche Austausch kann zu Impulsen und zur Qualitätsentwicklung in Hannover beitragen.

2.10 Engagement stärken

Ziele aus „Mein Hannover 2030“

- **Eine starke Partizipations- und Beteiligungskultur – in allen Beteiligungsgruppen**

Die in Hannover in den letzten Jahren aufgebaute **familienfördernde Infrastruktur** muss nachhaltig gesichert werden, damit sich Familien für den Verbleib am Wohnort Hannover entscheiden. Die bestehenden Angebote brauchen Verlässlichkeit in der Finanzierung und Ausstattung. Um den Bekanntheitsgrad öffentlicher Angebote auch gerade in den Stadtteilen für Familien zu steigern, braucht es umfassende Informationen und interne Kommunikation, um dezentral arbeitende Personen/Dienststellen und Träger von Einrichtungen als MultiplikatorenInnen zu nutzen.

Einkommensarme Familien engagieren sich eher in ihrem direkten Wohnumfeld ehrenamtlich. Deshalb ist die Ansprache über vertraute Schlüsselpersonen aus diesem Wohnumfeld wichtig, um die entsprechenden Familien zu mehr bürgerschaftlichem Engagement zu aktivieren. **Bürgerschaftliches Engagement** muss gerade deshalb auch dezentral gefördert werden.

Menschen mit Migrationshintergrund engagieren sich in ihren Gemeinden und Communities, im interkulturellen Austausch liegt die Chance des Zugangs zu diesen Familien

2.11 Hannover – Internationalität leben

Zielsetzung „Mein Hannover 2030“:

- Eine weltoffene, diskriminierungsfreien Einwanderungsstadt, die von der gesamten Stadtgesellschaft getragen wird.²¹¹
- Keine Chance für Rassismus und andere menschenverachtende Ideologien.²¹²
- Förderung der Integration von Anfang, d.h. einer Willkommens- und Teilhabekultur.
- Stärkung des Demokratiebewusstseins und der Verbundenheit von Familien mit der Landeshauptstadt.

Bisherige Umsetzung:

Die internationale Familienstruktur der Landeshauptstadt Hannover hat die Arbeit mit und für Familien in den vergangenen Jahren stark geprägt. Aktuell ist die Stadt gefordert, die steigende Zahl von Flüchtlingen sowie AsylbewerberInnen gut aufzunehmen. Derzeit werden kurzfristige Lösungen umgesetzt, damit die ankommenden Familien entsprechende Wohnräume, Verpflegung und medizinische Versorgung bekommen und ihren Weg in die Gesellschaft finden können. Um sie auf ihrem Weg in die Gesellschaft zu begleiten, initiiert und koordiniert eine interdisziplinäre, fachbereichs- und trägerübergreifende Koordinationsstelle die **Primärversorgung**.

Mit Blick auf eine nachhaltige Integration besteht eine Herausforderung in der Koordination, Abstimmung und Integration eine Vielzahl bisheriger Aktivitäten, Maßnahmen, Schnittstellen mit unterschiedlichen Finanzierungsquellen und in der Kooperation verschiedener Organisationen, Fachbereiche und ehrenamtlich engagierter Netzwerke und Personen. Ziel ist der Aufbau eines transparenten kohärenten Integrationskonzeptes für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene mit deren Familien, welches Zugänge effizient gestaltet, Doppelstrukturen vermeidet, Maßnahmen sinnvoll verzahnt und bedarfsgerecht weiterentwickelt.

- Zahlreiche Freiwillige aus allen Stadtbezirken engagieren sich in Unterstützungsnetzwerken, im Freiwilligenzentrum oder in ihrer Freizeit **ehrenamtlich** in Wohnheimen und Organisationen der Flüchtlingshilfe, bieten **Patensysteme** an, **begleiten im Bildungs- und Arbeitssystem oder erkunden die Stadt**.
- Für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrungen wurde durch die **Jugendhilfeplanung** im Fachbereich Jugend und Familie ein **Handlungs- und Maßnahmenkatalog für die vor- und außerschulische Betreuung**²¹³ erstellt. Er bietet einen Ausgangspunkt

²¹¹ Vgl. „Mein Hannover 2030“ Ergebnisse des Stadtdialogs – Entwurf- November 2015 Seite 45 Ziele

²¹² Vgl. ebenda

²¹³ Vgl. Handlungs- und Maßnahmenkatalog für die vor- und außerschulische Betreuung von Kindern in Flüchtlingsgemeinschaftsunterkünften“; Drucksache Nr. 2464/2014 N2 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

für eine kontinuierliche Erweiterung des Angebotes innerhalb vorhandener Strukturen und zur Identifizierung von Angebotslücken und Schnittstellen.

- Schulen nehmen, lt. Erlass des Nds. Kultusministeriums, nach Möglichkeit nicht deutschsprachige Kinder in **Sprachlernklassen und Sprachlerngruppen** auf.²¹⁴. Aktuell werden 646 SchülerInnen in 36 Sprachlernklassen und 6 Lerngruppen an allgemeinbildenden Schulen, beschult (davon 545 in den Sprachlernklassen). Sie sind mit durchschnittlich 16 Kindern belegt, die Mindestzahl beträgt 10 Kinder. Aufgrund steigender Zahlen von Flüchtlingskindern und dem konstanten Wechsel in das Regelschulsystem ist hier eine hohe Dynamik zu gestalten. Der **Fachbereich Schule** hat hierzu eine **Koordinierungsstelle** eingerichtet, die Schulen bei der Einrichtung von Sprachlernklassen und bei der Aufnahme von Kindern und Jugendlichen unterstützt. Gemeinsam mit der Landesschulbehörde wird eine Erweiterung der Sprachlernklassen an möglichst vielen weiterführenden Schulen angestrebt sowie Kriterien zur Aufnahme und Verteilung der Kinder aus Flüchtlingsfamilien erarbeitet.
- Um jungen AsylbewerberInnen eine schnelle Teilhabe am Leben in der Stadtgesellschaft und eine **berufliche Orientierung** zu ermöglichen, wurde **durch den Fachbereich Soziales ein Modellprojekt zur Berufsorientierung** für Flüchtlinge entwickelt. Ziel ist ein zeitnaher Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 30. Lebensjahr, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Im Projekt werden Grundkenntnisse in der Gastronomie und im Lebensmittelhandwerk erworben, Kenntnisse in der deutschen Sprache erworben und Teilnehmende bei Bewerbungen um betriebliche Praktika mit Ausbildungsperspektive begleitet.
- Der Zugang zu Arbeit, Beschäftigung und Ausbildung ist ein bedeutender Integrationsfaktor für junge Erwachsene und Familien. Die Agentur für Arbeit und das Jobcenter der Region entwickeln bzw. unterstützen u.a. mit den Trägern der **Jugendberufshilfe und den Erwachsenenbildungsträgern, der Koordinierungsstelle Album (Arbeiten-Leben-Beraten mit und für Menschen mit Migrationshintergrund) oder der Allianz für Fachkräfte in der Region Hannover** ebenfalls die Erweiterung vorhandener Strukturen bzw. konzipieren Maßnahmen für junge und jugendliche Flüchtlinge, Frauen mit Familienverantwortung und AsylbewerberInnen. Sie haben den Zugang zu Arbeit und Ausbildung und durch den Auszug in den Stadtteil auch deren Verselbstständigung und Eigenständigkeit im Blick. Bedeutsam für eine Arbeitsmarktperspektive ist die Klärung, welche der Maßnahmen sich an Menschen mit bzw. ohne Bleibeperspektive richten können.

Zukünftige Planung:

(11.1) Mit der **Einrichtung eines Einwanderungsbüros** für alle Zu- und Eingewanderten wird ein zentraler Anlaufpunkt in Hannover geschaffen, der alle relevanten Hilfestellungen in der Anfangsphase der Niederlassung bereithält. Ausreichende Dolmetscherdienste stehen zur Verfügung, da Mehrsprachigkeit als Gewinn gesehen wird und zum Beispiel in Zeugnissen als besondere Qualifikation anerkannt wird (Mein Hannover 2030- Handlungsstrategien).

²¹⁴ Eigene Zahlen Landeshauptstadt Hannover Ist-Stand 10.2.2016

Familien sollten Informationen, Beratung und Hilfestellungen in familienrelevanten Fragen erhalten, etwa Kinderbetreuung, schulischer Bildung, sprachlicher Förderung von Kindern und Jugendlichen, psychosozialen Hilfen sowie Gesundheitsschutz (Ernährung, Impfung, Prävention). Dabei sollte gegebenenfalls auf eine **zentrale Vermittlung von Platzkontingen-**ten zugegriffen werden können.

(11.2) Nach dem Motto „**Integration von Anfang an**“ entwickelt die Landeshauptstadt Hannover auf der Grundlage der UN Kinderrechtskonvention und eines gemeinsamen Bildungs- und Integrationsverständnisses ein **bereichs- und trägerübergreifendes Strategiekonzept zur Bildung, Begleitung und Integration von Kindern und Jugendlichen** und deren Familien, mit einer kurz-, mittel- oder langfristigen Bleibeperspektive.²¹⁵

Der Aspekt Familie und Migration ist Bestandteil des o.g. Strategiekonzeptes. Familie wird als systemischer Faktor einbezogen, unabhängig von deren Ab- und Anwesenheit, da sie das Handeln auch von Einzelpersonen beeinflusst und steuert, insbesondere wenn sie ihre Familien im Heimatland in Not oder Gefahr wissen. Dies erfordert Sensibilität in der Auseinandersetzung mit Familienverbindungen, dem (geplanten) Familiennachzug, den Pflegefamilien, den Wahlverwandtschaften/Fluchtfamilien oder der Familie vor Ort und deren Bleibe- und Arbeitsperspektive. Sie bezieht den Aufenthaltsstatus ein.

Die Strategie soll in eine Struktur münden, die **Integrationsmaßnahmen optimaler verzahnt**, insbesondere der informellen und formellen Bildungsbereiche (von Schule bis Sportverein), der Betreiber von Unterkünften, der Stadt, der ehrenamtlichen Nachbarschaftsnetzwerke und anderer Institutionen und Vereine. Sie bezieht die vorhandenen Ressourcen ein und verifiziert neue Handlungsbedarfe.

Darüber hinaus sollen die Schnittstellen von Bildungsangeboten koordiniert und abgestimmt, sowie qualitativ weiterentwickelt werden.

(11.3) Ein besonderer Aspekt gilt der Entwicklung der Mehrsprachigkeit **Die Sprachförderprogramme mit Elternbildung** wie „Griffbereit“ und „Rucksack“ sollen auf die Eignung und Übertragbarkeit für die Zielgruppe der Flüchtlinge geprüft und ggf. modifiziert werden.

(11.4) Die **Erstellung von mehrsprachigen Informationsmaterialien, unter anderem Videospots** zum Bildungsangebot für Kinder- und Jugendliche und für zugewanderte oder asylsuchende Eltern soll über Zugangsvoraussetzungen und Strukturen des Bildungssystems leicht und verständlich, unter Umständen in der Herkunft- oder Amtssprache des Herkunftslandes, informieren. Des Weiteren soll eine **mehrsprachige Informationsbroschüre** in den relevanten Zuwanderersprachen für Flüchtlinge und MultiplikatorInnen entwickelt werden, die die Orientierung erleichtert.

Unterstützung könnte hier durch spezifische **BildungslotsInnen oder BeraterInnen** aus dem Jugendhilfebereich/ Familienservicebüro gewährleistet werden.

²¹⁵ Vgl. Drucksache Nr. 2094/ 2015 Kinder- und Jugendarbeit für Flüchtlingskinder

(11.5) Auch die Integration, Beibehaltung beziehungsweise Wiederaufnahme des im LIP verankerten Handlungsansatzes der **interkulturellen BildungslotsInnen** ist notwendig, denn die steigende Zahl von EinwanderInnen und Flüchtlingen fordert sowohl die aufnehmenden Schulen als auch die Eltern mit Migrationshintergrund in besonderem Maße.

Der Kontext Schule wird von Eltern teilweise als konfliktbehaftet erlebt. Schulbildung steht jedoch auch für Eltern mit Migrationshintergrund für zukünftigen Erfolg in der Gesellschaft, sie sehen sich jedoch häufig nicht in der Lage sich im deutschen Schulsystem zurechtzufinden und den an sie gerichteten Anforderungen gerecht zu werden. Auch die Kommunikation mit den LehrerInnen bedarf häufig einer Unterstützung, dieser Umstand wird auch von SchulleiterInnen immer wieder vorgetragen. Hier ist ein verlässlicher Dolmetscherdienst vonnöten, der die Familien und die Schulen ausreichend in der Kommunikation unterstützen kann. Das System der interkulturellen BildungslotsInnen, die als semi-professionelle Assistenzkräfte nachweislich gute **Brückenbauer zwischen Schule und Elternhaus** sind, stellen somit einen Baustein dar, der Familien dort unterstützt, wo sie ihre Zukunft sehen.

(11.6)

Das Bildungsbüro wird eine koordinierende Funktion übernehmen, um Familien mit Zuwanderungshintergrund über Schul- und Bildungsmöglichkeiten, sowie deren Zugänge zu informieren. Hier wird zunächst ein Schwerpunkt auf Familien mit Fluchterfahrung gelegt.

III. Methoden und Prozessverlauf

Ausgangspunkt für die Initiierung der dialogorientierten Familienpolitik bildete das „Familienpolitik-Gutachten für die Landeshauptstadt Hannover“ der Prognos AG Basel²¹⁶, dessen Handlungsempfehlungen für Hannover seit 2009 umgesetzt werden. Ziel des Befragungsprozesses seit 2012 war die **Erfassung sämtlicher familienpolitisch relevanter Informationen²¹⁷ für eine Fortschreibung der familienpolitischen Handlungsleitlinien**. Familien sollten als ExpertInnen des Familienalltags wichtige Impulse in den Weiterentwicklungsprozess der hannoverschen Familienpolitik einbringen. Mit Hilfe der Familienkonferenzen in den Stadtteilen sowie des Forums Familie sollten auch die familienrelevanten Akteure in der Stadt einbezogen werden. So wurde ein Konzept zur Weiterentwicklung der hannoverschen Familienpolitik ausgearbeitet, das sich aus folgenden Beteiligungselementen zusammensetzt: **Repräsentativerhebung, Familienkonferenzen, Fachtag Forum Familie, Online - Konferenz** sowie **Familienmonitoring**. Insgesamt haben sich den Befragungen und Diskussionen rund 13.000 **Personen** gestellt, davon **deutlich mehr Frauen als Männer**, aber auch Kinder und Jugendliche.

Zusätzlich sollte mit dem offen gestalteten Beteiligungsangebot ergründet werden, inwieweit die Handlungsoptionen zielgenauer ausgerichtet werden und wie die bisherigen familienpolitischen Schwerpunkte gegebenenfalls neu akzentuiert werden können. Ergänzend dazu sollte das **Interesse der BürgerInnen zur Mitgestaltung der Stadtgesellschaft** geweckt und aufgezeigt werden, wie bedeutsam und nachhaltig ihre Beteiligung ist.

Im Ergebnis liegen nun **umfassende Daten über die Struktur, die Lebensverhältnisse und Einschätzungen sowie Wünsche und Anregungen der Familien** zu für sie relevanten Belangen²¹⁸ vor.

Die dialogorientierte Familienpolitik speist sich aus methodisch unterschiedlichen Instrumentarien:



Familienmonitoring 2011/2014

Das Familienmonitoring ergänzt gesamtstädtische Monitoringreihen wie das laufende „Bildungsmonitoring“, „Kinderarmut in Zahlen“, das „Quartalsmonitoring der Kleinkindbetreuung“ oder das „Integrationsmonitoring“ um familienspezifische Fragestellungen und Entwicklungen.

Mit dem ersten Familienmonitoring²¹⁹ 2011 konnte ein Überblick über Strukturen und Entwicklungen des Familienlebens in Hannover geschaffen werden und Daten gemeinsam re-

²¹⁶ Vgl. Drucksache Nr. 0526/2008 „Familienpolitik-Gutachten für die Landeshauptstadt Hannover“.

²¹⁷ Im Grunde kann auch von einer Art „Grundlagenforschung“ gesprochen werden, mit der die aktuellen Familienstrukturen sowie Lebensumstände erfasst und erkannt werden sollten.

²¹⁸ z.B. die Erfordernisse an familiengerechten Wohnraum, barrierefreien öffentlichen Raum, Zusammenleben im Quartier, Freizeitangebote oder auch schulische Belange und Kinderbetreuung.

²¹⁹ Vgl. Drucksache Nr. 2119/2011 Familienmonitoring 2014

flektiert werden. Es wird im Drei-Jahres-Rhythmus fortgeschrieben.²²⁰ Hierzu nutzt es vorhandene Informationsgrundlagen und frei verfügbare Datenquellen.

Folgende Beobachtungsebenen stehen dabei im Fokus:

1. die Analyse struktureller Besonderheiten Hannovers im Großstadtvergleich
2. die fortlaufende Beobachtung gesamtstädtischer, familialer Entwicklungen
3. die Darstellung typischer Strukturen und Entwicklungen in den Stadtteilen (Stadtteilmonitoring).



Familienkonferenzen „Klink dich ein“

In den Stadtteilen Bemerode, Südstadt, Nordstadt, Vahrenwald, Linden-Süd und Wettbergen wurden zwischen 2012 und 2014 Familienkonferenzen vor Ort durchgeführt. Die Auswahl der Stadtteile erfolgte auf der Basis des Familienmonitoring.²²¹ Kriterien waren unter anderem eine ausgewogene Mischung aus Stadtteilen hinsichtlich des Anteils von Familien, Alleinerziehenden oder Kindern, der Stadt- und Randlage sowie der jeweiligen sozialen Situation. Die Unterschiedlichkeit der Stadtteile, hinsichtlich ihrer Sozial-, Gebäude- und Wohnumfeldstruktur, spiegeln in der Summe die Gesamtstadt wider.

Die einzelnen Familienkonferenzen hatten jeweils eine **Vorlauf**²²²- und **Nachbereitungsphase** zwischen sechs Monaten und einem Jahr, an denen die AkteurInnen und MultiplikatorInnen vor Ort beteiligt waren. Jeder Familienkonferenz gingen max. drei **vorbereitende Planungstreffen** mit lokalen Akteuren voraus (VertreterInnen des Bezirksrates, der Sozial- und Freizeiteinrichtungen, Kirchen etc.). Hier wurden Ziele kommuniziert, Kooperationsstrukturen entwickelt und bestehende überprüft und der Verlauf des Beteiligungsprozesses zielgruppengenau geplant. In den 2- 8 **Nachbereitungstreffen** wurden neben der Reflexion der Ergebnisse und Erkenntnisse, wurden Verantwortlichkeiten vereinbart (d.h. Kümmerer – „Projektgedächtnis“) sowie weitere Lösungsschritte, u.a.: Welche Anliegen oder Vorschläge können im Stadtteil gelöst werden? Was sind Themen für die Stadtverwaltung oder die Politik? Zu welchen Themen müssen Partner außerhalb der Stadtverwaltung einbezogen werden?²²³

Die Familienkonferenzen vereinten in den einzelnen Stadtteilen verschiedene Beteiligungs- und Informationselemente. Kern einer jeden **Familienkonferenz** war ein „World Café“ und die Befragung sowie eine Videodokumentation durch Jugendliche. Mit Ausnahme der Familienkonferenz in Bemerode²²⁴ wurden in Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Kindertagesstätten und Schulen von den Kindern Kinderhauskarten²²⁵ im Vorfeld der jeweiligen Konferenz ausgefüllt oder ausgemalt. Darüber hinaus gab es weitere maßgeschneiderte Beteiligungsformen, wie „Ad-hoc-Wände“, Zukunftswerkstätten für Kinder, Nennmöglichkeiten guter Orte und schlechter Orte, „Motz und Cool“-Wände, die Befragung von SeniorInnen, Aus-

²²⁰ Vgl. Drucksache Nr. 0714/2014 Familienmonitoring

²²¹ Vgl. Drucksache Nr. 2119/2011

²²² Die Vorbereitungsphase beinhaltete u.a. die breite Information mittels Publikationen für Multiplikatoren und Eltern, Informationsbesuche in Stadtteilrunden sowie politischen Gremien wie dem jeweiligen Bezirksrat.

²²³ Sofern die TeilnehmerInnen ihre Kontaktdaten hinterlassen haben, wurde ihnen eine Einladung zur Ergebnispräsentation zugeschickt.

²²⁴ Im Vorfeld dieser Familienkonferenz haben die Zweitklässler der Grundschule Am Sandberge eine Fotosafari veranstaltet und die Siebt- und Achtklässler der IGS Kronsberg Briefe an den Bezirksbürgermeister verfasst.

²²⁵ Die Kinderhauskarten waren mit: „Das ist für mich Familie...“ und „Das tut meiner Familie gut...“ betitelt.

stellungen, Befragungen im Videostudio²²⁶ sowie teilweise Infostände und Mitmachaktionen. In drei Stadtteilen brachten sich Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen in den Diskurs ein. Bei allen Familienkonferenzen gab es eine Kinderbetreuung. Die Familienkonferenzen wurden seit Beginn, auf Grundlage der vorangegangenen Erfahrungen, stets weiterentwickelt, so dass eine optimale Anpassung der unterschiedlich zur Verfügung stehenden Beteiligungsinstrumente möglich war.

Start und Ende dieses Veranstaltungsformats waren **zwei stadtweite Konferenzen**. Die Konferenz „Anschwung für frühe Chancen für Eltern mit Migrationshintergrund von Kindern unter drei Jahren“ und der Familiensonntag „Durch Zeit und Raum“.

Im Ergebnis steht nun quantitatives Datenmaterial über die TeilnehmerInnen der „World Cafés“ zur Verfügung²²⁷ sowie qualitatives Material dazu, was im Stadtteil gut oder schlecht ist und wie man es verbessern könnte.

Insgesamt nutzten die Veranstaltungstage **1.227 Erwachsene und 102 Kinder/Jugendliche**. Zusätzlich führten **67 Jugendliche** gemeinsam mit dem Verein „Politik zum Anfassen“ eine Umfrage durch und erreichten damit **758 Erwachsene im Alter zwischen 19 und 99 Jahren sowie 678 Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 18 Jahren**.

Lösungsverfahren und -zuständigkeiten



Steuerungsgruppe Familienpolitik 11/2011



Online-Familienkonferenz „Klick dich ein“

Die Online-Familienkonferenz hat vom 6. November bis zum 3. Dezember 2013 stattgefunden. Während dieser Zeit konnte aktiv diskutiert werden. Das Internetforum wurde von der Demos-Gesellschaft für e-partizipation GmbH durchgeführt und montags bis freitags zwischen 9 und 18 Uhr moderiert. So hatten alle Familien mit Internetzugang die Möglichkeit, sich einzubringen - auch jene, die nicht in einem Stadtteil leben, in dem eine der Familienkonferenzen stattgefunden hat und/oder die eine zeitlich flexiblere Möglichkeit des Dialogs benötigten.

²²⁶ Jugendliche interviewten Jugendliche und Bewohnerinnen an zentralen Orten im Stadtteil unter Leitung von **Politik zum Anfassen e.V.** Sie präsentierten die Erkenntnisse am Konferenztag der Stadtteilöffentlichkeit und z.T. in den Bezirksräten.

²²⁷ Wissenschaftliche Auswertung: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Leibniz Universität Hannover (IES)

Offensichtlich haben sich viele Familien angesprochen gefühlt. Zwar haben sich nur rund hundert User registriert, um aktiv an der Diskussion teilnehmen zu können, aber um die 2.400 Besucher haben sich die Seite angeschaut beziehungsweise aktiv mitgelesen. Insgesamt wurden 320 Beiträge und Kommentare verfasst. Zusätzlich gab es jeweils eine Livediskussion mit zwei KinderärztInnen sowie eine mit dem Verkehrssicherheitsberater der Polizei Hannover. Insbesondere die Livediskussion mit den KinderärztInnen war sehr stark frequentiert.

Thematischer Schwerpunkt der Online-Diskussion war der Lebensraum für Familien, gefolgt von Bildung und Betreuung. Die Diskussion war nicht nur auf hohem inhaltlichen Niveau, sondern auch geprägt von einer freundlich-konstruktiven Gesprächsatmosphäre.



Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“

Zeitraum für die Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“²²⁸ war der Sommer 2013. Hierzu wurden insgesamt 20.000 zufällig aus dem Melderegister ausgewählte Familien angeschrieben, in denen mindestens ein minderjähriges Kind lebt. Es gab zwei Stichproben: eine Stichprobe umfasste die Familien ohne Migrationshintergrund und die andere die Familien mit Migrationshintergrund. Der Rücklauf war bei den Familien ohne Migrationshintergrund mit rund 47% außerordentlich hoch. Der Rücklauf unter Familien mit Migrationshintergrund lag zwar nur bei rund 20%, ist aber im bundesweiten Vergleich ebenfalls als überdurchschnittlich hoch einzustufen. Insgesamt nahmen sich 8.452 Familien durchschnittlich eine halbe Stunde Zeit, um 51 Fragen eines 13-seitigen Fragebogens zu beantworten.

Die Fragen der Repräsentativerhebung umfassten unter anderem die finanzielle Lage der Familien, ihre Wohnsituation, die Zufriedenheit mit den Kinderbetreuungsangeboten oder auch verschiedenen anderen Angeboten der Stadt. Die Ergebnisse wurden nach Paarfamilien und Alleinerziehenden, jeweils mit oder ohne Migrationshintergrund, differenziert. Darüber hinaus hatten die Familien außerdem die Möglichkeit, auf einem gesonderten Blatt des Fragebogens zusätzliche Anmerkungen zu machen. Dieses Angebot wurde von rund 1.000 Familien genutzt. Die Anmerkungen waren sehr vielfältiger Natur und haben sowohl Wünsche und Verbesserungsvorschläge als auch Sorgen und Bedenken von Familien zusätzlich veranschaulicht.



Fachtage „Forum Familie“ für ExpertInnen

Es gab vier Fachtage für ExpertInnen. Das erste „Forum Familie“ hatte den Themenschwerpunkt Bürgerbeteiligung und fand im Vorfeld der Familienkonferenzen statt. Während dieses Fachtages wurden die relevanten Akteure vor Ort methodisch, insbesondere zum Thema Beteiligung, geschult, um den Beteiligungsprozess in ihrem Stadtteil (für die jeweilige Familienkonferenz) durchführen und begleiten zu können.

Die folgenden Familienforen fanden im Herbst 2014 und Sommer 2015 statt. Es wurden erste Ergebnistendenzen des Beteiligungsprozesses präsentiert und aktuelle familienrelevante

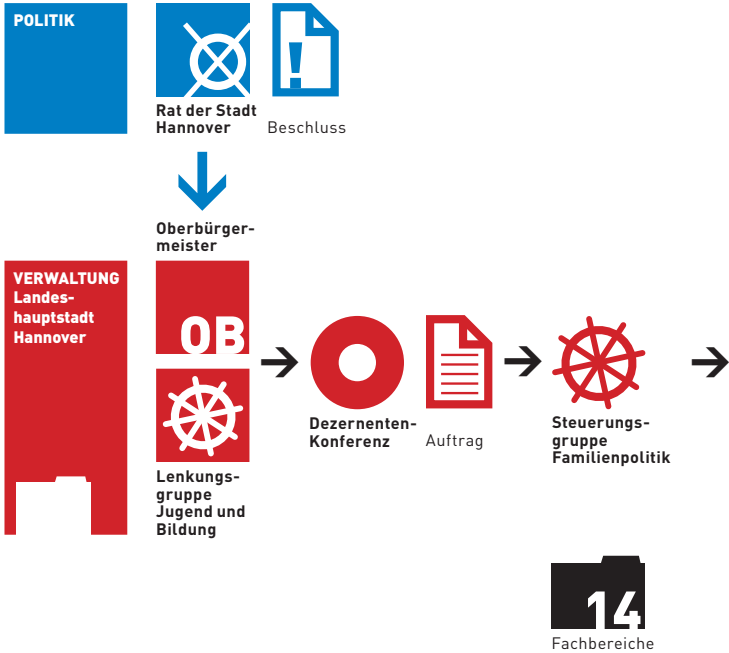
²²⁸ Vgl. Drucksache Nr. 2481/2014

III. METHODEN UND PROZESSVERLAUF

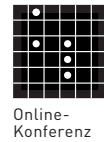
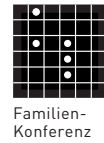
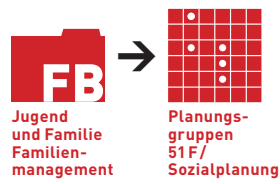
Trends mit FachreferentInnen sowie dem Fachpublikum diskutiert. Beide Fachtage waren als Fortbildungs- und Vernetzungsangebot für die familienrelevanten Akteure beziehungsweise MultiplikatorInnen intendiert.

Beim dritten „Forum Familie“, das im Juni 2015 stattfand, wurden die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses dem Fachpublikum vorgestellt und gemeinsam erörtert. Bei der anschließenden Präsentation in politischen Gremien und den 14 (Fach-)Bereichen der Stadtverwaltung wurde um Rückmeldung gebeten

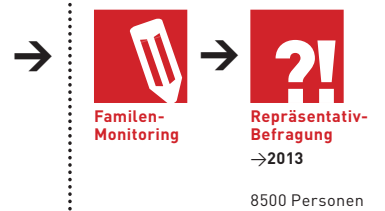
SONDIERUNG
→ 2011



PLANUNG
→ 2011 — 2014



ERHEBUNG
→ 2012 — 2015



Auf dem Weg
Familien-
freundliche
Stadt Hannover



LÖSUNG UND UMSETZUNG →2013—2021



Online-Konferenz
→2013
100 Beiträge
2400 Personen



Forum Familie Experten
300 Personen



Familien-Konferenz Stadtteil AGs
70 Personen



Familien-Konferenz EinwohnerInnen
3000 Personen



Zentrale Ergebnisse



Familien-Konferenz Stadtteil AGs



Steuerungsgruppe Familienpolitik
→2016



Dezenten-Konferenz
→2016



Rat der Stadt Hannover

Information



1. Forum
→2012



Bemerode



EinwohnerInnen
→2012



Bemerode



Bemerode



2. Forum
→2013



Südstadt



EinwohnerInnen
→2013



Südstadt



Südstadt



2030
3. Forum
→2014



Nordstadt



EinwohnerInnen
→2013



Nordstadt



Nordstadt



2030
4. Forum
→2015



Vahrenwald



EinwohnerInnen
→2013



Vahrenwald



Vahrenwald



2030
5. Forum Familienzeit BMFSFJ
→2015



Linden Süd



EinwohnerInnen
→2013



Linden Süd



Linden Süd



Wettbergen



2030
EinwohnerInnen
→2014



Wettbergen



Wettbergen



2030
1. Familiensonntag
→2015



1. Familiensonntag



»Anschwung« für frühe Chancen
→2012



»Anschwung« für frühe Chancen



14
Fachbereiche
→2015

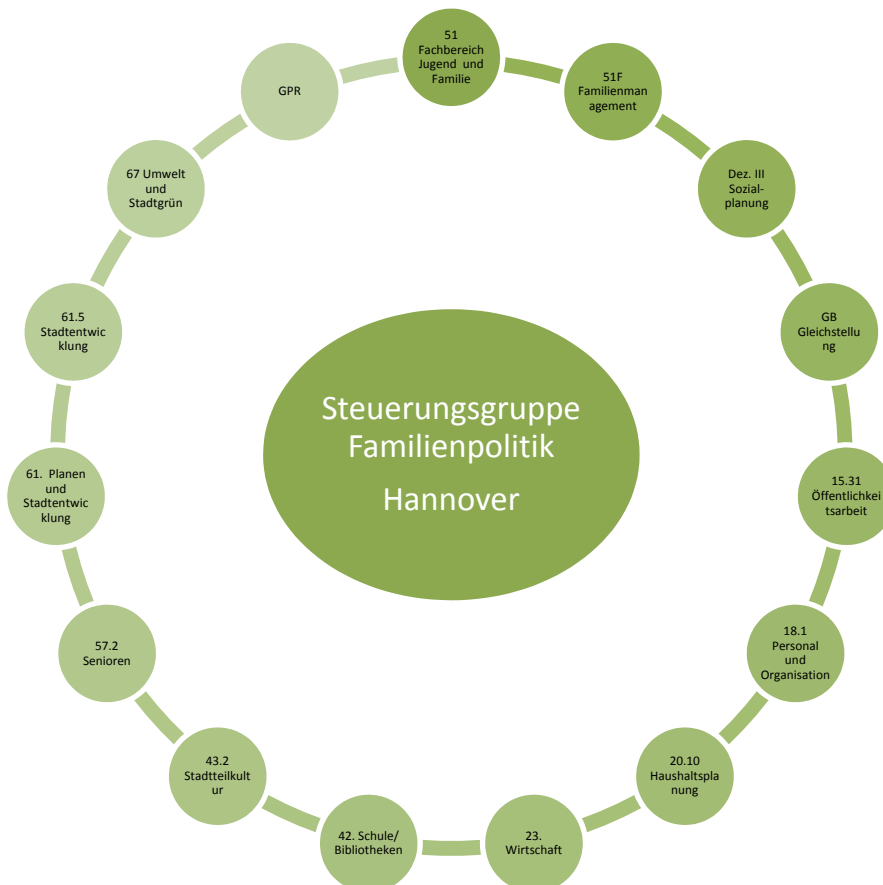
Projektarchitektur und Prozessbeteiligte



Die Steuerungsgruppe Familienpolitik

leitet seit 2008 dezernats- und fachbereichsübergreifend die strategische Entwicklung und Fortschreibung der familienpolitischen Ziele, Leitlinien und Maßnahmen. Sie vernetzt dezernatsübergreifend Strukturen und Inhalte.

Federführung: OE 51 Jugend und Familie (Fbl); **Geschäftsführung:** OE 51F Familienmanagement; **Mitglieder:** OE Dezernat III Sozialplanung, Gleichstellungsbeauftragte, OE 15.3 Presseinformation und Öffentlichkeitsarbeit (B.), OE 18.1 Personal und Organisation(Fbl); OE 20.30 Haushaltsplanung(BI); OE 23. Wirtschaftsförderung (Fbl); OE 42.1 Schule/ Bibliotheken (Fbl); OE 43.2 Stadtteilkultur (BI), OE 57.2; Kommunaler Seniorenservice (BI) , OE 61 Planen und Stadtentwicklung(Fbl), OE 61.5 Stadtentwicklung (BI), OE 67 Umwelt und Stadtgrün (Fbl); Gesamtpersonalrat (GPR)





Planungsgruppen



PG Familienmonitoring

Das Monitoring 2011 führt vorhandene Daten unter dem Fokus kommunaler Familienpolitik zusammen.

Federführung: Dezernat III Sozialplanung, Mitglieder: 51F Familienmanagement



PG Repräsentativbefragung Familie

Zielgruppe der Repräsentativbefragung waren Familien mit Kindern unter 18 Jahren.

Federführung: 61.5 Stadtentwicklung; Mitglieder: Dezernat III Sozialplanung, 51F Familienmanagement



PG Familienkonferenzen „Klink dich ein“

Zielgruppe waren Familien und MultiplikatorInnen in sechs ausgewählten Stadtteilen, sowie Familien aus dem gesamten Stadtgebiet. Die AG entwickelt geeignete Strategien für die Umsetzung der Familienkonferenzen. Sie aktivierte die lokalen Akteure und Strukturen.

Aufgabe: stadtweite Steuerung: Federführung: 51F Familienmanagement; Mitglieder: OE 18.63 Stadtbezirksmanagement (18.63.02; 18.63.06; 18.63.07; 18.63.09; 18.63.10; 18.63.13), Jugendbildungskoordination, je einer VertreterIn einer Stadtteileinrichtung aus dem Stadtteil: 51.46 Trägerübergreifende Programme (Linden-Süd); Freizeitheime und Stadtteilzentren: 43.21.3 Weiße Rose (Wettbergen), 43.24.2 Krokus (Bemerode), 43.22.1 Freizeitheim Vahrenwald, 42.63.02 Nordstadtbibliothek ; 51.57 Haus der Jugend, 51.P Elternbildung



AG Stadtteil Familienkonferenz „Klink dich ein“

Aufgabe: dezentrale Steuerung Federführung: Vertreter der Stadtteileinrichtung, Stadtbezirksmanagement; 51F Familienmanagement; Mitglieder: Stadtteilorganisationen verschiedener Trägerschaft mit dem Kundenkreis von Familien und SeniorInnen (Kultur, Bibliotheken, Kitas, Kirchen, Verbände, Kitas, , interessierte Einzelpersonen, ParteienvertreterInnen.

■ Moderation: Planen mit Phantasie Hamburg

■ Wissenschaftliche Begleitung: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturfor-
schung Hannover



PG Online-Konferenz Familie „Klick dich ein!“

Zielgruppe waren Familien aus dem gesamten Stadtgebiet.

Federführung: 51F Familienmanagement, Dezernat III Sozialplanung

■ Durchführung: Demos GmbH für E-Partizipation Hamburg,



PG Fachtag Forum Familie

Zielgruppe waren ExpertInnen aus familienrelevanten Handlungsfeldern und Organisationen.

Federführung: 51F Familienmanagement; Mitglieder: 51.P Elternbildung, 51.46 Trägerübergreifende Programme; 51.58 Jugendbildungskoordination, Stadt Aachen, Dez.III Sozialplanung sowie weitere themenrelevante PartnerInnen.

Frauen haben sich deutlich mehr beteiligt

An dem Dialogprozess haben sich insgesamt rund 13.000 Personen²²⁹ beteiligt. Diese Zahl beinhaltet die TeilnehmerInnen der Familienkonferenzen inklusive der Befragungsaktionen im Vorfeld, der Online-Familienkonferenz sowie der Repräsentativerhebung²³⁰. Rund ein Fünftel der TeilnehmerInnen der Familienkonferenzen hat sich aus einem beruflichen Kontext in dem Stadtteil heraus beteiligt.

An den Familienkonferenzen haben rund 1227 Erwachsene und 1.850 Kinder (ein großer Anteil entfällt hierbei auf die Kinderhauskarten), mitgewirkt. Des Weiteren wurden 1436 Personen durch das Jugendteam von „Politik zum Anfassen“ im Rahmen einer Befragung erreicht. Die Online-Familienkonferenz verzeichnete rund 100 registrierte User, und der große Rest von 8500 Personen entfiel auf die TeilnehmerInnen der Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“.

Trotz der außerordentlich hohen Zahl der TeilnehmerInnen insgesamt und auch bei den einzelnen Beteiligungsformaten haben sich deutlich mehr Frauen als Männer eingebracht. Den Fragebogen der Repräsentativerhebung haben zu einem deutlich überwiegenen Teil Mütter ausgefüllt. Der Frauenanteil beträgt hier bei den Familien ohne Migrationshintergrund 74% und bei den Familien mit Migrationshintergrund 66%²³¹. Ähnlich verhält es sich auch bei den anderen Beteiligungsformaten, zumal hier noch einige soziodemografische Daten der TeilnehmerInnen vorliegen²³². Auch an der Online-Familienkonferenz haben sich zu rund drei Viertel Frauen beteiligt und fast drei Viertel waren zwischen 35 und 54 Jahre alt, dabei hat die Gruppe der 35- bis 44-Jährigen den größten Anteil ausgemacht. In wiederum drei Vierteln der TeilnehmerInnenhaushalte leben Kinder; dieses Beteiligungsformat hat also primär Eltern erreicht, die in der aktiven Erziehungsverantwortung stehen. Die Mehrheit der online diskutierenden Eltern lebt mit zwei Kindern zusammen. Hinsichtlich des Bildungsgrades der TeilnehmerInnen haben sich hauptsächlich höher Gebildete beteiligt, mehr als drei Viertel verfügen über Abitur, Fachabitur oder einen Studienabschluss²³³.

Bei den Familienkonferenzen in ausgewählten Stadtteilen zeichnet sich ein etwas differenzierteres TeilnehmerInnenprofil. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es sich hier um ein lokal auf den Stadtteil zugeschnittenes Beteiligungsangebot handelt und die Stand-

²²⁹ Im Rahmen einer „Ergänzungsstichprobe“ wurden weitere Fragebögen an Familien in nach absoluter Bevölkerungszahl kleineren Stadtteilen versandt. Die Antworten dieser Gruppe wurden nur für die Differenzierung der Ergebnisse nach Stadtteilen herangezogen und blieben ansonsten unberücksichtigt, da andernfalls das gesamtstädtische Durchschnittsergebnis verzerrt worden wäre. (Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ 2014, S. 9)

²³⁰ Die TeilnehmerInnen der Fachtage „Forum Familie“ sind an dieser Stelle nicht aufsummiert, da sie einerseits zu einem großen Teil zu den AkteurInnen der Familienkonferenzen vor Ort zählten und die bisherigen Fachtage andererseits primär als Fortbildungs- und Vernetzungsangebot für die familienrelevanten Akteure bzw. Multiplikatoren intendiert waren.

²³¹ Vgl. Repräsentativerhebung „Familien in Hannover“ 2014 S. 10

²³² Die Angabe von einigen soziodemografischen Daten war auf freiwilliger Basis, d.h. eine Teilnahme am Beteiligungsprozess war nicht an das Ausfüllen eines Fragebogens gebunden. Die Daten repräsentieren demnach nicht alle TeilnehmerInnen.

²³³ Vgl. Abschlussbericht der Online-Familienkonferenz „Wie will ich leben in Hannover?“ 2014, interner Bericht.

III. METHODEN UND PROZESSVERLAUF

ortauswahl der Familienkonferenzen bewusst erfolgte, um einen „Querschnitt“ Hannovers abzubilden. Darüber hinaus wurden lediglich die TeilnehmerInnen der auf jeder Familienkonferenz durchgeführten „World Cafés“, gebeten, freiwillige Angaben zu ihrer Person auf einem Fragebogen zu machen. Außerdem enthielten die Fragebögen der Familienkonferenzen sowie der Online-Familienkonferenz unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte. Beim Fragebogen, den die TeilnehmerInnen der „World Cafés“ ausgefüllt haben, stand die Wohnsituation im Stadtteil im Mittelpunkt und die Schulbildung wurde nicht abgefragt. Die Online-Familienkonferenz hingegen war gesamtstädtisch angelegt, daher wurde der Schwerpunkt auf die Abfrage soziodemografischer Merkmale gelegt.

Das Durchschnittsalter der TeilnehmerInnen in den „World Cafés“ lag bei 51 Jahren. Vereinzelt haben auch BürgerInnen über 80 Jahre teilgenommen. Zwei Drittel der TeilnehmerInnen war weiblich und ein Drittel männlich. Im „World Café“ der Familienkonferenz in der Nordstadt haben sich ausnahmsweise mehr Männer als Frauen beteiligt.

Die Mehrheit der TeilnehmerInnen wohnte zum Zeitpunkt der Befragung in dem jeweiligen Stadtteil der Familienkonferenz und die TeilnehmerInnen, die nicht in dem jeweiligen Stadtteil lebten, waren ihm auf andere Weise „verbunden“, etwa in beruflicher Hinsicht.

Der Kreis der TeilnehmerInnen spiegelt teilweise die Sozialstruktur des jeweiligen Stadtteils wider, ist jedoch nicht auf die gesamte Stadt übertragbar²³⁴. Allerdings haben die Beteiligten die Bedarfe anderer Familientypen oder anderer Altersklassen mit bedacht, diskutiert und eingebracht.

²³⁴ Vgl. hierzu Projektbericht: Familienkonferenzen in Hannover, Bericht über die Ergebnisse der world cafés (2014), S. 7ff, interner Bericht.